

**AKTUELL**

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	12
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	19
Stadt & Region	22
Tierschutz & Ethik	23
Umweltpolitik & Umweltrecht	23
Verkehr & Tourismus	26
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Ressourcen	27

**VERBÄNDE**



Aus den Verbänden	32
Ehrenamt	32
Preise & Ausschreibungen	32

**SERVICE**

Rezensionen	33
Internet	34
Neu erschienen	35
Impressum	35
Termine	36

**ökopädNEWS**

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	37
Studien zum Natur- und Umweltbewusstsein	
Schwerpunkt: Jugend und Nachhaltigkeit	

**THEMEN DES MONATS**

Abwasserpolitik

## Endlich Lärm ums stille Örtchen

**Die weltweite sanitäre Grundversorgung ist ein bisher unerreichtes Ziel der Vereinten Nationen**

Seite 2

Extensive Landnutzung

## Mehr Weidetiere in die Landschaft!

**Die Förderpolitik auf allen Ebenen muss die extensive Weidewirtschaft besser unterstützen**

Seite 4

Internationale Wirtschaftspolitik

## Der große Ressourcenklau

**Die EU-Handels- und Rohstoffpolitik führt zur Ausbeutung von Umwelt und Entwicklungsländern**

Seite 6

Interview: EU-Agrarreform

## „Alle sollen mitentscheiden“

**Die kommende EU-Agrarreform soll die Weichen für Bauernhöfe und gegen Agrarfabriken stellen**

Seite 17

## Abwasserpolitik

# Endlich Lärm ums stille Örtchen

Die weltweite sanitäre Grundversorgung ist ein bisher unerreichtes Ziel der Vereinten Nationen

**Jeden Tag sterben Tausende Menschen, weil sie kein sauberes Wasser haben und Abwassersysteme schlicht nicht existieren. Doch das Wasserklosett ist keine Lösung für die Welt. Das Wegspülen von Fäkalien mit sauberem Trinkwasser ist eine Technologie von gestern. Neuartige Sanitärsysteme schaffen Abhilfe. ■ VON MICHAEL BENDER, GRÜNE LIGA**

Millionen Tonnen Abwasser gelangen jeden Tag weltweit ungehindert und unbehandelt in die Umwelt. Täglich sterben rund 5.000 Menschen, weil ihr Trinkwasser vor allem durch Fäkalien verschmutzt ist. Die Zahl der Menschen ohne Zugang zu Toiletten und geordneter Abwasserentsorgung steigt im Zuge des weltweiten Bevölkerungswachstums ständig weiter an. Auch die in ländlichen Gegenden üblichen Plumpsklos oder Latrinen mit ihren katastrophalen hygienischen Bedingungen verschmutzen das Grundwasser.

Mehr als 100 Staats- und Regierungschefs haben sich 2002 auf dem Weltgipfel von Johannesburg verpflichtet, im Rahmen des Millenniumentwicklungsziels „Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit“ den Anteil der Weltbevölkerung ohne Zugang zu sauberem Trinkwasser bis 2015 zu halbieren. Als Teilziel wurde beschlossen, auch die Anzahl der Menschen ohne Zugang zu sanitärer Grundversorgung zu halbieren. Geht man von 2,6 Milliarden Menschen ohne sanitäre Grundversorgung aus, so müssten weltweit mehr als 30.000 nachhaltige Toilettensysteme täglich gebaut werden. Doch viele Länder haben weder so viel Geld noch so viel Wasser, um diesem

Ziel durch Einführung von Spültoilette, Kanalnetz und Kläranlage zu erreichen. Hier sind vielmehr intelligente, neuartige Sanitärösungen gefragt, die Kosten, Wasser und Energie sparen. Solche Systeme wie zum Beispiel Trockentrenntoiletten mit separater Behandlung von Urin und Fäkalien gibt es bereits in Forschungs- und Demonstrationsanlagen.

## Neue Sanitärkonzepte zielen auf Wasser- und Nährstoffrecycling

Auch wenn viele Menschen weltweit eine Spültoilette als Inbegriff des Fortschritts empfinden, ist die Wasserspülung mit Kanalisation und zentraler Kläranlage nicht globalisierbar. Das System ist vielerorts aus finanzieller und technischer Sicht zu aufwendig. Zudem trägt es zur Wasserknappheit und Wasserverunreinigung bei, zumal ein Abwasserkanalanschluss noch lange nicht bedeutet, dass das Abwasser überhaupt geklärt wird.

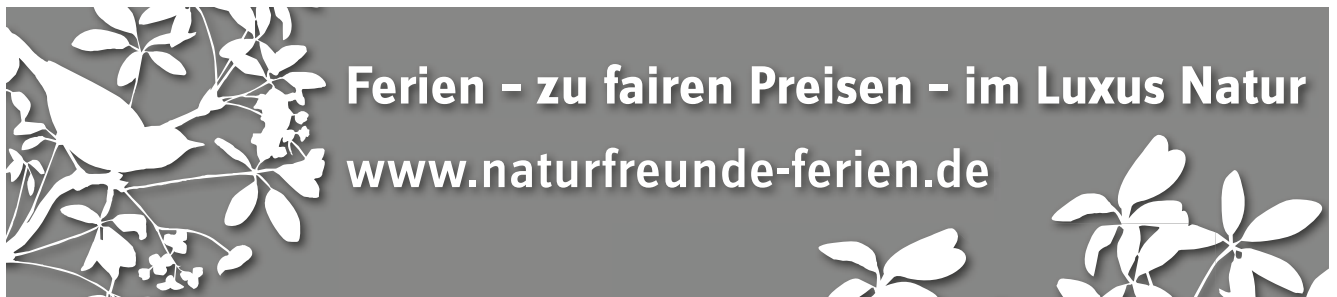
Hinsichtlich der Wiederverwertung der Nährstoffe aus Abwasser als Dünger liegen die Vorteile dezentraler Systeme auf der Hand: Mit wassersparenden oder Trockentoiletten kann nicht nur dem Wassermangel begegnet werden. Sie ermöglichen

auch, Nährstoffe aus Urin und Fäkalien in der Landwirtschaft wiederzuverwenden. Das wiederum verringert die Wasserverschmutzung der Flüsse. So steht den Ökosystemen das Wasser weiter zur Verfügung und es gelangt nicht als belastetes Abwasser in Grundwasser, Oberflächengewässer und Meere. All dies trägt auch zum Schutz des lokalen Klimas bei.

Bei weiterwachsender Bevölkerung muss die Wiederverwertung von menschlichem Urin und Fäkalien sowie des Grauwassers einen Beitrag zur Steigerung der Produktion von Nahrung und nachwachsenden Rohstoffen leisten. Heute ist bereits absehbar, dass die mineralischen Phosphorvorkommen zur Produktion von Kunstdünger nur noch wenige Generationen reichen. Phosphat im Urin ist eine wichtige erneuerbare Ressource, die nicht länger vergeudet werden darf.

## Reformbedarf auch in Deutschland

In Deutschland sind 99 Prozent der Bevölkerung an das öffentliche Trinkwassernetz und 96 Prozent an die öffentliche Kanalisation angeschlossen. Dennoch gibt es auch hier Anpassungsbedarf beim Umgang mit dem Abwasser. Wegen des bundesweit



**Ferien - zu fairen Preisen - im Luxus Natur**  
[www.naturfreunde-ferien.de](http://www.naturfreunde-ferien.de)

rückläufigen Wasserverbrauchs, der regional durch einen erheblichen Bevölkerungsrückgang mitverursacht wird, kommt es immer häufiger zu niedrigeren Durchflussgeschwindigkeiten in den Abwasserkanälen und einem dadurch erhöhten Wartungs- und Instandhaltungsaufwand.

Die Lösung liegt in der mittelfristigen, intelligenten Anpassung der Systeme, die auch Rückbauoptionen der zentralen Infrastruktur und die Entkopplung von geschlossenen Stadtquartiersnetzen einschließt. In diesem Prozess ergeben sich auch Möglichkeiten für dezentrale, kreislaforientierte Entsorgungssysteme, die zusätzlich durch ein angepasstes Regenwassermanagement begleitet werden. Auch neuartige und dezentrale Lösungen müssen natürlich fortgeschrittenen Reinigungsanforderungen des Gewässerschutzes und entsprechenden Genehmigungsverfahren und Überwachungen genügen.

### Wasserwirtschaft öffnet sich für neuartige Sanitärsysteme

Neuartige Sanitärsysteme (NASS) basieren auf der getrennten Erfassung, Ableitung, Behandlung und sinnvollen Wiedernutzung von Teilströmen des Abwassers. Dabei strebt die Wiederverwendung von Wasser und die Verwertung von Abwasserinhaltsstoffen an, vor allem von Nährstoffen wie Phosphor und organischen Stoffen. Die Einführung neuartiger Sanitärsysteme in Deutschland erleichtert die Verbreitung ökologisch verträglicher sanitärer Grundversorgung in den Ländern, die Deutschland als Vorbild für technische und nachhaltige Entwicklungen ansehen.

Aber auch ganz unabhängig davon hält die Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) mittlerweile die Anwendung der neuartigen Systeme in Deutschland für sinnvoll. Geeignete Anwendungsszenarien bieten laut einer aktuellen DWA-Broschüre <sup>(1)</sup> vor allem schrumpfende (oder wachsende) Städte, ländliche Kommunen und Dörfer, Neubaugebiete ohne Anschluss an die Kanalisation, Neubaugebiete, deren Kläranlagen bei der Stickstoffelimination an der Kapazitätsgrenze sind, Berg- und

Ausflugsregionen, Naturschutzgebiete und sanierungsbedürftige Wohnblöcke.

Die Vorteile von neuen Sanitärkonzepten sind langfristiger Natur und liegen vor allem in ihrer Anpassungsfähigkeit und möglichen Kosteneffizienz. Auch in der Arbeitsgruppe Wasser im Forum Umwelt und Entwicklung deutscher Nichtregierungsorganisationen findet die Einführung von NASS Unterstützung: Mitglieder der AG waren in der DWA-Arbeitsgruppe an der Erarbeitung der erwähnten Broschüre beteiligt.

Auch international werden die Weichen neu gestellt. So hat das Beratungsgremium der Vereinten Nationen für Wasser und sanitäre Grundversorgung (United Nations Secretary Generals Advisory Board on Water and Sanitation, UNSGAB) mit einem Fünfjahresprogramm einen neuen Anlauf genommen, um die weltweiten Anstrengungen für die Millenniumentwicklungsziele zu verstärken. Und Deutschland wird im November 2011 eine internationale Wasserkonferenz in Bonn abhalten, die den Zusammenhang von Wasserwirtschaft, Ernährungssicherheit und nachhaltiger Energieversorgung zum Thema hat. Den Vorbereitungsprozess werden die deutschen Umwelt- und Entwicklungsverbände kritisch mitgestalten.

#### Anmerkung

- (1) DWA (Hrsg.): Brauchen wir in Deutschland neuartige Sanitärkonzepte? Reihe: Im Klartext. DWA, Hennef 2010, 16 S., 1,- € zzgl. Versandkosten oder Download nach Registrierung: [www.dwa.de](http://www.dwa.de) (Publikationen – Materialien für die Öffentlichkeitsarbeit)

Der Wasserexperte Michael Bender leitet die Bundeskontaktstelle Wasser der Grünen Liga in Berlin und koordiniert die AG Wasser im Forum Umwelt und Entwicklung. Er arbeitet zur EU-Wasserrahmenrichtlinie und zu anderen Gewässerthemen wie dem Volksbegehren zur Offenlegung der Wasserverträge in Berlin.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 40393530,  
E-Mail:  
[wasser@grueneliga.de](mailto:wasser@grueneliga.de),  
[www.wrrl-info.de](http://www.wrrl-info.de)



## Glück ist mehr als Geld

Was macht das BIP? Hängt von diesem Kürzel wirklich unser Glück ab? Das Bruttoinlandsprodukt gilt als heilige Kuh der Ökonomie, als Indikator für politischen Erfolg. Dabei ist es blind für vieles, was unser Leben bereichert: gesunde Umwelt, ehrenamtliche Leistungen oder medizinische Versorgung. Die Autoren erteilen dem BIP eine strikte Absage und erläutern, warum wir Wohlstand anders messen müssen. Ihr Wohlfahrtsindex berücksichtigt soziale und ökologische Aspekte – weil ein gelungenes Leben mehr ist als viel Geld.

H. Diefenbacher, R. Zieschank

### Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt

Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt

112 Seiten, Klappenbroschur, 12,95 EUR  
ISBN 978-3-86581-215-5



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de)



## Extensive Landnutzung

# Mehr Weidetiere in die Landschaft!

Die Förderpolitik auf allen Ebenen muss die extensive Weidewirtschaft besser unterstützen

**Die Beweidung von Heiden, Niedermooren, Flussauen und Bergwiesen mit Rindern, Schafen oder Ziegen bringt viele Vorteile für Natur und Landschaft. Weidetiere können helfen, einige der dringendsten Probleme beim Arten- und Klimaschutz zu lösen. Doch die Zahl weidetierhaltender Betriebe geht seit Jahren zurück, denn die Rahmenbedingungen sind wenig attraktiv. Die EU-Agrarreform bietet jetzt die Chance für eine Trendwende. ■ VON JÜRGEN METZNER, DVL**

In vielen Gegenden Europas haben Tierhaltung und standortgerechte Beweidung nicht nur Landschaften geprägt, sondern auch zu einer enormen Artenvielfalt in der Kulturlandschaft geführt. Artenreiche Heiden, Magerrasen oder Hutewälder sind über Jahrhunderte hinweg durch diese Nutzung entstanden, und oft sind sie auch nur mit Weidetieren zu erhalten. In der Landschaftspflege gilt deshalb die Beweidung als eine der wichtigsten Pflegeformen, um die Erhaltung von Artenvielfalt und Kulturlandschaft zu verbinden. In vielen Regionen gehören Weidetiere zur touristischen Visitenkarte und stehen für Erholung, intakte Natur und gesunde Umwelt. Was wären Bilder vom Alpenland ohne Kühe oder von der Lüneburger Heide ohne Schafe?

### Schafe und Kühe mit Win-win-Effekt

Doch Beweidung kann noch mehr: Besonders durch die ackerbauliche Nutzung von torreichen Böden oder durch intensive Bewirtschaftung von Grünland entstehen Treibhausgas- und Gewässerbelastungen. Eine Wiedervernässung und Umwandlung von Niedermooren in Grünland sowie die nachfolgende extensive Beweidung kann Emissionen verhindern und so erheblich zum Klimaschutz beitragen. In den Überschwemmungsgebieten der Flussauen werden durch extensive Grünlandnutzung außerdem Grund- und Oberflächenwasser geschont. Neudeutsch kann man also von einem klassischen Win-win-Effekt sprechen, den Kühe, Schafe, Pferde oder Ziegen haben und für den eine Förderung durch öffentliche Gelder mehr als gerechtfertigt erscheint.

Trotz dieser Vorzüge ist es bisher nicht gelungen, die extensive Beweidung als eine Zukunftsform der Landbewirtschaftung dauerhaft zu sichern oder zu etablieren. Im Gegenteil – die Zahl tierhaltender Betriebe ist in Deutschland massiv rückläufig. So ist bei den Schäfern, Sinnbild für die extensive Nutzung von Landschaften, die Zahl der Betriebe innerhalb der letzten zehn Jahre von 32.000 auf 28.000 gesunken.<sup>(1)</sup>

### Viel Idealismus, wenig Verdienst

Weniger Betriebe bedeutet jedoch nicht mehr Schafe pro Betrieb. In Bayern geht zum Beispiel auch die Zahl der Mutterschafe kontinuierlich zurück, allein in den letzten fünf Jahren ist sie um 17 Prozent eingebrochen. Der wichtigste Grund, weshalb Schäfereien aufgeben, ist die mangelnde wirtschaftliche Perspektive. Zuschüsse aus der Landwirtschaft oder Erlöse aus der Vermarktung stehen oft in schlechtem Verhältnis zu Aufwand und Kosten der Tierhaltung. Flächenkonkurrenz und hohe Pachtpreise sind weitere Faktoren, die eine lohnende Weiterführung der landwirtschaftlichen Betriebe erschweren. In einigen Bundesländern gibt es zwar erfolgversprechende Fördermöglichkeiten oder Landschaftspflegeprojekte zur Unterstützung der extensiven Beweidung. Viele Vorhaben sind jedoch modellhaft angelegt und meist nicht geeignet, um dauerhaft sichere finanzielle Grundlagen zu erwirtschaften. Extensive Tierhaltung ist mit wenig Verdienst und mit viel Idealismus verbunden.

Der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) und regionale Landschaftspflegeverbände verfolgen diese

Entwicklung mit Sorge. Für Wacholderheiden oder Sandmagerrasen ist ein massiver Pflegenotstand zu befürchten. Viele dieser Weideflächen liegen in Natura-2000-Gebieten, sodass für sie eine Erhaltungspflicht besteht. Darüber hinaus sollen eine Vielzahl weiterer Grünlandflächen ökologisch aufgewertet werden. Wie soll das zu schaffen sein, wenn nicht mit Weidetieren? Steile Berghänge oder unebene Feuchtwiesen können mit Maschinen nur aufwendig gemäht werden. Die Mahd mit Schlepper, Balkenmäher oder Motorsense kommt mindestens doppelt so teuer wie die Pflege mit den geländegängigen Rasenmähermodellen Schaf oder Kuh.

### Beweidung in die Förderarchitektur einpassen

Dabei ist jetzt die richtige Zeit für Veränderungen: Die EU-Kommission will im Herbst dieses Jahres ihre Vorstellungen zur künftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) präsentieren. Anders als bei früheren EU-Agrarreformen besteht diesmal die Chance für eine „grünere“ Ausrichtung der GAP (umwelt aktuell Spezial, 12.2010/01.2011) und damit für die bessere Förderung einer nachhaltigeren Landschaftsnutzung. Die Vorzüge der extensiven Beweidung müssen dabei stärker berücksichtigt werden und bei der Finanzierung auf EU-, Bundes- und Länderebene Priorität erhalten.<sup>(2)</sup>

Erste wichtige Voraussetzung ist die ausnahmslose Einbeziehung beweideter Flächen in die Förderung der sogenannten ersten Säule, also die Direktzahlungen von Agrarbeihilfen. Dies ist im Augenblick alles andere als selbstverständlich.

Nach Schätzung des DVL können auf etwa 70.000 Hektar naturschutzfachlich besonders wertvoller Heideflächen keine Zahlungsansprüche geltend gemacht werden, obwohl sie nachweislich durch Beweidung entstanden sind und nur durch Weidetierhaltung bewahrt werden können.<sup>(3)</sup> Viele Weideflächen entsprechen nicht den konventionellen Vorgaben einer „modernen landwirtschaftlichen Fläche“. Heidekraut (Calluna) ist nach deutscher Interpretation der EU-Verordnungen eben keine Grünfütterpflanze und Heideflächen sind folglich kein Dauergrünland. Jahrhundertalte Eichenhutungen gelten wegen ihres Beschirmungsgrades ebenfalls nicht als Grünland, sondern als Wald. Auf diese Weise fallen ausgerechnet viele Perlen unserer Kulturlandschaft durch das Raster der Agrarförderung, obwohl sie landwirtschaftlich bewirtschaftet werden und die Bauern mit dem Erhalt artenreicher Kulturlandschaften enorme gesellschaftliche Leistungen erbringen.

### Europäische Programme weiterentwickeln

Doch auch die ländliche Entwicklung, die sogenannte zweite Säule der EU-Agrarpolitik, muss besser auf Beweidung ausgerichtet werden. Mit ihren Förderinhalten ist sie für den Schutz des Klimas, der Biodiversität und der Gewässer durch die Landwirtschaft von zentraler Bedeutung. Vor allem bei den Agrarumweltmaßnahmen „Vertragsnaturschutz- und Kulturlandschaftsprogramme“ müssen Elemente der extensiven Beweidung inhaltlich weiterentwickelt und finanziell zuverlässig ausgestattet werden. Da landwirtschaftliche Betriebe langfristig in die Weidehaltung investieren sollen, brauchen sie dafür auch eine dauerhafte finanzielle Unterstützung. Viele Bundesländer können bei knappen Kassen die notwendigen Eigenanteile nicht aufbringen. Eine höhere Kofinanzierung der EU könnte helfen, die extensive Beweidung in den EU-Staaten und in den Bundesländern in der Förderpraxis zu verankern.

Neben der Weiterentwicklung der Agrarumweltprogramme muss innerhalb

der zweiten Säule der Schwerpunkt „Erhaltung des natürlichen Erbes“ im Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) ausgebaut und weiterentwickelt und über sogenannte Landschaftspflegeprogramme in den Bundesländern etabliert werden. Im Mittelpunkt der Förderung stehen dabei neben Naturschutzzielen auch Klimaschutzziele. Förderfähig sind vor allem Investitionen für extensive Beweidung, wie die Freistellung von Hutungen und Triebwegen oder Maßnahmen zur Wiedervernässung von Moorböden. Eine Begleitung der Agrarumweltprogramme durch Landschaftspflegeprogramme ist unerlässlich!

### Verwaltung an Naturschutzziele anpassen – nicht umgekehrt

In der Förderpolitik kann und muss sich also einiges verbessern. Viele Behörden auf EU-, Bundes- oder Landesebene sollten dabei ihre Sicht auf die extensive Beweidung ändern. Die Bewirtschaftung zahlreicher Naturschutzflächen lässt sich kaum in das gängige Kontrollsystem der Landwirtschaft einpassen. Die genaue Fläche von Berghängen ist oft nicht einmal mithilfe von Satelliten zu vermessen. Das magere Gras vieler Heiden kann man schwerlich als „landwirtschaftlichen Aufwuchs“ im Sinne der Kontrollverordnungen definieren. Theoretische Anforderungen und Landschaftspflegepraxis sind weit voneinander entfernt. Landwirte wandeln deshalb regelmäßig auf dem schmalen Grat zwischen Landschaftsschutz und Subventionsbetrug. Um die Pflege mit öffentlichen Geldern zu gewährleisten und die Risiken für Tierhalter gering zu halten, werden angepasste Kontrollmechanismen gebraucht, die die Ziele und Schwierigkeiten des Natur- und Landschaftsschutzes berücksichtigen.

### EU-Gericht gibt Rechtssicherheit

Rückendeckung gibt dabei der Europäische Gerichtshof (EuGH). In einem Urteil vom 14. Oktober 2010 stellt er ausdrücklich fest, dass Fördergelder und Direktzahlungen auf allen landwirtschaftlich genutzten Flä-

chen legitim sind, auf denen Naturschutz und Landschaftspflege vorrangige Ziele sind. Demnach sind künftig auch extensiv beweidete Flächen in vollem Umfang als förderfähige landwirtschaftliche Fläche zu werten, da die Beweidung – unabhängig von Art und Intensität – eine landwirtschaftliche Nutzung ist. Dies ist laut EuGH auch dann der Fall, wenn die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Nutzung den Anweisungen der Naturschutzbehörden unterliegt. Das Urteil des EuGH macht deutlich, dass die EU-Mitgliedstaaten – Vertragspartner in Deutschland sind hier die Bundesländer – extensive Weidesysteme wie Heiden, Magerrasen oder Huteflächen ohne weitreichende Sanktionsrisiken in die Instrumente der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU einpassen können. Diese neue Rechtsicherheit muss nun offensiv für die weitere Integration und den Ausbau von Förderinhalten für weidetierhaltende Betriebe genutzt werden.

### Anmerkungen

- ▶ (1) Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (2010): Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der Bundesrepublik Deutschland. Bremerhaven. [www.bmelv-statistik.de/de/statistisches-jahrbuch](http://www.bmelv-statistik.de/de/statistisches-jahrbuch)
- ▶ (2) Metzner, J.; Jedicke, E.; Luick, R.; Reisinger, E.; Tischew, S. (2010): Extensive Weidewirtschaft und Forderung an die neue Agrarpolitik. Förderung von Biologischer Vielfalt, Klimaschutz, Wasserhaushalt und Landschaftsästhetik. Naturschutz und Landschaftsplanung 42 (12), S. 357–366. Download: [www.jedicke.de/publikationen](http://www.jedicke.de/publikationen) (2010)
- ▶ (3) Deutscher Verband für Landschaftspflege; Naturschutzbund Deutschland (2009): Integration naturschutzfachlich wertvoller Flächen in die Agrarförderung. Fallstudie zu den Auswirkungen der Agrarreform. DVL-Schriftenreihe Landschaft als Lebensraum. Heft 16. Ansbach. Download: [www.kurzlink.de/nabu-11262](http://www.kurzlink.de/nabu-11262)

Der Tierökologe Dr. Jürgen Metzner ist Geschäftsführer des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege (DVL). Der Verband will die Erfahrungen der 150 Landschaftspflegeverbände in die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik einbringen.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)981 / 4653-3540,  
E-Mail: [metzner@lpv.de](mailto:metzner@lpv.de),  
[www.lpv.de](http://www.lpv.de)



## Internationale Wirtschaftspolitik

# Der große Ressourcenklau

Die EU-Handels- und Rohstoffpolitik führt zur Ausbeutung von Umwelt und Entwicklungsländern

**Lange Zeit schienen billige Rohstoffe weltweit unendlich vorhanden zu sein. Doch die Nachfrage steigt und das nährt die Angst um eine ausreichende Versorgung. So versucht sich die EU natürliche Ressourcen zu sichern – ohne Rücksicht auf Verluste. Sie drängt Entwicklungsländer, ihre Märkte zu öffnen, und verlangt zugleich Investitionsschutz für europäische Unternehmen. Ressourcengerechtigkeit sieht anders aus. ■ VON NICOLA JAEGER, WEED**

Der globale Rohstoffverbrauch steigt und steigt. Dabei ist der durchschnittliche Ressourcenverbrauch pro Kopf in Europa bereits heute dreimal so hoch wie in Asien und über viermal höher als in Afrika. Wir leben über unsere Verhältnisse – auf Kosten zukünftiger Generationen und anderer Länder. Doch die Industrie setzt an der anderen Seite an.

Angesichts der zunehmenden Zahl der Wettbewerber um die Rohstoffvorkommen der Welt riefen Industrievertreter in Europa schon früh nach mehr staatlicher Rohstoffpolitik. 2006 stellte die deutsche Bundesregierung ihre „Elemente einer Rohstoffstrategie“ gemeinsam mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) vor.

Dass eine so große Importabhängigkeit von „strategisch wichtigen Rohstoffen“ wie den Hightechmetallen Kobalt, Platin und Titan, Seltenen Erden, aber auch von anderen Ressourcen wie Holz, Chemikalien oder Fellen und Häuten besteht, stellt für die europäische Wettbewerbsfähigkeit ein Risiko dar. Daher suchte die EU ebenfalls neue Wege, ihren Unternehmen und Investoren einen besseren Zugang zu Rohstoffen in Entwicklungsländern zu verschaffen. Im November 2008 präsentierte EU-Industriekommissar Günter Verheugen die Raw Materials Initiative (RMI) der EU.

Diese Strategie basiert auf drei Säulen: Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen auf den Weltmärkten, Förderung von Rohstoffen aus europäischen Quellen und Reduzierung des europäischen Verbrauchs von Rohstoffen. Während die Maßnahmen der letzten Säule eher vage Absichtserklärungen sind, wird die RMI bei der Explora-

tion und Nutzung von heimischen Rohstoffen schon konkreter. In einer Anfang Februar 2011 veröffentlichten Mitteilung der Kommission zur RMI werden erste Erfolge ausgewiesen. Europäische Rohstoffvorkommen seien besser erfasst und die Forschung zur Exploration und Förderung innerhalb Europas intensiviert worden. Zudem wurden neue Leitlinien entwickelt, die Rohstoffförderung in Natura-2000-Gebieten grundsätzlich erlauben soll. Insgesamt stünden den Unternehmen des Rohstoffsektors in der EU aber noch zu viele Regeln im Weg. Deshalb wird den Mitgliedstaaten empfohlen, nationale Rohstoffpolitiken zu entwickeln, die einen „verlässlichen Rahmen“ für die Industrie bilden. Zudem sollen die Staaten ihrer Industrie mit bestmöglichen Informationen bei der Ausbeutung der heimischen Ressourcen zur Seite stehen.

### Druck ausüben, Zugriff sichern

Genaue Maßnahmen und Ziele finden sich vor allem in der ersten Säule: Unter dem Titel „aktive Rohstoffdiplomatie“ sollen die verschiedenen Bereiche der EU-Außenpolitik wie Außenbeziehungen, Handel, Entwicklung oder Sicherheit koordiniert werden, um den „diskriminierungsfreien Zugang“ zu Rohstoffen zu sichern. Denn das Hauptproblem sind laut der Kommission staatliche Maßnahmen, die den internationalen Rohstoffhandel verzerren. In der Welthandelsorganisation (WTO) werden die Partner ebenso unter Druck gesetzt wie in Verhandlungen – zum Beispiel in den neuen bilateralen Freihandelsabkommen (FTA) mit Korea, Indien, mit Peru und Kolumbien oder mit Mittelamerika – und

auch in Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) mit den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP). Die Partnerstaaten sollen auf Ausfuhrsteuern verzichten, Investitionen uneingeschränkt ins Land lassen und Investoren gleichzeitig größtmöglichen Schutz bieten. Damit passt die Rohstoffstrategie perfekt ins Bild eines „wettbewerbsfähigen Europa in einer globalen Welt“, wie es 2006 mit der Global Europe Agenda entworfen und mit der Mitteilung „Handel, Wachstum und Weltgeschehen“ der Kommission vom 9. November 2010 nahtlos fortgesetzt wurde.

### Privilegien statt Ausfuhrsteuern

Ausfuhrsteuern sind kein Allheilmittel, doch sie können eine entscheidende Rolle für die Entwicklung wettbewerbsfähiger Industrien sowie beim Schutz der Umwelt und der natürlichen Ressourcen spielen. Durch die Besteuerung der Ausfuhr bestimmter Rohstoffe können junge weiterverarbeitende Industrien vor Ort einen komparativen Wettbewerbsvorteil erlangen und temporär vor Konkurrenz geschützt werden. Die eigenen Potenziale bei Weiterverarbeitung und Fertigung sowie damit verbundenen Dienstleistungen zu fördern, ermöglicht Entwicklungsländern, sich aus ihrer Abhängigkeit als reine Rohstofflieferanten zu befreien. Darüber hinaus könnten die Einnahmen für öffentliche Aufgaben wie die Förderung nachhaltiger Entwicklung genutzt werden. Der EU sind Ausfuhrsteuern jedoch ein Dorn im Auge. In den laufenden bilateralen Verhandlungen versucht sie daher, Ausfuhrsteuern gänzlich zu verbieten oder zumindest die Möglichkeiten der Nutzung massiv

einzuschränken. Die ökonomisch erfolgreichsten Länder, inklusive der meisten EU-Staaten, haben in der Vergangenheit ausländische Direktinvestitionen begrenzt, um ihre Entwicklung in eine bestimmte Richtung zu lenken.

### Maximaler Schutz für EU-Interessen

Nichtsdestotrotz drängt die EU auf eine tief greifende Liberalisierung der Investitionspolitik und den maximalen Schutz für europäische Investoren weltweit. Dabei möchte sie im Wesentlichen drei Prinzipien durchsetzen:

- ▶ **Inländerbehandlung:** Dabei erhalten ausländische Investoren dieselben Rechte wie einheimische. Dies nimmt Entwicklungsländern die Möglichkeit, lokale Investoren zu bevorzugen oder ausländische Investitionen in bestimmten Sektoren zu verbieten.
- ▶ **Investorenschutz:** Hier werden Mindeststandards für die Behandlung von Investoren festgelegt, die internationale Schiedsgerichte absichern. Damit erhalten die Investoren mehr Rechte als die Regierungen des Gastlandes oder betroffene Gemeinschaften vor Ort.
- ▶ **Ungehinderter Kapitalfluss über Staatsgrenzen hinweg:** Damit können Investoren ihre Gewinne weitestgehend unbeschränkt ins Ausland transferieren. Regierungen können Kapitalabflüsse kaum noch begrenzen oder die eigene Zahlungsbilanz stützen – beides sind wichtige Instrumente zum Schutz von Volkswirtschaften gegen spekulative Kapitalbewegungen und Finanzkrisen.

### Verwüsten, vergiften, vertreiben

Rohstoffabbau stellt in den meisten Fällen einen immensen Eingriff in die Natur dar – sei es, dass ganze Berge abgetragen und woanders wieder aufgeschüttet oder dass Wälder gerodet und komplette Landstriche trockengelegt werden. Solche großflächigen, meist irreparablen Zerstörungen wirken sich auch negativ auf die Menschen vor Ort aus. Diese sind Umweltbelastungen ausgesetzt, wenn giftige Stoffe benutzt

werden oder toxische Nebenprodukte entstehen, zum Beispiel beim Goldabbau oder bei der Uranförderung. Teilweise werden Menschen von ihrem angestammten Land vertrieben oder sind anderen Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Im Gegenzug profitieren sie nicht einmal von den Aktivitäten der Konzerne. Denn lokale Arbeitskräfte finden kaum Beschäftigung – und wenn, dann häufig zu schlechten Bedingungen. Die Verknüpfung mit anderen Wirtschaftsbereichen und Technologietransfer bleibt meist gering. Die Weiterverarbeitung findet schließlich woanders statt. Mithilfe von Sondersteuerabkommen sichern sich transnationale Konzerne riesige Gewinne, während die Staatskasse und lokale Gemeinden leer ausgehen.

Aus all diesen Gründen müssen Regierungen und Parlamente sich die Möglichkeit erhalten, Investitionen zu regulieren: einerseits, um Anreize für Investitionen zu schaffen, die die Entwicklung des Landes

fördern, und andererseits, um alle Investoren zur Einhaltung der Arbeits-, Umwelt-, und Menschenrechte sowie anderer Standards zu zwingen. Doch während die EU von Regierungen rechtlich verbindliche Abkommen über Investitionen fordert, genügen bei Unternehmen freiwillige Verpflichtungen zur Einhaltung globaler Standards.

### Für eine zukunftsfähige und gerechte Rohstoffpolitik

Statt mit der RMI den Druck auf Ökosysteme und Entwicklungsländer zu erhöhen, müssen progressive Kräfte einen Transformationsprozess hin zu einem nachhaltigen Wirtschaftsmodell mit geringen Ressourcenverbrauch einleiten, das auf Wiederverwertung, mehrfacher Nutzung und Naturverträglichkeit von Produkten basiert. Ziel muss ein gerechtes globales System zur nachhaltigen Nutzung der weltweiten Ressourcen sein.

Und Ressourcengerechtigkeit bedeutet, allen Menschen weltweit das gleiche Recht zur Nutzung der natürlichen Ressourcen einzuräumen. Eine zukunftsfähige Rohstoffpolitik muss zudem soziale, ökologische, menschenrechtliche, friedens- und entwicklungspolitische Aspekte in den Blick nehmen. Daher müssen wir uns sowohl gegen die Umsetzung der RMI wehren als auch Alternativen von unten entwickeln.

Dieser Artikel basiert unter anderem auf dem Bericht „Die neue Jagd nach Ressourcen – Wie die EU-Handels- und Investitionspolitik Entwicklung bedroht“ von Mark Curtis, herausgegeben von WEED und anderen Nichtregierungsorganisationen im Dezember 2010. Der vollständige Bericht kann bei WEED bestellt oder im Internet heruntergeladen werden.

Die Geografin Nicola Jaeger leitet den Bereich Internationale Handels- und Investitionspolitik bei der Organisation Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED) in Berlin.



Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 27582614,  
E-Mail: nicola.jaeger@weed-online.org,  
www.weed-online.org

### Alternativen von unten

- ▶ In Deutschland arbeiten Nichtregierungsorganisationen verschiedener Richtungen – darunter Urgewald, Misereor und PowerShift – an „Anforderungen für eine zukunftsfähige Rohstoffpolitik“:  
[www.kurzlink.de/rohst-pospapier.pdf](http://www.kurzlink.de/rohst-pospapier.pdf)
- ▶ Auf europäischer Ebene gibt es die Initiative „Towards an Alternative Trade Mandate“ zur Entwicklung einer anderen Handels- und Investitionspolitik, getragen unter anderem vom globalisierungskritischen Seattle to Brussels Network:  
[www.kurzlink.de/s2brussels-trade-eu](http://www.kurzlink.de/s2brussels-trade-eu)
- ▶ Speziell gegen die Rohstoffinitiative und die Forderungen der EU in der Handels- und Investitionspolitik hat WEED gemeinsam mit anderen Organisationen im Februar eine Kampagne gestartet, die sich an die EuropaparlamentarierInnen richtet:  
[www.weed-online.org/themen/wto](http://www.weed-online.org/themen/wto)

## ABFALL, CHEMIE &amp; EMISSIONEN

## Abfallstatistik 2009

**455 Kilo Müll pro Einwohner**

■ Im Vergleich zu 2008 ist die Menge an Haushaltsabfällen in Deutschland im Jahr 2009 leicht angestiegen und lag bei 455 Kilogramm pro EinwohnerIn. Davon waren 199 Kilogramm Haus- und Sperrmüll, 143 Kilogramm Wertstoffe und knapp 111 Kilogramm Bioabfälle. Das meldet das Statistische Bundesamt (Destatis). Insgesamt wurden 37,2 Millionen Tonnen Haushaltsmüll eingesammelt, mehr als die Hälfte aller Abfälle, nämlich 20,8 Millionen Tonnen, getrennt. Davon waren 9,1 Millionen Tonnen organische Abfälle und 11,7 Millionen Tonnen getrennt erfasste Wertstoffe, insbesondere Papier, gemischte Verpackungen inklusive Leichtverpackungen und Glas. Den höchsten Anteil am Wertstoffaufkommen hatte das Altpapier mit 5,9 Millionen Tonnen. Danach folgten mit 2,5 Millionen Tonnen Leicht- und Verbundverpackungen sowie Glas mit 1,9 Millionen Tonnen. [jg]

► Destatis, Diana Eyer, Wiesbaden, Tel. +49 (0)611 / 758184, [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Elektroschrott**Parlament progressiv**

■ Das Hickhack um neue Regeln für Elektronikschrott-Sammelziele ist eine Runde weiter. Anfang Februar hat sich das EU-Parlament in erster Lesung mit großer Mehrheit (580:37:22) für eine verpflichtende Quote von 85 Prozent zu erfassender Altgeräte bis 2016 ausgesprochen. Der Ministerrat muss aber noch sein Votum abgeben.

Die Abgeordneten sprachen sich außerdem dafür aus, dass die Schrottmengen angemessen verwertet werden sollen. HändlerInnen elektrischer und elektronischer Geräte sollen verpflichtet werden, kleine Geräte wie alte Handys oder Lampen an-

zunehmen, auch wenn die KundInnen kein Neugerät erwerben. Zudem sollen die Regeln gegen den illegalen Export von Schrott in Drittstaaten verschärft werden. Wer künftig alte Computer als „Entwicklungshilfe“ verschiffen will, muss die Funktionstüchtigkeit nachweisen.

Die Abgeordneten empfehlen, die Hälfte bis drei Viertel der Altgeräte je nach Gerätekategorie wiederzuverwerten. Weiterhin stimmten sie dafür, fünf Prozent der Altgeräte zur Wiederverwendung vorzubereiten. Ausgenommen von den neuen Sammelzielen sind vorübergehend Solarzellen und Großanlagen, für die bereits andere Regelungen getroffen sind. Die EU-Kommission ist aufgefordert zu prüfen, ob Nanomaterialien gesondert behandelt werden müssen.

Obwohl alte E-Geräte wertvolle Materialien enthalten, wird zurzeit kaum ein Fünftel des eingesammelten Elektroschrotts entsprechend behandelt. „Wir dürfen nicht länger die Rohstoffe unserer Kinder verscherbeln“, sagte der zuständige Berichterstatter, der deutsche CDU-Politiker Karl-Heinz Florenz.

Das Europäische Umweltbüro (EEB) begrüßte den Ausgang der Abstimmung und forderte den EU-Ministerrat auf, sich ebenfalls für ambitionierte Ziele einzusetzen. Bisher strebt eine Mehrheit der Mitgliedstaaten weniger strenge Ziele an. [jg]

- [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) (EU-News – 04.02.2010)
- Gesetzgebungsverfahren: [www.kurzlink.de/ogv](http://www.kurzlink.de/ogv)

EU-Abfallpolitik**Nachholbedarf bei Müll**

■ Erhebliche Verbesserungen müsste es in einzelnen EU-Staaten in der Abfallpolitik geben, damit Europa zu einer Recyclinggesellschaft wird. Das hat die EU-Kommission im Januar in einem Statusbericht über die Umsetzung der EU-Vorschriften in die nationalen Gesetzgebungen festgestellt.

Zwar gebe es auch Fortschritte, doch noch immer hat jeder fünfte umweltrechtliche Verstoß mit mangelhaftem Umgang mit Müll zu tun. Viele Mitgliedstaaten

haben die Abfallrahmenrichtlinie noch nicht in ihre Gesetzgebung übertragen – die Frist hierzu ist Mitte Dezember 2010 abgelaufen. Deshalb befürwortet die EU-Kommission, eine Vergabe von Mitteln aus den Struktur- und Kohäsionsfonds an die Einhaltung der Abfallhierarchie zu koppeln und die Einführung der besten verfügbaren Technik zu fördern.

Laut Bericht ist das Gesamtabfallaufkommen in den meisten Mitgliedstaaten gestiegen. Auf dem Gebiet der alten EU-Staaten ohne Osteuropa liegt die Pro-Kopf-Menge bei 565 Kilogramm jährlich. Die Menge gefährlicher Abfälle, drei Prozent des Gesamtmüllaufkommens, steigt in der EU jährlich um 0,5 Prozent an.

Der Recyclingsektor könnte eine halbe Million neuer Jobs schaffen. Zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten gebe es „enorme Unterschiede“ beim Recyclinganteil, der von einigen wenigen bis zu mehr als 70 Prozent reiche. In einigen Mitgliedstaaten werden noch immer 90 Prozent der Abfälle deponiert.

Die Energierückgewinnung durch Abfallverbrennung steigt an und erreicht inzwischen 1,3 Prozent der Gesamtenergieerzeugung in der EU. Etwa zwei Drittel der Müllverbrennungsanlagen in der EU entsprechen den Energieeffizienzkriterien der EU-Kommission.

Die Kommission will 2012 zusätzliche Vorschläge für einen Umbau der EU zu einer ressourcenschonenden Recyclinggesellschaft vorlegen. [jg]

- [www.kurzlink.de/abfall-status2011](http://www.kurzlink.de/abfall-status2011)

Konsultation**Mülltourismuskontrolle**

■ Bis zum 30. März können sich Interessierte an einer öffentlichen Befragung über eine bessere Kontrolle von Müllexporten beteiligen. Darin geht es vor allem um die illegale Verbringung von gefährlichem Abfall nach Afrika oder Asien durch Mitgliedstaaten der EU. [hmp]

- [www.kurzlink.de/waste-shipment2010](http://www.kurzlink.de/waste-shipment2010)



## Bioabfälle

### Klimapotentiale nutzen

■ Der Verband kommunaler Unternehmen (VKU) hat sich in einer Stellungnahme an die Europäische Kommission für die flächendeckende Einführung der Biotonne ausgesprochen. Der VKU unterstützt auch die Einführung von verpflichtenden Zielen für die getrennte Sammlung und das Recycling von biologisch abbaubaren Abfällen auf EU- und nationaler Ebene. Die Verwertung von Bioabfällen leiste einen „wichtigen Beitrag für einen wirksamen Klima- und Ressourcenschutz“. [jg]

► [www.vku.de/presse](http://www.vku.de/presse) (Pressemitteilung 08/11)

## EU-Pestizidpolitik

### Ausnahme ist die Regel

■ Das europäische Pestizid-Aktionsnetzwerk PAN Europe hat eine Studie zum Verhalten der EU-Mitgliedstaaten im Umgang mit giftigen Pflanzenschutzmitteln veröffentlicht. Demnach hat sich die Zahl der Verbotsausnahmen nach Artikel 8.4 der Richtlinie 91/414/EG in den letzten vier Jahren versechsfacht. PAN forderte die EU-Kommission auf, Ausnahmen auf ein Minimum zu beschränken. Viele der verwendeten Substanzen seien sehr gefährlich für Umwelt und Gesundheit. Im Jahr 2010 haben die Mitgliedstaaten insgesamt 321 Ausnahmen für 152 unterschiedliche chemische Substanzen beantragt. Unter den über Schlupflöcher letztlich doch genehmigten Stoffen befanden sich zum Beispiel Neonicotinoide, die im Verdacht stehen, für das Bienensterben verantwortlich zu sein.

Frankreich führt die Liste der „Ausnahmegestatter“ an. Laut Studie hat Frankreich noch 2007 keinerlei Ausnahmen gestattet, doch im letzten Jahr habe es plötzlich 74 Fälle von „unvorhergesehenen Gefahren“ gegeben. Auch in Deutschland sei die Zahl der Ausnahmeregelungen aus nicht nachvollziehbaren Gründen angestiegen.

Die Umweltaktivisten bezweifeln, dass dieser „Tsunami“ von Ausnahmeregelun-

gen den gesetzlichen Bestimmungen wirklich entspricht und kritisieren die intransparenten Entscheidungsprozesse. Es gebe kaum Informationen zu den angeführten Begründungen der Mitgliedstaaten und darüber, ob diese gerechtfertigt seien. „Das sieht mehr wie ein Schönfärben illegalen Gebrauchs aus“, urteilen die PAN-Autoren. Dabei gebe es fast immer Alternativen zum Gifteinsatz. [jg]

► PAN Europe, Hans Muilerman, Niederlande, Tel. +31 (0)6 / 55807255, E-Mail: [hans@pan-europe.info](mailto:hans@pan-europe.info), [www.kurzlink.de/pan-report2010](http://www.kurzlink.de/pan-report2010)

## EU-Luftreinhaltspolitik

### Gesund kommt später

■ „Tief enttäuscht“ hat das Europäische Umweltbüro (EEB) auf die Position der EU-Kommission reagiert, zunächst keine Revision der Richtlinie zu nationalen Emissionshöchstmengen (NEC) durchzuführen. Die Überarbeitung, die schon für 2007 vorgesehen war, würde neue Höchstgrenzen für 2020 festlegen.

Die NEC-Richtlinie (2001/81/EG) legt nationale Emissionshöchstmengen für die Luftschadstoffe Schwefeldioxid, Stickstoffoxide, Ammoniak und flüchtige organische Verbindungen fest. Schon mit den jetzigen Grenzwerten gibt es in einigen Mitgliedstaaten Schwierigkeiten. EU-Umweltkommissar Janez Potočnik sagte, die Kommission wolle mit einer Revision warten, bis klar sei, welche Synergieeffekte es mit anderen, ähnlich gelagerten Politikmaßnahmen geben könnte. Dies soll eines der Ergebnisse der Evaluation des 6. Umweltaktionsprogrammes sein, die bis Mitte des Jahres vorliegen soll.

Das EEB kritisiert die Entscheidung der EU-Kommission, da die NEC-Richtlinie ein effektives Instrument sei, um die Luftverschmutzung zu verringern. Immerhin 91 von 108 Obergrenzen seien eingehalten worden. Zudem zeigten Studien, dass die durch eine Verschärfung der Regelungen entstehenden Kosten durch den Nutzen aufgewogen würden. Zwischen 22 und 70 Milliarden Euro an Kosten könnte die

EU einsparen, wenn sie mit den Luftqualitätsregeln Ernst machte. Allein in Europa verursachen Luftschadstoffe jährlich fast eine halbe Million vorzeitiger Todesfälle. Hinzu kommen Schäden durch Überdüngung, Übersäuerung und hohe Werte von bodennahem Ozon. [jg]

► Statement Janez Potočnik: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: MEMO/11/31)

► EEB, Louise Duprez, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 2891307, E-Mail: [louise.duprez@eeb.org](mailto:louise.duprez@eeb.org), [www.eeb.org](http://www.eeb.org)

## Feinstaub

### Tipps zur Partikelmessung

■ Die EU-Kommission hat eine Leitlinie zur Messung von Feinstaub in der Größe von 2,5 Mikrometern (PM<sub>2,5</sub>) veröffentlicht. Kleinere Staaten sollen grenzüberschreitend Daten ihrer Nachbarländer nutzen dürfen. Die Luftqualitätsrichtlinie 2008/50/EG schreibt vor, dass in der EU pro 100.000 Quadratkilometer mindestens eine Messstation für ländliche Hintergrundwerte von Feinstaub in der Größe von PM<sub>2,5</sub> „abseits signifikanter Luftverschmutzungsquellen“ installiert sein soll. Das entspricht einer Zahl von 43 Messstationen als Minimalausstattung für ein Datennetz für die EU-weite Hintergrundbelastung. Die Leitlinien zeigen, wie die Vorschriften der Richtlinie am besten umgesetzt werden können, damit aussagekräftige Daten aus dem gesamten EU-Gebiet zusammenkommen. [jg]

► [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) (EU-News – 20.01.2011)

## Luftbelastung 2010

### Stadtluft bleibt schlecht

■ Das Umweltbundesamt (UBA) hat Ende Januar die vorläufigen Überschreitungen der Grenzwerte für Feinstaub (PM<sub>10</sub>), Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) und Ozon im Jahr 2010 veröffentlicht. Bei allen Luftschadstoffen gab es den Angaben zufolge Überschreitungen der erlaubten Mengen: ►

## Licht und Schatten in der Nanowelt

**Die Bundesregierung führt einen intensiven NanoDialog mit der Zivilgesellschaft. Dass gleichzeitig ein Aktionsplan Nanotechnologie entsteht, ist dabei kein Thema. Gesellschaftliche Beteiligung sieht anders aus, meint Jurek Vengels vom BUND.**

Nach gut vier Jahren Mitarbeit von Nichtregierungsorganisationen in der NanoKommission fällt die Bilanz durchwachsen aus: Zwar hat der NanoDialog durchaus zu einer konstruktiven Debatte geführt, die in beachtenswerte Ergebnisse mündete. Hervorzuheben sind ein freiwilliger Verhaltenskodex für die Industrie und ein Raster, das auch mit wenigen Daten eine frühzeitige Einschätzung von Umwelt- und Gesundheitsrisiken erlauben soll. Doch blickt man auf die daraus folgenden Aktivitäten, ergibt sich ein ernüchterndes Bild: Der bereits zwei Jahre alte Verhaltenskodex wird bisher selten aktiv umgesetzt. Die NanoKommission hatte empfohlen, dass die Unternehmen sich zu den Kodexprinzipien öffentlich bekennen sollten, doch nur wenige Firmen sind der Empfehlung bisher gefolgt. Eine Umsetzungskontrolle findet nicht statt. Zugleich werden Alltagsprodukte mit Nanomaterialien weiterhin ungebremst vermarktet, selbst in sensiblen verbrauchernahen Bereichen wie Textilien oder Kosmetika.

Lange Zeit hielt es die Bundesregierung nicht für nötig, regulativ einzugreifen. Ihren neuen Nano-

Aktionsplan 2015 hat die Regierung denn auch parallel zum NanoDialog erarbeitet, statt ihn dort zur Diskussion zu stellen. Damit hat sie eine große Chance für mehr gesellschaftliche Beteiligung vertan. Umso erfreulicher ist es daher, dass sich Umweltminister Norbert Röttgen zum Abschluss der Arbeit der NanoKommission für ein Nanoproduktregister aussprach. Damit schließt sich Röttgen einer Forderung an, die im NanoDialog immer wieder erhoben wurde. Sollte das Register eingeführt werden, würde endlich erkennbar, welche Rolle die Nanotechnologie heute tatsächlich bereits im Alltag spielt. Das wäre dringend nötig, denn bisher haben selbst die zuständigen Behörden nur ein begrenztes Wissen darüber, in welchen Produkten Nanomaterialien eingesetzt werden.

**Der Politikwissenschaftler Jurek Vengels arbeitet zu Chemikalienpolitik und Nanotechnologie beim BUND Bundesverband in Berlin.**

**Kontakt: Tel. +49 (0)30 / 27586-422,  
E-Mail: [jurek.vengels@bund.net](mailto:jurek.vengels@bund.net),  
[www.bund.net](http://www.bund.net)**

- ▶ Stickstoff: Bei über der Hälfte der städtischen verkehrsnahen Messstationen lagen die NO<sub>2</sub>-Jahresmittelwerte über dem seit Anfang 2010 geltenden Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter (µg/m<sup>3</sup>). Bei etwa fünf Prozent der Stationen traten Überschreitungen der NO<sub>2</sub>-Stundenwerte von 200 µg/m<sup>3</sup> öfter als die erlaubten 18 Mal pro Kalenderjahr auf.
- ▶ Feinstaub: An jeder achten Messstation wurden laut UBA an mehr als den erlaubten 35 Tagen PM<sub>10</sub>-Tagesmittelwerte über 50 µg/m<sup>3</sup> gemessen, zum Beispiel an der Landshuter Allee in München an 60 Tagen. An weniger als einem Prozent der Stationen – zum Beispiel in Stuttgart-Neckartor und Reut-

lingen-Lederstraße Ost – wurde zudem der PM<sub>10</sub>-Grenzwert von 40 µg/m<sup>3</sup> im Jahresmittel überschritten, dafür aber gleich 103 Mal.

- ▶ Ozon: Im Sommer 2010 gab es laut UBA keine länger andauernden hohen Ozonspitzenbelastungen, allerdings einzelne Überschreitungen der Alarmschwelle. An etwa zwölf Prozent der Messstationen überschritten die Ozonkonzentrationen den Grenzwert.

Ursache der Luftschadstoffbelastungen sind laut UBA vor allem Emissionen des Straßenverkehrs und aus Verbrennungsprozessen in Industrieanlagen, bei der Energieerzeugung sowie in Haushalten. [jg]

- ▶ [www.kurzlink.de/luftbelastg2010.pdf](http://www.kurzlink.de/luftbelastg2010.pdf)

## Luftqualität

### Umweltzonen helfen

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hat die Bunderegierung aufgefordert, Städten im Kampf gegen die Luftverschmutzung beizustehen. Die Zahl der Umweltzonen habe sich Anfang 2011 auf 48 erhöht. Und das Beispiel Berlin zeige, dass sich seit Einführung der Umweltzone im Jahr 2008 die Luftqualität wissenschaftlich nachweisbar verbessert habe.

Bei zu großzügigen Ausnahmeregelungen für ungefilterte Fahrzeuge und laxen Kontrollen könnten viele Umweltzonen aber ihre Wirkung nicht entfalten, mahnte die DUH. Die Kommunen müssten die Regeln so lange verschärfen, bis die EU-Grenzwerte für Feinstaub eingehalten werden, sonst drohten ab Juni Vertragsverletzungsverfahren. [jg]

- ▶ [www.duh.de](http://www.duh.de) (Presse – 08.02.2011)

## NanoKommission

### Chancen und Risiken beachten

■ Bundesumweltminister Norbert Röttgen hat sich Anfang Februar für die Einführung eines europäischen Nanoproduktregisters ausgesprochen. Außerdem müsse die Risikoforschung ausgebaut werden, um mehr über die möglichen Auswirkungen auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit zu erfahren. Röttgen verwies aber auf der Abschlusskonferenz der 2006 eingesetzten NanoKommission auch auf die „enormen Wachstumschancen“, die die Nanotechnologien böten.

In der NanoKommission haben in den letzten Jahren etwa 100 VertreterInnen aus Wissenschaft, Unternehmen, Umwelt-, Verbraucher- und Frauenorganisationen, Gewerkschaften, Kirchen, Ministerien und Behörden an Empfehlungen für die Politik gearbeitet. Neben einem Abschlussbericht haben fünf Themengruppen ihre Ergebnisse zu Prinzipien, Chancen und Risiken, zur Regulierung und anderen Aspekten von

Nanotechnologien veröffentlicht. In den Berichten, Leitfäden und Kriterienkatalogen sind auch die bislang ungeklärten Konflikte festgehalten. [jg]

► [www.kurzlink.de/bmu-nanodialog-2011](http://www.kurzlink.de/bmu-nanodialog-2011)

## Nanoaktionsplan

### Innovationsinitiative

■ Mitte Januar hat das Bundeskabinett den Aktionsplan Nanotechnologie 2015 veröffentlicht. Neben der Forschungsförderung enthält das ressortübergreifende Programm Maßnahmen zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen sowie Gründern, Fragen der Sicherheit und der Regulierung sowie dem Dialog mit der Öffentlichkeit. Der Aktionsplan wurde unter Federführung des Bundesforschungsministeriums erarbeitet und soll einen „verantwortungsvollen Umgang“ mit Nanotechnologien fördern und gleichzeitig den Technologiestandort Deutschland sichern und stärken (siehe auch Kommentar S. 10). [jg]

► [www.bmbf.de/de/nanotechnologie.php](http://www.bmbf.de/de/nanotechnologie.php)

## GLOBALISIERUNG & EINE WELT

## Weltsozialforum

### Eine andere Welt ist hörbar

■ Rund 80.000 TeilnehmerInnen aus aller Welt haben sich vom 6. bis 11. Februar im senegalesischen Dakar zum 10. Weltsozialforum getroffen. Das waren mehr als doppelt so viele wie erwartet. Die Versammlung endete mit einem klaren Bekenntnis zu mehr Demokratie, der Einhaltung der Menschenrechte und guter Regierungsführung in Afrika, berichtete Jürgen Reichel vom Evangelischen Entwicklungsdienst. Die Bevölkerung in Afrika verlange mehr Transparenz bei Verträgen zum Beispiel mit der EU-Grenzsicherungsagentur

Frontex und bei internationalen Fischereiabkommen (siehe S. 29).

Ansonsten prägten Ressourcenpolitik, Migration, Geschlechterfragen und agrarpolitische Themen die Versammlung. So gab es unter anderem eine Konferenz zu Landverlusten von Kleinbauern in Westafrika durch Großgrundbesitz, Spekulation und Enteignung. Außerdem fand eine Vorbereitungskonferenz zu „Rio plus 20“ statt, dem für 2012 in Brasilien geplanten UN-Nachhaltigkeitsgipfel. Gefordert wurde dabei ein neues, wirklich nachhaltiges Entwicklungsmodell für die Weltgemeinschaft. Der bolivianische UN-Botschafter Pablo Solón regte eine Weiterentwicklung des Rechtssystems der Vereinten Nationen an, in dem auch Rechte der Natur festgeschrieben werden müssten. Die Reproduktionsfähigkeit der Ressourcen sei mit Marktmechanismen nicht zu garantieren.

KommentatorInnen beschrieben das zehnte Weltsozialforum als motivierend und stark beeinflusst von den Revolutionen in Tunesien und Ägypten. „Das Forum ist noch stärker eine Plattform für Lernen durch Begegnung und Austausch geworden, quasi eine Experimentierwerkstatt, in der Allianzen geschmiedet werden“, sagte Beat Dietschy von der Schweizer Organisation Brot für alle. [jg]

- Offizielle Seite: [www.fsm2011.org](http://www.fsm2011.org)
- [www.weltsozialforum.org](http://www.weltsozialforum.org) (14.02.2011 u. a.)
- Weitere Berichte: [www.woz.ch/dossier/dakar.html](http://www.woz.ch/dossier/dakar.html)

## UN-Millenniumsziele

### „Millenniumskonsumziele“ für die reichen Länder

■ Der Vizevorsitzende des Weltklimarates (IPCC) Mohan Munasinghe hat „Millenniumskonsumziele“ für die reichen Länder gefordert. Diese müssten die UN-Millenniumsentwicklungsziele zur Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern ergänzen, sagte der srilankische Physiker und Experte für nachhaltige Entwicklung im Januar bei einem Vorbereitungstreffen

zum Rio+20-Weltgipfel 2012 in Brasilien. Die Staaten des Nordens, die mit ihrem verschwenderischen Lebensstil die Klimakrise erst verursacht hätten, müssten ebenso zum Erreichen von Entwicklungszielen gedrängt werden wie die Länder des Südens.

Die Millenniumsziele, die im Anschluss an den New Yorker UN-Millenniumsgipfel im Jahr 2000 formuliert wurden, verlangen von den Entwicklungsländern, bis 2015 Armut und Hunger gegenüber 1990 zu halbieren, allen Kindern eine Grundschulbildung zu ermöglichen, die Position von Frauen zu stärken sowie die Kinder- und Müttersterblichkeit zu senken. Darüber hinaus beinhalten sie die Bekämpfung schwerer Krankheiten wie Aids und Malaria sowie ökologische Nachhaltigkeit. Lediglich das achte und letzte Ziel, der Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft zwischen den Ländern des Nordens und des Südens, richtet sich an die Adresse der Industriestaaten.

Nach Ansicht von Munasinghe müsste der Norden aber auf weitere ehrgeizige Zielvorgaben verpflichtet werden. Angesichts der Tatsache, dass der weltweite Konsum zu 85 Prozent auf 20 Prozent der reichsten Länder entfalle, sei dies mehr als gerechtfertigt. Eine nachhaltige Ressourcennutzung durch diese Länder könne die globale ökologische Last erheblich verringern, so Munasinghe. Der Berater der Regierung Sri Lankas und Professor für nachhaltigen Konsum an der Universität Manchester setzt bei der Realisierung seiner Idee auf die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft.

Deutsche Konsum- und Entwicklungsexperten finden seinen Vorschlag grundsätzlich richtig, zweifeln aber zum Teil an dessen Umsetzbarkeit. [IPS, mb]

- [www.kurzlink.de/konsumziele](http://www.kurzlink.de/konsumziele)
- [www.kurzlink.de/mcg-sundaytimes](http://www.kurzlink.de/mcg-sundaytimes)

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: [www.forumue.de](http://www.forumue.de) (Rundbriefe)

## KLIMA &amp; ENERGIE

## Weltklimadaten

## Kalter Winter täuscht Europa über weltweiten Trend

■ Das Jahr 2010 gehört wahrscheinlich zu den drei wärmsten Jahren seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen. Die globalen Treibhausgasemissionen sind 2009 weiter gestiegen. Das sind laut einer Erklärung der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) die beiden zentralen Befunde zum Klima 2010. Auch die Wirtschaftskrise hat demnach den globalen Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht aufhalten können. 2010 hat zudem immer noch die Chance, das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen zu werden, da die Daten für November und Dezember noch ausgewertet werden müssen. Der kalte Winter in Mitteleuropa hat dabei die Prognosen nicht geändert. Schon jetzt ist klar, dass die letzten zehn Jahre die heißesten seit Beginn der Aufzeichnungen sind. [am]

► [www.wmo.int](http://www.wmo.int) (Media – Press releases – No. 904)

## EU-Energiegipfel

## Ergebnisse wenig handfest

■ Anfang Februar hat der EU-Energiegipfel stattgefunden. Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten haben sich in Brüssel auf einen Investitionsplan für die EU-Stromnetzinfrastruktur verständigt. Bis 2015 soll kein Mitgliedstaat mehr vom gemeinsamen Stromnetz abgeschnitten sein.

Die Finanzierung für den Netzausbau soll weitestgehend über die Netzbetreiber geregelt und über die Strompreise finanziert werden. Nur in einigen Fällen sollen in abgelegenen Regionen begrenzt öffentliche Mittel bereitgestellt werden.

Im Bereich Energieeffizienz machten die 27 Staatschefs keine verbindlichen Zusagen. Sie erkannten zwar an, dass Europa

## EU-Regierungschefs befassen sich ohne Energie mit Energie

**Mit Energieeffizienz und erneuerbaren Energien könnte die EU Wirtschaft, Arbeit und Klimaschutz verbinden. Doch Europas Regierungen reagieren nur, statt zu gestalten, sagt Dietrich von Tengg-Kobligk vom Forum Umwelt und Entwicklung.**

Die fossilen und nuklearen Energieressourcen verknappen und verteuern sich rapide. Europas Wirtschaft ist abhängig von Importen und muss auch aus Klimaschutzgründen dringend Energie einsparen. Das allein wäre Grund genug gewesen, beim Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs am 4. Februar in Brüssel die Energieversorgung mit höchster Priorität zu behandeln. Entscheidungen sind gefragt, weil der Umbau der Energieversorgung und der Ausbau der Infrastruktur gigantische, langfristige Investitionen erfordert. Um den Investitionsbedarf zu verringern, bietet es sich an, jetzt den Energieverbrauch deutlich zu senken. Doch das EU-Ziel von 20 Prozent mehr Energieeffizienz bis 2020 soll weiter unverbindlich bleiben, obwohl nach bisheriger Erfahrung Freiwilligkeit ein Garant für schwache Vorgaben, wirkungslose Maßnahmen und eine schleppende Umsetzung ist.

Wachstum ist für die europäischen Staatsoberhäupter weiterhin der einzige Weg, um den Wohlstand für Europas Bevölkerung zu sichern. Eine für unseren Planeten gefährlich einseitige Ausrichtung. Denn die griffige Formel „20 Prozent CO<sub>2</sub>-Einsparung durch 20 Prozent Erneuerbare und 20 Prozent Effizienzsteigerung“ hat ausgedient. Europa erreicht damit nicht die zur Klimastabilisierung notwendigen CO<sub>2</sub>-Einsparungen und kann noch nicht einmal die kostengünstigen Einsparmöglichkeiten im Gebäudebereich aktivieren. Im Gegenteil, weil 20 Prozent weniger CO<sub>2</sub> bis 2020 schon allein durch den weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien erreicht werden, fehlt in allen anderen Sektoren der Anreiz zum Einsparen. Die Folge: Innovationen wie Elektromobilität und Speichertechnologien werden nicht mit dem notwendigen Einsatz vorangetrieben und müssen in Zukunft teuer importiert werden.

Am 4. Februar hat die EU wieder einmal eine Chance verpasst. Obwohl sie ihre eigenen Effizienzziele nur zur Hälfte erfüllt, fehlt ihr der Mut zu bindenden Zielen und effektiv regelnden Eingriffen. Eine wirksame CO<sub>2</sub>-Besteuerung? Ist nicht gewollt. Ein funktionierender Emissionshandel? Liegt in weiter

Ferne. Solange das so bleibt, werden diejenigen Teile der Wirtschaft belohnt, die sich Investitionen in Klimaschutz widersetzen.

Die hohen Risiken dieser Weiter-so-Politik sollen nach Ansicht der Staatschefs durch intensivere Beziehungspflege mit Russland und anderen Energielieferanten gemindert werden. Die Möglichkeiten, das Versorgungsrisiko auch durch Energieeinsparung und den entschlossenen Ausbau erneuerbarer Energien zu mindern, werden in dieser Wachstumslogik systematisch unterschätzt.

Alle Alternativen zur jetzigen Energie- und Klimapolitik der EU hängen daran, dass sich die EU zu einem 30-Prozent-Minderungsziel verpflichtet. Die Hoffnung der Nichtregierungsorganisationen, dieser Energiegipfel könne sich dazu durchringen, war vergeblich. Eine Mehrzahl der 27 Staatschefs glaubt, dass ein solcher Beschluss die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Länder beeinträchtigen kann. Dabei wissen alle: Verzögerungen auf dem Weg zu mehr Energieeffizienz bedeuten höhere Kosten in der Zukunft. Für solche rationalen Gedankengänge war jedoch auf dem Energiegipfel kein Raum. Die Lage in Ägypten und die Finanzkrise dominierten. Veragt wurden Beschlüsse über große Investitionen, etwa in die Stromnetze, deren Finanzierung nun unsicher bleibt.

Die verpassten klimapolitischen Weichenstellungen haben uns schon eingeholt: Klimakapriolen ließen die Kohle- und Lebensmittelpreise explodieren. Die gestiegenen Preise waren Auslöser der Proteste in Tunesien und Ägypten. Wegen der politischen Unsicherheit im arabischen Raum stiegen die Ölpreise. Wann wird die EU-Klimapolitik (re)agieren?

**Dietrich von Tengg-Kobligk studierte Nachhaltigkeitsmanagement und arbeitet als Europabeauftragter für das Forum Umwelt & Entwicklung in Brüssel und Berlin.**

**Kontakt: +32 (0)2 / 8930944,  
E-Mail: [eu@forumue.de](mailto:eu@forumue.de), [www.forumue.de](http://www.forumue.de)**

das Ziel einer 20-prozentigen Energieeinsparung bis 2020 verfehlen würde, wollen aber erst nach einer Überprüfung 2013 weitere Schritte erwägen. Detailliertere Maßnahmen würden auch im kommenden Energieeffizienzaktionsplan veröffentlicht werden. Das Europäische Umweltbüro (EEB) kritisierte die Ergebnisse des Gipfels. Die wenigen konkreten Maßnahmen seien angesichts der zentralen Herausforderungen für Energieeinsparungen nicht ausreichend.

Ein breites Bündnis von deutschen Wirtschafts-, Umwelt- und Verbraucherverbänden sowie Gewerkschaften hatte im Vorfeld des Gipfels verbindliche Energieeffizienzziele gefordert. Die Verbände unterstrichen dabei die Vorteile einer starken Energieeffizienzpolitik. So würden Verbraucher von steigenden Energiepreisen entlastet sowie Arbeitsplätze und neue Märkte geschaffen. Im Gebäudesektor forderten sie die EU auf, verbindliche Mindeststandards für den Bestand einzuführen und mehr finanzielle Mittel bereitzustellen. Die Standards müssten sozialverträglich ausgestaltet werden, damit insbesondere einkommensschwache Mieter nicht benachteiligt würden. [ej, am]

► Schlussfolgerungen:

[www.kurzlink.de/schlussflg-040211](http://www.kurzlink.de/schlussflg-040211)

► Reaktion EEB: [www.eeb.org](http://www.eeb.org) (News – 4 February)

► Deutsche Verbände: [www.kurzlink.de/fordverb](http://www.kurzlink.de/fordverb)

## Erneuerbare Energien/EU

### Vorerst kein EU-Fördersystem

■ Nachdem Energiekommissar Günther Oettinger in den letzten Monaten immer wieder für ein EU-weit einheitliches Fördersystem für erneuerbare Energien plädiert hatte, ist dies wohl vorerst vom Tisch. Die EU-Kommission hat Ende Januar eine Mitteilung zum Fortschritt auf dem Weg zum Erneuerbare-Energien-Ziel veröffentlicht und darin zwar eine bessere Abstimmung der nationalen Fördersysteme gefordert, aber von der Forderung nach einer Integration der Systeme vorerst Abstand genommen. In den Tagen

vor der Veröffentlichung hatte sich unter den Mitgliedstaaten eine breite Ablehnung gegenüber entsprechenden Bestrebungen der Kommission herauskristallisiert. Auch Deutschland steht dem Vorhaben kritisch gegenüber, nachdem zunächst unterschiedliche Positionen innerhalb der Regierung deutlich geworden waren.

In ihrer Mitteilung kritisierte die Kommission, dass ein Großteil der Mitgliedstaaten zurzeit nicht auf dem richtigen Weg sei, ihre Erneuerbaren-Ziele zu erreichen. So erreichen oder übertreffen wohl nur sieben Mitgliedstaaten – darunter Deutschland – ihre Zwischenziele für 2010. Damit das EU-Ziel, bis 2020 einen Erneuerbaren-Anteil von 20 Prozent am Energiemix zu erreichen, nicht verfehlt wird, müssten die Investitionen in den Sektor auf 70 Milliarden Euro im Jahr verdoppelt werden. Dabei spricht die Kommission nationalen Fördersystemen nun eine wichtige Rolle zu.

Die europäischen Grünen begrüßten, dass die Kommission die nationalen Fördersysteme nun als zentrales Instrument zur Umsetzung des Erneuerbaren-Ziels anerkenne und bezeichneten Oettingers „Feldzug“ gegen die nationalen Fördersysteme als „gescheitert“. [am]

► EU-Kommission: [www.kurzlink.de/kommharm](http://www.kurzlink.de/kommharm)

► EU-Grüne: [www.kurzlink.de/greensren](http://www.kurzlink.de/greensren)

## Erneuerbare Energien/Deutschland

### 100 Prozent bis 2050

■ Dem Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) zufolge ist es möglich, die deutsche Stromversorgung bis 2050 vollständig auf regenerative Energien umzustellen. Laut dem Ende Januar vorgestellten Sondergutachten „Wege zur 100 % erneuerbaren Stromversorgung“ reichen die bisherigen technischen Lösungen, insbesondere Windkraft- und Solaranlagen, dazu aus. Eine herausragende Rolle messen die Sachverständigen dabei Offshorewindanlagen zu.

Weder die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke noch der Zubau neuer

Kohlekraftwerke sei nötig, um in Zukunft Versorgungssicherheit zu garantieren. Als eigentliche Brückentechnologie bezeichnet der SRU Energieeffizienz. Außerdem müssten verbindliche nationale und europäische Klimaschutzziele formuliert und der Stromnetzausbau vorangetrieben werden. Auch finanziell sei eine vollständig regenerative Stromerzeugung sinnvoll, da steigende Brennstoffkosten und Kosten für Emissionszertifikate vermieden werden könnten.

Der SRU ist eine Bundesinstitution zur wissenschaftlichen Politikberatung. Als Schlussfolgerung aus dem Gutachten fordert das Gremium ein sektorspezifisches Klimaschutzziel für 2050 und ein Bekenntnis zu 100 Prozent Erneuerbaren von der Politik. [ej]

► Sondergutachten des SRU (PDF, 1,5 MB):

[www.kurzlink.de/sruerneuerbare](http://www.kurzlink.de/sruerneuerbare)

## Energieeffizienzpolitik

### Bundesregierung spart sich das Energiesparen

■ Ein Bündnis von deutschen Wirtschafts-, Umwelt- und Verbraucherverbänden sowie Gewerkschaften hat die Bundesregierung Anfang Februar dafür kritisiert, dass sie in Brüssel ein zu niedriges Energiesparziel gemeldet hat.

Anfang Januar hatte die Bundesregierung in Brüssel bekannt gegeben, dass Deutschland eine Energieeinsparung von rund zwölf Prozent bis 2020 anstrebe. Im Energiekonzept, das die Regierung im September verabschiedete, hatte sie dagegen noch angekündigt, den Primärenergieverbrauch um 20 Prozent zu reduzieren. „Damit hat sich die Bundesregierung offenbar nach nur 100 Tagen bereits von ihrem Energiekonzept verabschiedet“, kritisierte NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller.

Das EU-Energiesparziel wurde 2007 unter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft beschlossen. Die EU-Staaten einigten sich damals darauf, den Energiever-

brauch bis 2020 um 20 Prozent gegenüber den Prognosen für 2020 zu senken. Für Deutschland entspricht das EU-Ziel einer Senkung des Primärenergieverbrauchs um 24 Prozent gegenüber 2007. [sl]

- Gemeinsame Erklärung von Verbänden und Gewerkschaften (PDF): [www.kurzlink.de/pmverb](http://www.kurzlink.de/pmverb)

#### Energieeffizienzforschung

### Einfache Maßnahmen mit großem Sparpotenzial

■ Eine Studie der britischen Cambridge University kommt zu dem Schluss, dass schon mit einfachen Maßnahmen 70 Prozent des weltweiten Energieverbrauchs eingespart werden könnten. So sollen bessere Gebäudedämmung, leichtere Fahrzeuge, Absenkung der Temperatur von Wasch- und Spülmaschinen sowie einfache Verhaltensänderungen wie das Kochen mit geschlossenem Topf weltweit den Energieverbrauch auf ein wesentlich geringeres Niveau bringen. Die Studie ist in der Zeitschrift *Environmental Science and Technology* erschienen. [am]

- [www.newscientist.com/article/dn20037-.html](http://www.newscientist.com/article/dn20037-.html)

#### Solarförderung

### Kürzungen beschlossen

■ Anfang Februar hat das Bundeskabinett beschlossen, die Vergütung für den Bau von Solaranlagen weiter zu kürzen. Zusätzlich zu der schon vorher beschlossenen Senkung um neun Prozent zum Jahresbeginn 2012 verabschiedete das Kabinett eine weitere Kürzung der Solarstromvergütung um nochmals bis zu 15 Prozent. Die Höhe der Kürzung hängt vom Marktwachstum der kommenden Monate ab und tritt für Solaranlagen auf Gebäuden zum 1. Juli und für Solaranlagen auf Freiflächen zum 1. September dieses Jahres in Kraft. Der Bau von Solaranlagen hatte im letzten Jahr stark zugenommen. Kritiker der Fotovoltaik sprachen von einer wachsenden Konkurrenz für die marktführenden Stromanbieter und auch für Windstromproduzenten durch Solarenergie, die gesamtökonomisch nicht effizient sei.

Entgegen der ursprünglichen Planung des Bundesumweltministeriums soll das Grünstromprivileg, das Energiekonzernen die Vermarktung größerer Mengen Ökostrom erleichtert, bis Ende des Jahres fortbestehen. [fl]

- [www.kurzlink.de/iwr-pmsolar-020211](http://www.kurzlink.de/iwr-pmsolar-020211)  
 ► [www.kurzlink.de/klimaretter-sk0211](http://www.kurzlink.de/klimaretter-sk0211)

#### Kohlekraft

### Umweltverbände klagen gegen Brunsbüttel

■ Die Deutsche Umwelthilfe (DUH), der BUND-Landesverband Schleswig-Holstein und Anwohner haben Anfang Februar gemeinsam eine Klage gegen den Bebauungsplan für ein neues Steinkohlekraftwerk in Brunsbüttel an der Unterelbe eingereicht. In der Begründung heißt es, zahlreiche europäische und nationale Umwelt- und Gesundheitsvorgaben seien von der Stadt und dem Betreiberkonsortium SüdWestStrom (SWS) missachtet worden. Nach Auffassung der Kläger werden bei dem Kraftwerksprojekt europarechtlich geschützte Tier- und Pflanzenarten unzulässig beeinträchtigt. Zudem werde das Kohlekraftwerk vermutlich zu einem Überschreiten der zulässigen Feinstaubgrenzwerte führen. Wegen dieser rechtlichen Unsicherheiten hatte der französische Energiekonzern GDF Suez bereits im Dezember von eigenen Plänen für ein Kohlekraftwerk neben dem SWS-Standort abgesehen.

Weiter betonten die Umweltverbände, dass der Bau des Kraftwerks auch klimapolitisch und energiepolitisch unverantwortlich sei. DUH und BUND rechnen mit einer Ver-



Umfassende Informationen zur europäischen Umweltpolitik bietet die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzing in Berlin:

EU-Tagespolitik, Hintergründe, Stellungnahmen, Termine und Kontakte.

Nutzen Sie unser Serviceangebot:

- Newsletter zur EU-Umweltpolitik
- Terminvorschau
- Brüsseler 1×1: Wie funktioniert die EU?
- Adressen von NGOs und ExpertInnen
- Themenhefte
- Factsheets

Mehr Informationen:  
 Tel. +49 (0)30 / 678177570  
 E-Mail: [eu-info@dnr.de](mailto:eu-info@dnr.de)  
 oder im Internet:  
[www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de)



fahrendauer von etwa einem Jahr. Sollte das Oberverwaltungsgericht in Schleswig der Argumentation der Kläger folgen, würde die planungsrechtliche Grundlage für das beantragte Kohlekraftwerk entfallen. Falls schon vor der Entscheidung über die Klage erste Genehmigungen für das Kraftwerk erteilt worden sind, müssten diese nachträglich aufgehoben werden.

[jgl]

- ▶ [www.kurzlink.de/pm-bund-duh-020211](http://www.kurzlink.de/pm-bund-duh-020211)
- ▶ BUND Schleswig-Holstein, Kiel, Tel. +49 (0)431 / 66060-20, [www.bund-sh.de](http://www.bund-sh.de)

## Energiekonzerne

### Opposition klagt gegen EnBW-Rückkauf

■ Die baden-württembergischen Landtagsfraktionen von SPD und Grünen haben Anfang Februar Klage beim Staatsgerichtshof gegen den im Dezember von der Regierung beschlossenen Rückkauf von Anteilen an dem Energiekonzern EnBW eingereicht. Sie werfen der Regierung eine Verletzung des Haushaltsrechts des Parlaments vor. Der Rückkauf der Aktien hätte eine Zustimmung des Landtags erfordert. Ein Gutachten der Regierung, in dem das Umgehen des Landtags bei der Kaufentscheidung im Dezember gerechtfertigt wird, erkennen die Oppositionsparteien nicht als ausreichende Begründung an.

[am]

- ▶ [www.spd.landtag-bw.de](http://www.spd.landtag-bw.de) (Presse – 9.2.)

## CO<sub>2</sub>-Speicherung

### Zweifel an CCS-Technologie

■ Nach Berichten über die möglichen Austritte von CO<sub>2</sub> aus einer Anlage zur Abscheidung und Verpressung von CO<sub>2</sub> (CCS) in Kanada werden Zweifel an der Sicherheit der Technologie laut. Zwar wird derzeit noch geprüft, ob der CO<sub>2</sub>-Speicher wirklich undicht ist, aber der Fall hat be-

reits zu Diskussionen im brandenburgischen Landtag sowie in der deutschen Finanzwirtschaft geführt. So halten Versicherungen die lange Laufzeit und nicht abschätzbare Risiken von CCS-Projekten für problematisch bei der Haftpflichtversicherung für CCS-Anlagen. Es sei derzeit nicht absehbar, in welchem Umfang eine privatwirtschaftliche CCS-Leckage-Haftpflichtversicherung angeboten werden könnte.

Im brandenburgischen Landtag war die mögliche Leckage in der kanadischen CCS-Anlage Gegenstand einer Anfrage. Dabei wurde vor allem die Relevanz des Falls für die geplante Vattenfall-CCS-Anlage in Brandenburg debattiert. Da es sich in Kanada um einen Speicher handele, der das CO<sub>2</sub> nur vorübergehend halten solle, sei das Projekt nicht mit der brandenburgischen CCS-Anlage vergleichbar, argumentierte Wirtschaftsminister Ralf Christoffers (Die Linke). Allerdings hat ein Gutachten des BUND Brandenburg ergeben, dass die Sicherheit des dortigen CCS-Speichers bisher nicht erwiesen ist.

Trotz dieser Zweifel an der Sicherheit der Technologie hat die Bundesanstalt für Geowissenschaften bereits mögliche Standorte für CO<sub>2</sub>-Lager zusammengetragen. Greenpeace hat Mitte Februar über das Umweltinformationsgesetz eine Veröffentlichung der Daten erwirkt und in einer Karte zusammengestellt. Greenpeace wirft der Bundesregierung vor, Informationen über mögliche Standorte geheim zu halten.

[am]

- ▶ Bericht Klimaschutzdialog, Kap. III (PDF 1,7 MB): [www.kurzlink.de/klima-finanz-ccs-211](http://www.kurzlink.de/klima-finanz-ccs-211)
- ▶ BUND-Gutachten (PDF, 6,1 MB): [www.kurzlink.de/bund-ccs-181110](http://www.kurzlink.de/bund-ccs-181110)
- ▶ Karte: [www.kurzlink.de/greenpeace-ccs-1302](http://www.kurzlink.de/greenpeace-ccs-1302)

## AKW-Laufzeitverlängerung

### Klage in Karlsruhe

■ Die Umweltschutzorganisation Greenpeace klagt vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die im Dezember von der schwarz-gelben Koalition beschlossene

Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke. Der um durchschnittlich zwölf Jahre verlängerte Weiterbetrieb der Atomkraftwerke gefährde das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit der Bürger. Die Reaktoren entsprächen nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik und könnten beispielsweise dem Absturz eines großen Passagierflugzeugs nicht standhalten. Auch wegen der ungelösten Entsorgungsfrage verstoße die Laufzeitverlängerung gegen die Verfassung, so die Begründung von Greenpeace.

Wie mehrere Zeitungen berichteten, wollen auch die Oppositionsparteien rechtlich gegen das novellierte Atomgesetz vorgehen. So haben die Ministerpräsidenten der fünf SPD-geführten Länder Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bremen, Brandenburg und Berlin sowie Linke und Grüne Normenkontrollklagen vor dem Bundesverfassungsgericht angekündigt. Die Oppositionsparteien hatten im Vorfeld der Verabschiedung mehrfach kritisiert, dass Union und FDP die Novellen des Atomgesetzes ohne Zustimmung des Bundesrats beschlossen haben – obwohl die Länder für die Atomaufsicht zuständig sind. Verfassungsrechtler räumen den Klagen durchaus Chancen ein.

[jgl]

- ▶ [www.kurzlink.de/greenpeace-bvg-akw](http://www.kurzlink.de/greenpeace-bvg-akw)

## KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

## Pestizidzulassung

### Gifte nur noch durchwinken?

■ Einem Bericht des ARD-Magazins Monitor zufolge will Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner das Verfahren für die Zulassung von Pestiziden vereinfachen. Demnach soll das Umweltbundesamt (UBA) bei der Genehmigung der Schädlingsbekämpfungsmittel künftig kein Vetorecht mehr haben, wenn das betreffende Pestizid bereits in einem anderen EU-Land zugelassen wurde. Zur Begründung für die Gesetzesinitiative hieß es aus dem Ministe-

rium, im EU-Zulassungsverfahren sollten auf nationaler Ebene „doppelte Prüfungen vermieden werden“.

Der NABU kritisiert den Gesetzentwurf als „schweren Schlag für den Umwelt- und Verbraucherschutz“. Er befürchtet, dass das hohe deutsche Schutzniveau deutlich gesenkt wird, wenn Stoffe aus anderen Mitgliedstaaten, die toxisch, krebserregend und gefährlich sind, auf dem deutschen Markt erlaubt werden. 2010 hatte das Verbraucherministerium 150 Zulassungsanträge nach dem Pflanzenschutzgesetz befürwortet. 32 davon wurden vom UBA jedoch per Veto gestoppt, weil Experten die Pestizide für zu riskant hielten. [mbu]

- ▶ Bundesverbraucherministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 529-3173, Fax -3179, [www.bmelv.de](http://www.bmelv.de)
- ▶ NABU, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 284984-0, Fax -2000, E-Mail: [nabu@nabu.de](mailto:nabu@nabu.de), [www.nabu.de](http://www.nabu.de)
- ▶ UBA, Dessau/Anhalt, Tel. +49 (0)340 / 2103-0, Fax -2285, E-Mail: [info@uba.de](mailto:info@uba.de), [www.uba.de](http://www.uba.de)

#### Lebensmittelkennzeichnung

### Obst und Gemüse meist ohne Herkunftsangabe

■ Wer vermeiden möchte, dass mit Gift gespritzte Trauben oder schadstoffbelastete Paprika im Einkaufskorb landen, kann das häufig im Laden nicht entscheiden. Denn woher Obst und Gemüse kommen, ist für Verbraucher in vielen Fällen nicht ersichtlich. Wie eine Stichprobe der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen vom Januar ergab, geben acht von zehn Händlern die Herkunftsländer nicht an.

Die Kontrolleure der Verbraucherzentrale überprüften 88 Obst- und Gemüsestände in Supermärkten, bei Discountern, in Bioläden und auf Wochenmärkten in vier Städten. Am häufigsten, nämlich bei 284 Obst- und Gemüseangeboten, bemängelten sie, dass keine Herkunftskennzeichnung zu finden war. In anderen Fällen waren die Angaben verwirrend, weil gleich mehrere Exportländer auf dem Etikett standen. Gegen den Etikettenschwindel fordert die Verbraucherzentrale eine

bessere Schulung des Personals im Einzelhandel. Die Herkunftsangabe bei Obst und Gemüse ist in Deutschland gesetzlich vorgeschrieben. [mbu]

- ▶ Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Tel. +49 (0)211 / 38090, E-Mail: [vz.nrw@vz-nrw.de](mailto:vz.nrw@vz-nrw.de), [www.vz-nrw.de](http://www.vz-nrw.de)

#### LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

#### Futtermittel

### EU will schärfere Kontrollen nach Dioxinskandal

■ Wegen des jüngsten Dioxinskandals in Deutschland soll es EU-weit strengere Regeln für Futtermittelhersteller geben. Der EU-Agrarrat forderte im Januar die Kommission auf, einen entsprechenden Gesetzesvorschlag zu erarbeiten.

Nach dem Willen der europäischen Landwirtschaftsminister sollen künftig Industrie- und Futterfette getrennt produziert werden. Zudem müssten alle Kontrollergebnisse den Behörden gemeldet werden. Auch ein Frühwarnsystem für Dioxine in Lebensmitteln und schärfere Auflagen für die Futtermittelindustrie sind geplant.

Zwar lobte EU-Verbraucherkommissar John Dalli das Krisenmanagement von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner. Aber für ihre Forderung nach einer Positivliste von Stoffen, die in Futterfett erlaubt sind, fand sich bisher keine Mehrheit in der EU. Auch Aigners Vorschläge für eine Absicherung des Haftungsrisikos und eine Zulassungspflicht für Futtermittelbetriebe stießen auf Skepsis in Brüssel.

Im Februar beschloss die deutsche Regierung eine Änderung des Lebens- und Futtermittelgesetzbuchs. Demnach soll es auch für private Labore eine Meldepflicht geben: Wenn diese bei der Qualitätskontrolle bedenkliche Schadstoffe finden, müssen sie das automatisch den Behörden mitteilen. Zudem ist ein Dioxin-Frühwarn-

system mit vierteljährlichen Lageberichten vorgesehen.

Verbraucherverbände in Deutschland halten die Vorschläge von Ministerin Aigner für nicht ausreichend und fordern ein umfassenderes Informationsrecht. Statt Herstellernamen erst dann der Öffentlichkeit mitzuteilen, wenn ein Lebensmittelbetrieb gegen geltendes Recht verstoßen habe, sollten die Behörden alle Untersuchungsergebnisse veröffentlichen, auch wenn Grenzwerte nicht überschritten wurden, sagte der Vorsitzende des Verbraucherzentrale-Bundesverbandes (VZBV) Gerd Billen. [mbu]

- ▶ EU-Kommission zu Lebensmittelsicherheit: [www.ec.europa.eu/food/index\\_de.htm](http://www.ec.europa.eu/food/index_de.htm)
- ▶ Bundeslandwirtschaftsministerium, Berlin, Tel. +49 (0)1888 / 529-3173, [www.bmelv.de](http://www.bmelv.de)
- ▶ VZBV, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 258000, [www.vzbv.de](http://www.vzbv.de)

#### Agrarwende

### Der Agroindustrie den Geldhahn zudrehen

■ Damit wieder ein Gleichgewicht zwischen den Ökosystemen hergestellt wird, hat der Präsident des Umweltbundesamtes Jochen Flasbarth ein Ende der industriellen Landwirtschaft gefordert. Für die Zukunft dürfe nicht mehr in die industrielle Tierhaltung investiert werden, sondern in solche mit geringeren Beständen, sodass sie in einem vernünftigeren Verhältnis zur Fläche stünden, sagte Flasbarth.

Bei der anstehenden Agrarreform der Europäischen Union werde es darauf ankommen, die Agrarförderung neu auszurichten. Dabei müssten zusätzliche Dienstleistungen der Landwirte für Umwelt und Ökosysteme stärker honoriert werden als bisher. Um den Chemikalieneinsatz auf den Äckern zu senken, forderte Flasbarth, weniger Dünger zu verwenden. Die Landwirtschaft erreiche mit den bisherigen Anstrengungen nicht das von der Bundesregierung gesetzte Ziel, zwischen 1990 und 2010 den Stickstoffüberschuss pro Hektar und Jahr von 133 auf 80 Kilogramm zu senken. ▶



## „Alle sollen mitentscheiden, wie viele Bauernhöfe es künftig geben wird und wie sie wirtschaften“

Bei der kommenden EU-Agrarreform entscheidet sich, ob die Lebensmittel zukünftig wieder mehr aus bäuerlicher Produktion stammen oder ob sie weiter industriell erzeugt werden – mit allen Folgen. Hieran lässt sich letztlich bemessen, wie wichtig den Entscheidungsträgern Gesundheit und Umweltschutz sind, sagt Aglaia Hajkova von der Kampagne Meine Landwirtschaft.

**umwelt aktuell: Frau Hajkova, Sie koordinieren eine verbändeübergreifende Kampagne für eine andere Agrarpolitik. Haben die Politik und die Verbraucherinnen und Verbraucher aus dem letzten Dioxinskandal nicht schon die nötigen Schlussfolgerungen gezogen?**

Wenn Sie mit den nötigen Schlussfolgerungen meinen, dass die Verbraucher und Verbraucherinnen sich nun wieder stärker mit der Erzeugung ihrer Nahrungsmittel auseinandersetzen und mehr Transparenz und Demokratie in der Landwirtschaft fordern, dann stimme ich Ihnen zu. Dass die Politik die nötigen Schlussfolgerungen gezogen hat, kann ich nicht so ohne Weiteres bestätigen. Der Dioxinskandal hat gezeigt: Futtermittel müssen in Zukunft nach strengen Vorschriften hergestellt und vertrieben werden. Dazu müsste aber dringend die bäuerliche Landwirtschaft gestärkt werden, denn sie integriert die Tierhaltung und den Futteranbau in zusammenhängenden Betrieben. Das gewährleistet eine größtmögliche Selbstversorgung und die bessere Kontrolle über die Futtermittel. Neben der bundesdeutschen Agrarpolitik müssen aber auch die zurzeit in Brüssel stattfindenden Verhandlungen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU genutzt werden, um das durchzusetzen.

**Wie kann denn aber eine Landwirtschaftspolitik aussehen, die besser für Mensch, Tier und Natur ist?**

Bisher treiben die Subventionen und die Richtlinien aus Brüssel die Industrialisierung der Landwirtschaft voran. Deshalb geht es bei der anstehenden Agrarreform darum, ob unsere Lebensmittel künftig eher von Bauernhöfen oder aus der industriellen Agrarproduktion stammen, zum Beispiel aus Massentieren. Ob und wie viele Bäuerinnen und Bauern im Einklang mit Umwelt und Tierschutz gesunde und regional typische Lebensmittel erzeugen können, hängt sehr stark davon ab, welche Regeln in Brüssel und in den EU-Mitgliedstaaten die landwirtschaftliche Praxis bestimmen und an welche Bedingungen die Subventionen für die Landwirtschaft geknüpft werden. Entscheidend ist dabei die Frage, ob die Agrarpolitik überhaupt will, dass Bauernhöfe und eine nachhaltige

Landwirtschaft erhalten bleiben. Momentan fließen pro Jahr fast 60 Milliarden Euro an EU-Geldern in die Agrarwirtschaft. Aber nur ein kleiner Teil davon ist an Nachhaltigkeitsstandards gekoppelt. Bei der bevorstehenden Agrarreform geht es aber nicht nur um Subventionen. Wir stehen vor einer entscheidenden Weichenstellung für Klimaschutz und Artenvielfalt, Wasser- und Bodenqualität, regionale Entwicklung und Tierschutz – und nicht zuletzt für unsere Gesundheit. Es ist nicht die erste EU-Agrarreform, aber zum ersten Mal gibt es eine realistische Chance, die industrielle Überproduktion abzubauen und die Mindeststandards für den Umwelt- und Tierschutz deutlich anzuheben.

**Im Januar hat ein breites Bündnis zu einer Demo gegen die industrielle Landwirtschaft aufgerufen und 22.000 sind gekommen. Ein schöner Erfolg, aber wie geht es jetzt weiter?**

Ja, das war ein historischer Erfolg! Viele der Veranstalter haben sich jetzt mit weiteren Organisationen in der Kampagne „Meine Landwirtschaft – unsere Wahl“ zusammengeschlossen. Gemeinsam fordern sie mehr Demokratie in der Agrarpolitik. Alle Bürgerinnen und Bürger und alle Gruppen, die sich mit Landwirtschaft und Ernährung auseinandersetzen, sollen sich an der Debatte beteiligen: Was für eine Landwirtschaft wollen wir? Wie viele Bauern soll es in zehn Jahren in Deutschland, Frankreich, Italien, Polen oder Rumänien noch geben? Was werden sie anbauen? Wie sehen unsere Landschaften dann aus? Welchen Preis bezahlen wir dafür an der Ladentheke? Wie teuer kommen unsere Landwirtschaft und Ernährungsweise die Gesellschaft, Gesundheit und Umwelt zu stehen? – Diese Debatte muss jetzt breit in der Gesellschaft geführt werden. Dafür plant die Kampagne viele Veranstaltungen im ganzen Land, außerdem Unterschriftenaktionen und weitere Demonstrationen. Überall sollen sich die Bürgerinnen und Bürger einbringen – denn es ist ihre Landwirtschaft.

**Auf Ihrer Internetseite „Meine Landwirtschaft“ kann ich symbolisch über den EU-Agrarhaushalt mitbestimmen. Zeichnet sich da schon eine Tendenz ab?**

Bei der Abstimmung können die Besucherinnen und Besucher der Kampagnenwebseite symbolisch die 100 Euro, die sie rein rechnerisch pro Jahr für die europäische Agrarpolitik bezahlen, so vergeben, wie sie es für richtig halten. Das Ergebnis der Abstimmung wollen wir dann auch in den politischen Prozess einbringen. Seit die Internetseite [www.meine-landwirtschaft.de](http://www.meine-landwirtschaft.de) und die Abstimmung online sind, also seit einigen Wochen, haben schon 2.000 Menschen teilgenommen. Ich will keine Einzelheiten verraten, damit ich das Abstimmungsergebnis nicht beeinflusse, aber es zeichnet sich schon ab, dass die meisten ihre Steuern nicht für die industrielle Landwirtschaft einsetzen wollen.

**Was regt Sie persönlich an der Landwirtschaftspolitik am meisten auf?**

Das Leitbild der Landwirtschaft, also das Wirtschaften in unserer Landschaft zur Herstellung unserer Nahrung, wird durch die Politik vor allem auf Indikatoren zur Messung der Effizienz reduziert. Dabei ist Landwirtschaft viel mehr! Das muss endlich auch in die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen einfließen. Die multifunktionale Landwirtschaft hat neben ihren gesellschaftlichen Aufgaben – Bereitstellung von Nahrung und Baustoffen, Raum zur Erholung – auch umweltschützerische Aufgaben: für das Klima, für die Artenvielfalt, für den Zustand von Boden und Gewässern. Und das soll auch so bleiben und muss viel mehr gefördert werden.

[Interview: Juliane Grüning, Matthias Bauer]

**Die Sozialwissenschaftlerin Aglaia Hajkova betreut als Koordinatorin von Berlin aus die verbandsübergreifende Kampagne „Meine Landwirtschaft – unsere Wahl“.**

**Kontakt:**  
Tel. +49 (0)30 /  
678177576, E-Mail:  
[hajkova@meine-landwirtschaft.de](mailto:hajkova@meine-landwirtschaft.de),  
[www.meine-landwirtschaft.de](http://www.meine-landwirtschaft.de)



Zudem plädierte der UBA-Chef dafür, den Ökolandbau als besonders ressourcenschonende und umweltverträgliche Form der Landwirtschaft mit einer attraktiven Umstellungsförderung stärker voranzubringen. 2009 wurden 5,6 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche ökologisch bewirtschaftet. Das Ziel der Bundesregierung liegt bei 20 Prozent. Aktuelle Daten über die Landwirtschaft und ihre Umweltfolgen sind in der Broschüre „Umwelt und Landwirtschaft“ des UBA nachzulesen. [mbu]

- Daten zu Umwelt und Landwirtschaft:  
[www.uba.de/uba-info-medien/4056.html](http://www.uba.de/uba-info-medien/4056.html)

#### Genpflanzenanbau

### Amflora in Sachsen-Anhalt

■ Der Chemiekonzern BASF wird die genveränderte Stärkekartoffel Amflora auch in diesem Jahr wieder in Deutschland anbauen. Nach Protesten von Gentechnikgegnern in Mecklenburg-Vorpommern soll die umstrittene Knolle nun auf etwa zwei Hektar in Üplingen bei Magdeburg angepflanzt werden. Auch in Schweden sollen wieder Amflora-Kartoffeln wachsen.

Die Anbaufläche wird nach Angaben von BASF im Vergleich zum Vorjahr verringert. Der Anbau diene der Vermehrung des Pflanzguts. Für die kommerzielle Nutzung soll Amflora demnach erst 2013 wieder angebaut werden. Die EU-Kommission hatte Amflora Anfang 2010 für den kommerziellen Anbau zugelassen.

Die Genkartoffel produziert im Gegensatz zu herkömmlichen Kartoffeln nur eine von zwei Stärkesorten, die sogenannte Amylopektinstärke. Dadurch muss die Stärke zum Beispiel für die Papier- oder Klebstoffherstellung nicht mehr aufwendig getrennt werden, was der Industrie Kosten erspart. Das Bündnis gegen den Amflora-Anbau in Mecklenburg-Vorpommern ruft weiter zu einer Postkartenaktion gegen die Genkartoffel auf. [mbu]

- Dossier und Postkartenaktion zu Amflora:  
[www.keine-gentechnik.de/dossiers](http://www.keine-gentechnik.de/dossiers)  
[www.keine-gentechnik.de/aktionen](http://www.keine-gentechnik.de/aktionen)

#### Koexistenz

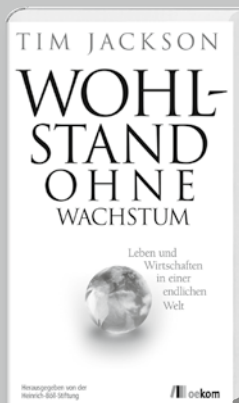
### Imker hoffen auf EU-Gericht

■ Der Europäische Gerichtshof hat Imker gestärkt, deren Honig ungewollt durch gentechnisch veränderte Pollen des Mai-

ses Mon 810 verunreinigt wurde. Auch wenn die genmodifizierten Bestandteile im Honig gering sind, darf dieser nicht mehr verkauft werden. Das geht aus den Schlussanträgen von Generalanwalt Yves Bot am Europäischen Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg im sogenannten Imkerprozess hervor. Zwar sind die Schlussanträge nicht bindend, die Richter des EuGH folgen aber meist den Gutachten des Generalanwalts.

Anlass für das Verfahren gab ein bayerischer Imker, in dessen Honig sich geringe Mengen genveränderten Maiserbgruts fanden, nachdem in der Nähe seiner Bienenstöcke Versuchsfelder mit Mon 810 bepflanzt worden waren. Der Imker klagte sich durch mehrere Instanzen bis zum Bayerischen Verwaltungsgerichtshof. Der wiederum verwies den Fall an den EuGH, damit er im Hinblick auf das EU-Gentechnikrecht geprüft werde.

Folgt der EuGH der Auffassung des Generalanwalts, müsste der Verwaltungsgerichtshof eine „wesentliche Beeinträchtigung“ des Imkers durch den Anbau von Genmais in seiner Nähe akzeptieren. Dann könnte der Imker zumindest Schadensersatz vom Freistaat Bayern verlangen. Das deutsche Bündnis zum Schutz der Bienen vor Agrogentechnik lobte den Schlussantrag aus Luxemburg. Das Gutachten des



## Besser statt mehr

Was garantiert uns Wohlstand und sozialen Frieden? Wie ein Mantra kommt die Antwort aus Politik und Wirtschaft: Wachstum. Aber dürfen wir das angesichts der jüngsten Wirtschaftskrisen noch glauben? Der britische Ökonom Tim Jackson fordert rigoroses Umdenken und die Entwicklung einer neuen Wirtschaftsordnung, die auf einem anderen Wohlstandsbegriff beruht. Im Mittelpunkt seiner Überlegungen stehen eine nachhaltige Ökonomie und die Vision einer blühenden Gesellschaft innerhalb bestehender ökologischer Grenzen.

T. Jackson

### Wohlstand ohne Wachstum

Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt

240 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, 22,95 EUR, ISBN 978-3-86581-245-2

Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de), [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft



Generalanwalts sei ein wichtiger Schritt für die Praxis der Nulltoleranz. Denn jede noch so geringe gentechnische Verunreinigung macht demnach ein Lebensmittel zu einem Produkt mit Gentechnik. [mbu]

- ▶ Schlussanträge des Generalanwalts  
[www.kurzlink.de/imkerprozess-eugh-02](http://www.kurzlink.de/imkerprozess-eugh-02)
- ▶ Bündnis zum Schutz der Bienen vor Agrogentechnik: [www.bienen-gentechnik.de](http://www.bienen-gentechnik.de)

### Gentechnik im Tierfutter

## Nulltoleranzgrenze unter Beschuss

■ Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union haben im Februar die Abstimmung über die Lockerung der strengen Vorschriften für gentechnisch veränderte Futtermittel verschoben. Im dafür zuständigen Ständigen Ausschuss für die Nahrungsmittelkette und Tiergesundheit ging es um Pläne der EU-Kommission, die Nulltoleranz für genmanipulierte Bestandteile aufzuheben. Demnach soll der Import von Futtermitteln auch dann erlaubt sein, auch wenn sie mit nicht zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen (GVO) verunreinigt sind. Der Grenzwert dafür läge bei 0,1 Prozent.

Einwände erhoben unter anderem die EU-Mitgliedstaaten Frankreich, Österreich und Ungarn. Die Uneinigkeit der Mitgliedstaaten zeige, wie umstritten das Thema sei, sagte Mute Schimpf von Friends of the Earth Europe (FoEE). Aus Sicht des Umweltverbandes gibt es keinen Grund dafür, gentechnisch verunreinigtes Futter in der EU zuzulassen. Laut einem Rechtsgutachten im Auftrag des BUND widerspricht die Aufhebung der Nulltoleranz zudem dem EU-Recht.

Denn bisher gilt: Gentechnikpflanzen, die keine Zulassung und keine Sicherheitsbewertung haben, sind in der EU strikt verboten. Auch eine gentechnische Kontamination bis zu 0,1 Prozent würde dagegen verstoßen. Mit diesen Plänen beuge sich die EU-Kommission dem Druck der Futtermittellobby und den USA als Haupt-

anbauland von Genpflanzen, kritisierte die Gentechnikexpertin Heike Moldenhauer vom BUND. [mbu]

- ▶ EU-Kommission zu GVO-Lebens- und Futtermitteln: [www.ec.europa.eu/food/food/biotechnology](http://www.ec.europa.eu/food/food/biotechnology)
- ▶ FoEE, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 5420180, E-Mail: [info@foeeurope.org](mailto:info@foeeurope.org), [www.foeeurope.org](http://www.foeeurope.org)
- ▶ BUND, Heike Moldenhauer, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 275864456, E-Mail: [heike.moldenhauer@bund.net](mailto:heike.moldenhauer@bund.net), [www.bund.net/gentechnik](http://www.bund.net/gentechnik)

### NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

#### Waldforum

## Welt-Waldbericht

■ Mit einer Ministerdeklaration zum Schutz der Wälder ist die 9. Sitzung des Waldforums der Vereinten Nationen (UNFF) im Februar in New York zu Ende gegangen. Kern der Deklaration ist die Bedeutung der Wälder für die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung. Während des UNFF-Ministertreffens wurde das Internationale Jahr der Wälder offiziell gestartet.

Der in diesem Rahmen veröffentlichte Bericht über den Zustand der Wälder der UN-Organisation für Landwirtschaft und Ernährung (FAO) unterscheidet nicht mehr zwischen Urwald oder ursprünglichem Wald auf der einen und nachgewachsenen oder forstwirtschaftlich gepflegten Waldbeständen auf der anderen Seite. Bäume sollten stärker für ein grüneres Wirtschaften eingesetzt werden, fordert die FAO. Die Holzindustrie brauche innovative, neue Wege, um eine soziale und ökologische Nachhaltigkeit im 21. Jahrhundert stützen zu können.

Die Studie des Globalen Netzwerks für Forstwissenschaftskooperation (IUFRO) zur Bewertung der globalen Forstverwaltung spricht sich hingegen für eine Reform des Sektors aus. Das neue System solle die Werte des Waldes mit seinen sektorübergreifenden Verknüpfungen bewahren und diese im Forstmanagement verankern.

Weltweit werden pro Minute Waldflächen so groß wie 35 Fußballfelder abgeholzt. Die Hektarzahlen visualisiert ein „Waldverlustticker“ der Naturschutzstiftung WWF am Berliner Hauptbahnhof. Innerhalb von 60 Stunden entspricht das bereits einem Areal von der Größe Berlins. Der Ticker soll ab März in anderen deutschen Bahnhöfen aufgestellt werden. [bv]

- ▶ UNFF: [www.un.org/esa/forests/session.html](http://www.un.org/esa/forests/session.html)
- ▶ Studie: [www.kurzlink.de/iurfo-report-forest](http://www.kurzlink.de/iurfo-report-forest)
- ▶ WWF zum Jahr der Wälder: [www.wwf.de/28725](http://www.wwf.de/28725)

#### Plantagen

## „Wald“ bedroht Wälder

■ Die Artenschutzorganisation Pro Wildlife hat zum Internationalen Jahr der Wälder auf die Bedeutung der Primärwälder für die Artenvielfalt hingewiesen. Die Plantagenwirtschaft gefährde die Urwälder und damit den Lebensraum vieler Tierarten. „Immer öfter wird Verbrauchern suggeriert, dass Produkte aus Plantagenwirtschaft nachhaltig sind – doch das Gegenteil ist der Fall“, sagte Birgit Trinks, Waldexpertin von Pro Wildlife. Für Plantagenwirtschaft würden täglich riesige Waldflächen brandgerodet. Auch wenn die meisten Plantagen nach Definition der Welternährungsorganisation FAO und des Bundesumweltministeriums als Wald gelten, seien sie für die letzten Orang-Utans, Jaguare und anderen Waldbewohner kein Lebensraum, kritisierte Pro Wildlife. Die Arten seien auf Urwälder angewiesen. [bv]

- ▶ [www.prowildlife.de/PM28/01/11](http://www.prowildlife.de/PM28/01/11)

#### Waldzustandsbericht

## Kritischer Dauerzustand

■ Der Zustand des Waldes in Deutschland hat sich laut dem im Februar veröffentlichten Waldzustandsbericht 2010 im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. 2010 waren demnach 38 Prozent der

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## L wie Langes Leben

Ein gutes langes Leben – wer wünscht sich das nicht? Um dieses Ziel zu erreichen, muss neben Staat und Wirtschaft auch die Zivilgesellschaft aktiv werden. Vom Dorf, das den »Generationenvertrag« lokal umsetzt bis zum Talente-Tauschring: Die Vielfalt des menschlichen Gebens und Nehmens lässt sich kreativ organisieren. Mit vielen Beispielen aus der Praxis ist dieses Buch ein Ideenpool zur Gestaltung der alternden Gesellschaft.

E. Lang, T. Wintergerst  
**Am Puls des langen Lebens**  
 Soziale Innovationen für die  
 alternde Gesellschaft  
 178 Seiten, 24,90 EUR,  
 ISBN 978-3-86581-223-0

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de)

  
 Die guten Seiten der Zukunft

Bäume ohne Kronenverlichtung, während 36 Prozent der Baumkronen 2009 keinen Nadel- und Blattverlust aufwiesen. Deutlich erholt hat sich im Vergleich zum Vorjahr die Buche, während sich besonders der Zustand der Eichen verschlechtert hat.

Der Gesundheitszustand des Waldes habe sich seit Jahren auf einem kritischen Niveau eingependelt, erklärte der NABU. Der Naturschutzbund sieht die Ursachen für das „Siechtum“ neben den Folgen des Klimawandels vor allem in der intensiven Landwirtschaft und im Verkehr. Statt endlich die Ursachen zu bekämpfen und gegen die Überdüngung der Landschaft vorzugehen, werde weiter an den Symptomen herumgedoktert, kritisierte der NABU. So werde „tonnenweise Kalk in den Wald gekippt“, um die Versauerung der Waldböden auszugleichen. Daraus ergäben sich aber weitere Probleme für die Umwelt, etwa die Belastung des Grundwassers mit Nitrat, die Auswaschung von Nährstoffen aus dem Boden, die direkte Schädigung von Bodentieren und eine langfristige Beeinträchtigung der Pflanzenwelt. [bv]

- ▶ Bericht: [www.kurzlink.de/waldzustand2010](http://www.kurzlink.de/waldzustand2010)
- ▶ NABU, Waldreferent Johannes Enssle, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 285984-1623, [www.nabu.de/themen/wald/waldzustand](http://www.nabu.de/themen/wald/waldzustand)

### Waldstrategie

## Verbände fordern neuen Entwurf und Transparenz

■ Die großen Umweltorganisationen BUND, DNR, Greenpeace, NABU und WWF sowie das Forum Umwelt und Entwicklung haben im Januar eine Neuausrichtung der Wald- und Jagdpolitik in Deutschland gefordert. Ausgerechnet im Internationalen Jahr der Wälder 2011 drohe Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner den Wald zum reinen Rohstofflager zu degradieren, so der Tenor der Verbände. Die Kritik bezieht sich auf Aigners Entwurf der „Waldstrategie 2020“, die in diesem Jahr von der Bundesregierung beschlossen werden soll. Dieser sei

auf maximale Holzherzeugung ausgelegt und klammere Klima und Naturschutz aus. „Mit ihrem Entwurf zur Waldstrategie 2020 ist Frau Aigner auf dem völlig falschen Weg. Wir fordern sie auf, den Entwurf umfassend zu überarbeiten oder komplett zurückzuziehen“, sagte DNR-Präsident Hubert Weinzierl. Dazu brauche es einen transparenten Prozess, an dem alle Akteure beteiligt seien. Alles andere könne nicht zu einem zufriedenstellenden Ergebnis führen. In ihrer Stellungnahme kritisieren die Umweltverbände in zehn Punkten den aktuellen Entwurf der Waldstrategie 2020. Derzeit befindet sich die Waldstrategie in der Ressortabstimmung.

Bund und Länder müssten vielmehr mit gutem Beispiel vorangehen und gerade im Internationalen Jahr der Wälder endlich damit beginnen, die schon 2007 versprochenen Ziele der Nationalen Strategie für biologische Vielfalt für den Wald entschlossen umzusetzen, kritisierte László Maráz, Koordinator der AG Wälder des Forums Umwelt und Entwicklung. „Dazu müssen mindestens fünf Prozent der Waldflächen bis 2020 Urwald von morgen werden und die biologische Vielfalt in öffentlichen Wäldern muss Vorrang vor wirtschaftlichen Verwertungsinteressen haben. Im Privatwald sollte neben der Einhaltung ökologischer Mindeststandards auch der Vertragsnaturschutz ausgebaut werden.“ [bv]

- ▶ Pressemitteilung und Stellungnahme: [www.kurzlink.de/kritik-waldstrategie](http://www.kurzlink.de/kritik-waldstrategie)  
[www.kurzlink.de/10punkte-ngostellung](http://www.kurzlink.de/10punkte-ngostellung)
- ▶ Forum Umwelt und Entwicklung, AG Wälder, László Maráz, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177589, E-Mail: [maraz@forumue.de](mailto:maraz@forumue.de), [www.forumue.de/41.html](http://www.forumue.de/41.html)

### Bodenversiegelung

## EU-Experten fordern Entsiegelung in Städten

■ Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat eine Studie zur Bodenversiegelung in Europa veröffentlicht. Die dafür ausgewerteten Satellitenbilder zeigen, dass in euro-

päischen Städten der Versiegelungsgrad der Böden wie auch der Anteil versiegelter Böden pro Einwohner sehr unterschiedlich ausfällt. Die Wissenschaftler machen deutlich, dass ein geringer Anteil versiegelter Böden pro Einwohner und somit eine kompakte Bebauung zwar sinnvoll ist, da so der ökologische Fußabdruck pro Einwohner reduziert wird. Dennoch könnten dicht versiegelte Böden ihre wichtigen ökosystemaren Funktionen, zum Beispiel zur Verbesserung des Mikroklimas, der Wasserreinhaltung und -speicherung, nicht erfüllen.

Vor dem Hintergrund steigender Temperaturen und zunehmender Wetterextreme aufgrund des Klimawandels fordern die Wissenschaftler ein intelligentes Siedlungsmanagement in Städten. Bodenversiegelung müsse überall dort, wo sie nicht erforderlich sei, beispielsweise auf Parkplätzen und öffentlichen Plätzen, reduziert werden. Gleichzeitig müssten Grünflächen und der städtische Baumbestand deutlich ausgeweitet werden. [jgl]

- Studie: [www.eea.europa.eu/articles/urban-soil-sealing-in-europe](http://www.eea.europa.eu/articles/urban-soil-sealing-in-europe)

#### Biologische Vielfalt

### Bundesförderprogramm für repräsentative Projekte

■ Die Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt (NBS) wird in den kommenden Jahren durch ein neues Bundesförderprogramm mit gut 15 Millionen Euro jährlich unterstützt. Die Förderrichtlinien hierzu wurden im Januar veröffentlicht. Gefördert werden demnach Vorhaben, denen im Rahmen der Biodiversitätsstrategie eine „gesamtstaatlich repräsentative Bedeutung“ zukommt oder die diese Strategie in besonders beispielhafter und maßstabsetzender Weise umsetzen. Die geförderten Maßnahmen sollen dazu beitragen, den Rückgang der biologischen Vielfalt in Deutschland zu stoppen und mittel- bis langfristig in einen positiven Trend umzukehren. Schwerpunkte bil-

den Arten in besonderer Verantwortung Deutschlands, Hotspots der biologischen Vielfalt, die Sicherung von Ökosystemdienstleistungen und weitere Maßnahmen von besonderer repräsentativer Bedeutung für die Strategie. Das Programm soll die Kooperation unterschiedlicher Akteure bei der Umsetzung der Ziele der Nationalen Strategie fördern. [bv]

- [www.biologischevielfalt.de/7742.html](http://www.biologischevielfalt.de/7742.html)
- [www.kurzlink.de/foerderrl-biodivprog](http://www.kurzlink.de/foerderrl-biodivprog)
- NBS: [www.bmu.de/40332.php](http://www.bmu.de/40332.php)

#### Nationales Naturerbe

### Folgenreicher Erbstreit

■ Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages drängt darauf, die 12.000 Hektar große Kyritz-Ruppiner Heide mit dem früheren „Bombodrom“ auf Kosten anderer wertvoller Flächen als Nationales Naturerbe (NNE) zu sichern. Im Koalitionsvertrag hatte sich die schwarz-gelbe Bundesregierung auf 25.000 Hektar für die NNE-Flächen geeinigt. Damit verpflichtete sie sich, die dafür vom Bundesamt für Naturschutz, den Bundesländern und Umweltverbänden ausgewählten Landflächen langfristig vor privatem Ausverkauf zu schützen. Nimmt die Regierung nun die in Brandenburg gelegene Kyritz-Ruppiner Heide ohne Ausgleich in die NNE-Liste auf, könnten 12.000 Hektar bereits ausgewählter Naturschutzflächen an Privatinvestoren versteigert werden. Das befürchten die Naturschutzverbände, die nun eine gesonderte Lösung für den Schutz der Kyritz-Ruppiner Heide verlangen. Hubert Weinzierl, Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR), kritisierte die Vorgehensweise der Bundesregierung: „Es kann nicht sein, dass hier Naturschutzflächen gegeneinander ausgespielt werden.“ Die bisherigen Erfolge bei der Sicherung des Naturerbes drohten verspielt zu werden. [ff]

- DNR, Koordinator der Strategiegruppe Naturschutzflächen Adrian Johst, Erfurt, Tel. +49 (0)179 / 5110449, [www.dnr.de/presse](http://www.dnr.de/presse) (11.02.2011)

#### Grünes Band

### Lückenschluss

■ Der Bund und das Land Sachsen-Anhalt haben Ende Januar in Magdeburg eine Vereinbarung unterzeichnet, mit der das letzte rund 1.700 Hektar große Teilstück des Grünen Bandes dauerhaft für den Naturschutz gesichert wird. „Damit ist die letzte Lücke geschlossen und das Grüne Band als das größte Biotopverbundsystem in Deutschland vollendet“, sagte die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesumweltministerium Ursula Heinen-Esser. Mit dem Lückenschluss hat das Grüne Band von der Ostseeküste bis zur tschechischen Grenze eine Länge von fast 1.400 Kilometern bei einer Gesamtfläche von 7.000 Hektar. Das Nationale Naturerbe auf dem früheren innerdeutschen Grenzstreifen stellt neben seiner Bedeutung für den Naturschutz auch ein wichtiges Mahnmal der jüngeren deutschen Geschichte dar. [bv]

- [www.bmu.de/pressemitteilungen/46962](http://www.bmu.de/pressemitteilungen/46962)

#### Wildtierschutz

### EU-Klage gegen Schweden wegen Abschuss von Wölfen

■ Die EU-Kommission hat Klage gegen Schwedens Regierung angekündigt, nachdem Stockholm für die Jagdsaison bis zum Februar 20 Wölfe zum Abschuss freigegeben hatte. Der Abschuss verletze gültiges EU-Umweltrecht, sagte Umweltkommissar Janez Potočnik. Die Zahl der Wölfe in Europa ist in den letzten Jahren stark zurückgegangen. In Skandinavien gibt es laut Schätzungen noch etwa 200 Exemplare, die meisten davon in Schweden. Trotzdem erlaubt die schwedische Regierung seit dem letzten Jahr wieder den Abschuss von Wölfen, nachdem von 1964 bis 2009 ein Jagdverbot für die Tiere gegolten hatte. 2010 wurden 27 Wölfe getötet. Knapp 7.800 Jäger hatten sich registrieren lassen, um in diesem Jahr 20 Wölfe zu erlegen.

Der NABU kritisierte im Februar die Forderung des Deutschen Jagdschutzver-

bandes, den Wolf in Sachsen der Jägerschaft zu unterstellen. „Geschützte Arten gehören nicht ins Jagdrecht“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Das sei weder sinnvoll für den Schutz des Wolfes noch helfe es der Zusammenarbeit zwischen Naturschutz und Jagd. [bv]

- NABU, Artenschutzreferent Magnus Wessel, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 2849841618, E-Mail: [magnus.wessel@nabu.de](mailto:magnus.wessel@nabu.de), [www.nabu.de/wolf](http://www.nabu.de/wolf)

## STADT &amp; REGION

## Urbanisierung

## Europa, deine Städte

■ Die Verstädterung schreitet in Europa rasant voran. Das ist das Ergebnis einer Langzeitstudie der Europäischen Umweltagentur (EEA). Die urbane Ausdehnung steigt schneller als das Bevölkerungswachstum. Mehr als ein Viertel der Landfläche des europäischen Kontinents wird städtisch genutzt. Zu den Folgen des Urbanisierungsprozesses gehören unter anderem die steigende Nachfrage nach Transportkapazitäten und Energie sowie gesundheitliche Schäden durch Luft- und

Wasserverschmutzung. Die Zergliederung des ländlichen Raumes und schwindende natürliche Ressourcen im Zuge der Verstädterung beeinträchtigen die Ökosysteme stark. Die meisten Städte entstehen der Studie zufolge auf früheren Agrarflächen. Die dabei zerstörten Böden zählen zu den nicht oder nur sehr schwer erneuerbaren Ressourcen. [ff]

- [www.kurzlink.de/eea-urbangrowth11](http://www.kurzlink.de/eea-urbangrowth11)

## Regionalinitiativen

## Ländliche Regionen stärken

■ Der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) hat im Januar auf der Grünen Woche in Berlin die wirtschaftliche Stärkung ländlicher Räume gefordert. Neben Landwirtschaft und Naturschutz müssten auch Branchen im Tourismus und der Umweltbildung gefördert werden. Die Menschen auf dem Land bräuchten nachhaltige wirtschaftliche Perspektiven. Deshalb müsse die Reform der europäischen Agrarpolitik den Ausbau von Förderprogrammen für Regionalinitiativen beinhalten, die sich für den Erhalt des ländlichen Raums einsetzen. [jg]

- [www.kurzlink.de/dvl-27-01-2011](http://www.kurzlink.de/dvl-27-01-2011)

## Rekommunalisierung

## Kommunen gründen neue Stadtwerke

■ Acht nordrhein-westfälische Gemeinden im Münsterland wollen nach einem Bericht der Zeitung Das Parlament ihre Energieversorgung unabhängig von Großkonzernen organisieren. Sie planen die Gründung eines eigenen Stadtwerks. Die kommunale Selbstversorgung sichere Arbeitsplätze vor Ort und leiste einen wichtigen Beitrag zur Daseinsvorsorge, heißt es zur Begründung. Nach Angaben des Verbandes kommunaler Unternehmen wurden 40 Stadtwerke seit 2007 neu gegründet, und 100 Netzkonzessionen durch kommunalwirtschaftliche Unternehmen übernommen.

Beobachter sehen die Rekommunalisierung als Gegenbewegung zu den zumeist geheimen Verträgen zwischen Staat und Wirtschaft – sogenannten Public Private Partnerships. Nicht nur die Energieversorgung, auch das Trinkwasser, Bildungseinrichtungen und die Infrastrukturbewirtschaftung seien inzwischen Gegenstand solcher nicht öffentlichen Vereinbarungen. Nach einem Bericht des Deutschlandradios gibt es bundesweit etwa 180 solcher Geheimverträge. In Berlin war im Februar ein Volksentscheid über die



## Grüne Ideen für graue Metropolen

Der Garten als weltabgewandtes Refugium im Privaten war gestern. In diesem Buch ist die Rede von Gärten, die sich der Welt zuwenden. Sie boomen ausgerechnet dort, wo es laut und zuweilen chaotisch zugeht: mitten in der Stadt. Die Autorinnen und Autoren wagen die Diagnose, dass in westlichen Großstädten ein verändertes Verständnis von Urbanität entsteht, in dem die neuen Gärten mit ihren Kulturen des Selbermachens und der Re-Etablierung von Nahbezügen eine besondere Rolle spielen.

C. Müller (Hg.)

## Urban Gardening

Über die Rückkehr der Gärten in die Stadt

352 Seiten, broschiert, mit Bildteil, 19,95 EUR, ISBN 978-3-86581-244-5  
Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de), [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft



Offenlegung der Verträge zwischen dem Senat und den Konzernen RWE und Veolia über eine Beteiligung an den Wasserbetrieben erfolgreich. Die Verträge, die auch Gewinngarantien für die Unternehmen enthielten, müssen nun komplett veröffentlicht werden, anderenfalls werden sie ungültig. [jg, mbu]

- ▶ [www.kurzlink.de/parlament-31-01-2011](http://www.kurzlink.de/parlament-31-01-2011)
- ▶ [www.kurzlink.de/dradio-19-01-2011](http://www.kurzlink.de/dradio-19-01-2011)
- ▶ [www.berliner-wassertisch.net](http://www.berliner-wassertisch.net)

## TIERSCHUTZ & ETHIK

### Tierschutzstandards

## Aigner stellt Paketlösung vor

■ Bundesagrarministerin Ilse Aigner (CSU) hat Anfang Februar schärfere Regeln für den Tierschutz angekündigt. Presseberichten zufolge will die Ministerin dabei Brandmarken bei Pferden und die Kastration von Ferkeln ohne Betäubung verbieten. Auch die Käfighaltung von Legehennen soll verboten und jeder Neubau von Hühnerkäfigen untersagt werden. Hinzu kommen strengere Regeln für die Wildtier- und Mastkaninchenhaltung. Ein neues Tierschutzlabel, ähnlich dem Biosiegel, soll nach Angaben des Bundesverbraucherministeriums (BMELV) für mehr Transparenz sorgen.

„Wir sind froh, dass die drängenden Tierschutzfragen, für die wir seit Jahrzehnten kämpfen, angepackt werden“, erklärte der Deutsche Tierschutzbund. Allerdings müsse das Tierschutzpaket zur „Eilzustellung“ werden. Der Verband begrüßte auch einen Entschließungsantrag zum Verbot der Kleingruppenkäfige für Legehennen im Bundesrat, den Rheinland-Pfalz eingebracht hatte. „Damit könnte das Ende der Hühnerqual eingeleitet sein“, hofft der Tierschutzbund. Der Antrag zielt darauf, die Haltungsvorgaben von 2002 wiederherzustellen, die nur Boden-, Volieren- und Freilandhaltung erlauben.

Die Grünen im Bundestag kritisierten

das Paket dagegen als „Schall und Rauch“, nachdem im Agrarausschuss ein von ihnen eingebrachter Antrag für ein Verbot des Schenkelbrands bei Pferden von den Regierungsparteien abgelehnt wurde. Der Anbauverband Biokreis erklärte, das angekündigte Tierschutzlabel diene nur zur Verbraucherberuhigung, während durch politische Entscheidungen die traditionelle Landwirtschaft immer mehr unter Druck gerate. Jedes Biolabel garantiere tiergerechte Haltung. [hmp, mb]

- ▶ BMELV: [www.kurzlink.de/tierschutzlabel](http://www.kurzlink.de/tierschutzlabel)
- ▶ [www.tierschutzbund.de/4480.html](http://www.tierschutzbund.de/4480.html)
- ▶ Grüne: [www.undine-kurth.de](http://www.undine-kurth.de)
- ▶ [www.biokreis.de](http://www.biokreis.de) (9.2.2011)

### Tierversuche für Lebensmittel

## Aus für Maus-Bioassay

■ Die EU-Kommission hat Tierversuche an Mäusen zur Überprüfung der Giftbelastung in Speisemussheln untersagt. Bisher wurden dafür jährlich bis zu 500.000 Tiere getötet. Wie der Deutsche Tierschutzbund mitteilte, schreibt eine neue EU-Verordnung seit Februar statt der Mäuseversuche ein tierversuchsfreies chemisches Verfahren vor. Der Tierschutzbund begrüßte die Abschaffung der sogenannten Maus-Bioassays, bemängelt aber insgesamt eine „jahrelange Verschleppung“ der Anerkennung von Alternativmethoden. So sei ein tierversuchsfreies Verfahren für die Speisemussheln schon seit den 1980er-Jahren bekannt. [hmp]

- ▶ Verordnung: [www.kurzlink.de/V0-EU-15/2011](http://www.kurzlink.de/V0-EU-15/2011)
- ▶ Deutscher Tierschutzbund, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 60496-0, [www.tierschutzbund.de/4470.html](http://www.tierschutzbund.de/4470.html)

### Lebendrupf

## Handel befürwortet Verbot

■ Führende Handelsunternehmen haben sich einem Appell von Tierschützern für ein striktes Verbot der Entnahme von Daunen und Federn bei lebenden Tieren

angeschlossen. Tchibo, Rewe, Kaufland, Lidl, die Otto Group und weitere Firmen sandten entsprechende Schreiben an EU-Verbraucherkommissar John Dalli. In der EU werden derzeit neue Regelungen für das Rupfen lebender Gänse erarbeitet.

Die Forderung wird nach Angaben der österreichischen Tierschutzorganisation Vier Pfoten auch von den wichtigsten Gänseproduzenten der EU, von Fachverbänden wie der Bundestierärztekammer sowie von den Grünen unterstützt. Der Appell von Vier Pfoten wurde zudem von mehr als 30.000 Menschen im Internet unterzeichnet. [mb]

- ▶ Vier Pfoten, Kampagnenleiter Marcus Müller, Wien, Tel. +43 (0)664 / 4522430, [www.vier-pfoten.at](http://www.vier-pfoten.at)

## UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

### Europäische Bürgerinitiative

## Mehr mitbestimmen ab 2012

■ Mitte Februar hat der EU-Ministerrat die Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative (EBI) angenommen. Damit kann sie formal in Kraft treten. Ab Februar 2012, ein Jahr nach der Veröffentlichung im EU-Amtsblatt, können europäische BürgerInnen Vorschläge für neue Gesetze an die Kommission richten.

Die EBI wurde mit dem Vertrag von Lissabon als Instrument zur Stärkung der direkten Demokratie in der EU eingeführt. Mit ihr soll die Identifikation der BürgerInnen mit der EU durch europaweite Debatten gestärkt werden.

Ein Vorschlag für eine Europäische Bürgerinitiative muss in einem Politikbereich liegen, in dem die Kommission das Initiativrecht besitzt, und darf nicht im Widerspruch zu den EU-Verträgen stehen. Voraussetzung für eine EBI ist die Sammlung von einer Million Unterschriften von EU-BürgerInnen aus mindestens einem Viertel aller Mitgliedstaaten. Für jedes Land ist dabei eine Mindestanzahl von Unterschriften vorgesehen. Die Unterschriften

## Nachhaltigkeit

## A-Z



## W wie Wandel

Arbeiten bis ins hohe Alter, höhere Steuern, sinkender Wohlstand – und wer ist schuld? Der demografische Wandel! Diese einfache Gleichung lassen die Autoren nicht gelten: Schrumpfende Einwohnerzahlen und ein steigender Altersdurchschnitt sind längst nicht für alle Probleme verantwortlich, die ihnen zugeschrieben werden. Eine klare Analyse, die diffuse Prophezeiungen mit Fakten kontert.

D. Bieber (Hrsg.)  
**Sorgenkind demografischer Wandel?**  
 Warum die Demografie nicht an allem schuld ist  
 480 Seiten, 39,90 EUR,  
 ISBN 978-3-86581-224-7

Erhältlich bei  
[www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de)

 **oekom**  
 Die guten Seiten der Zukunft

ten müssen innerhalb von zwölf Monaten gesammelt und in Papierform oder elektronisch bei der Kommission eingereicht werden. Die OrganisatorInnen müssen dabei Informationen über Mittelbeschaffung und Unterstützung erbringen. Für die Gültigkeitsprüfung der Unterschriften sind nationale Behörden nach nationalen Regeln zuständig. Nach Einreichung der Unterlagen hat die Kommission drei Monate Zeit, die EBI zu prüfen. Sie kann dann der Gesetzesinitiative teilweise oder gänzlich folgen oder sie ablehnen.

Die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzrings (DNR) veröffentlichte im Februar eine Handreichung zur Europäischen Bürgerinitiative, um die wichtigsten Informationen für zivilgesellschaftliche Initiativen zu bündeln. [f]

- ▶ [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) (EU-News – 17.02.2011)
- ▶ Handreichung: [www.eu-koordination.de/publikationen/themenhefte/leitfaeden](http://www.eu-koordination.de/publikationen/themenhefte/leitfaeden)

### EU-Transparenzregeln

## Lobbyregister 2.0?

■ Ein vom Europäischen Parlament und der EU-Kommission gemeinsam geführtes „Transparenzregister“ soll nachzeitigem Planungsstand im Juni das bisherige „Lobbyregister“ der EU-Kommission ablösen. Jeder Verband und jede Einzelperson, die einen Beitrag zur EU-Politik leisten wollen, müssten sich darin registrieren lassen. Ausgenommen sind im Vorschlag für ein Transparenzregister Kirchen und Rechtsanwälte. Das Register soll alle Aktivitäten umfassen, die die Entscheidungsfindung der EU-Institutionen beeinflussen. Durch die Registrierung werden Basisinformationen über die Organisationen und deren Lobbyaktivitäten bei den EU-Institutionen offengelegt. Damit sollen die Lobbytätigkeiten in der EU und für die Öffentlichkeit transparenter werden.

Die Europaabgeordneten im Ausschuss für konstitutionelle Fragen begrüßten im Februar das Transparenzregister und forderten auch den Ministerrat dazu auf, sich dem neuen Verfahren anzuschließen. Der

Ausschuss will im April über das Transparenzregister abstimmen, im Mai geht die Abstimmung ins Plenum des EU-Parlaments. Sofern es angenommen wird, soll das Transparenzregister ab Juni 2011 das Lobbyregister ablösen. [bv]

- ▶ [www.kurzlink.de/ep-transparenz-2011](http://www.kurzlink.de/ep-transparenz-2011)

### EU-Regionalförderung I

## Umweltbereich soll wachsen

■ Die Mittel aus dem EU-Kohäsionsfonds sollen in den Regionen vermehrt für „nachhaltiges Wachstum“ ausgegeben werden. Das forderte die EU-Kommission Ende Januar und gab entsprechende Praxisempfehlungen. Bisher seien nur 22 Prozent der in der Finanzperiode 2007 bis 2013 veranschlagten Gelder direkt für den Bereich „nachhaltiges Wachstum“ ausgegeben worden. Insbesondere die Investitionen in Programme im Energie- und Umweltbereich seien unterdurchschnittlich.

Die Kommission will mit ihrem Vorstoß die Leitinitiative „Ressourcenschonendes Europa“ aus der Europa-2020-Strategie unterstützen. Die Prioritäten für Investitionen liegen in drei Bereichen:

- ▶ Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehrssektor;
- ▶ Schutz der natürlichen Umwelt (Ökosystemdienstleistungen), biologische Vielfalt, Klimaanpassung und Prüfung der Klimastabilität, Verhütung von Naturkatastrophen;
- ▶ Ökoinnovation durch Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien und „grüne Cluster“.

Um die Qualität der Investitionen zu erhöhen, müsse die Energieeffizienz während des gesamten Projektzyklus beachtet und stärker auf umweltfreundliche öffentliche Beschaffung gesetzt werden, so die Kommission. Den Aufruf verfassten die EU-KommissarInnen für Regionalpolitik, Umwelt, Energie und Klimaschutz. [jg]

- ▶ Mitteilung der EU-Kommission:  
[www.europe.eu/rapid](http://www.europe.eu/rapid) (Reference: IP/11/99)



EU-Regionalförderung II**Zusammenhalt ohne Großprojekte**

■ In einer Stellungnahme zum fünften Kohäsionsbericht der EU-Kommission haben Umweltverbände eine transparente und ökologisch nachhaltige Neuausrichtung gefordert. Die bisherige Politik für den „wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt“ (Kohäsion) weise aus Umweltsicht Defizite auf. So fehle die Einbindung von Nachhaltigkeitskriterien bei der Mittelvergabe. Akzeptanz für umweltpolitische Zielsetzungen sei kaum vorhanden. Nach wie vor habe die Kohäsionspolitik mit ihren großen Verkehrs- und Infrastrukturprojekten negative Umweltwirkungen. Geförderte Projekte dürften aber den existierenden Umweltrichtlinien nicht widersprechen. Darüber hinaus müsse in Zukunft gewährleistet sein, dass Umweltverbände ausreichend beteiligt werden.

An der Stellungnahme unter Federführung des WWF waren auch der Deutsche Naturschutzring, der Deutsche Verband für Landschaftspflege und die Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz beteiligt. [jg]

- ▶ WWF, Julia Steinert, EU-Strukturfonds, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 311777-225, [www.wwf.de](http://www.wwf.de)
- ▶ [www.kurzlink.de/pos-kohaesion2011](http://www.kurzlink.de/pos-kohaesion2011)

Öffentliches Beschaffungswesen**Konsultation zum Grünbuch**

■ Die EU-Kommission hat eine Konsultation zur Vergabe öffentlicher Aufträge gestartet. Bis zum 18. April können Interessierte Stellungnahmen zum im Januar vorgelegten Grünbuch einreichen. Das Grünbuch zur Modernisierung der europäischen Politik im Bereich des öffentlichen Auftragswesens listet Fragen und mögliche Schlüsselbereiche für Reformen auf.

Öffentliche Aufträge machen etwa 17 Prozent innerhalb des Bruttoinlandsprodukts aus. Die Vergabe soll möglichst flexibel und benutzerfreundlich sein. Ver-

änderte wirtschaftliche und politische Bedingungen erforderten es, die Regelungen für das öffentliche Beschaffungswesen zu überprüfen, so die Kommission. Zu den Herausforderungen zählt die Kommission die Notwendigkeit, öffentliche Mittel effizienter einzusetzen, ebenso die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Belange.

Umweltverbände wie das europäische Bündnis Green 10 fordern seit Jahren, dass die öffentliche Beschaffung in der EU und ihren Mitgliedstaaten zu 100 Prozent aus nachhaltiger Produktion stammen muss. Auch die neue Europa-2020-Strategie spricht von der „Unterstützung des Übergangs zu einer ressourcenschonenden und emissionsarmen Wirtschaft, zum Beispiel durch die Förderung eines umweltfreundlichen öffentlichen Auftragswesens“.

Parallel zur Konsultation plant die EU-Kommission eine „umfassende Ex-post-Evaluierung, um Wirksamkeit und Kosteneffizienz der derzeitigen europäischen Vergabevorschriften zu bewerten“. Die Ergebnisse der Konsultation und der Evaluierung sollen Ende Juni bei einer Konferenz erörtert werden und anschließend eventuell in neue Gesetzesvorschläge einfließen. [jg]

- ▶ EU-Kommission: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Reference: IP/11/88)

Planfeststellungsverfahren**Erörterung soll bleiben**

■ Der BUND hat eine Online-Petition gegen die Abschaffung der Pflichterörterungstermine bei Planfeststellungsverfahren geschaltet. Der Entwurf des Innenministeriums zum Gesetz zur Vereinheitlichung und Beschleunigung von Planfeststellungsverfahren sieht einen öffentlichen Pflichttermin nicht mehr vor. Umweltverbände kritisieren, dass Betroffene und Umweltaktive damit eines ihrer wichtigsten Mitspracherechte beraubt würden. Der Protestbrief ist an Bundeskanzlerin Angela Merkel gerichtet. [jg]

- ▶ [www.kurzlink.de/petition-planfeststl](http://www.kurzlink.de/petition-planfeststl)

Umweltsteuern**Spitzenreiter Dänemark**

■ Eine Vergleichsstudie zu energie- und verkehrsbezogenen Steuern hat das Europäische Amt für Statistik Eurostat veröffentlicht. Demnach betrug der Anteil der Umweltsteuern in den einzelnen EU-Staaten im Jahr 2007 im Durchschnitt 2,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) beziehungsweise etwas über sechs Prozent des Gesamtsteueraufkommens. Dänemark führt dabei deutlich mit 5,9 Prozent des BIP. Staaten wie die Niederlande, Malta, Bulgarien und Zypern liegen mit drei bis vier Prozent im Mittelfeld, bei Spanien und Litauen entstehen weniger als zwei Prozent des BIP über Umweltsteuern. Hauptzahler der Steuern sind die privaten Haushalte, gefolgt von Unternehmen.

In Deutschland betragen die Einnahmen aus „umweltbezogenen Steuern“ 2007 rund 54,2 Milliarden Euro. Davon entfielen 45 Milliarden auf die Energiesteuer. Die Kraftfahrzeugsteuereinnahmen lagen bei 8,9 Milliarden Euro, die Abgaben für Umweltverschmutzung betragen 20 Millionen Euro. [jg]

- ▶ [www.kurzlink.de/eurostat-envitax2007](http://www.kurzlink.de/eurostat-envitax2007)

Umweltrechtsverstöße**Kommission mahnt und klagt**

■ Naturschutz, der Schutz von Oberflächengewässern und Flüssen sowie der Meeresumwelt, das Abfallmanagement und der Wolfsschutz kommen in einigen Staaten in der Europäischen Union derzeit zu kurz. Deshalb hat die EU-Kommission zahlreiche „blaue Briefe“ verschickt. Reagieren die Mitgliedstaaten nicht, droht der Rechtsweg.

Gegen Griechenland erhebt die Kommission bereits Klage vor dem Europäischen Gerichtshof, weil trotz angeforderter EU-Mittel die Sanierung des Koronia-Sees nicht vorangeht. Der See in der Region Saloniki gilt als ein Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung. Seit mehreren Jahren verstößt Griechenland damit gleich gegen ▶

vier EU- Umweltschutzrichtlinien.

Gegen mehrere andere Mitgliedstaaten hat die EU-Kommission Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet und Mahnschreiben verschickt. [jg]

► [www.eu-koordination.de](http://www.eu-koordination.de) (EU-News – 27.01.2011)

### Umweltforschung

## Plan für 2011 steht

■ Das Bundesumweltministerium hat im Januar den Umweltforschungsplan 2011 veröffentlicht und darin den Bedarf an neuen Daten aufgelistet. Die Forschungsschwerpunkte reichen von Ressourceneffizienz und -schonung über Klimafragen bis zu nachhaltiger Mobilität und Risikoforschung. Ansprechpartner für die Vergabe der Mittel sind das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz, das Bundesamt für Strahlenschutz sowie in Einzelfällen das Bundesumweltministerium. [jg]

► [www.kurzlink.de/ufoplan2011](http://www.kurzlink.de/ufoplan2011)

### Patente auf Leben

## Einigkeit im Bundestag

■ Alle Fraktionen des deutschen Bundestags haben sich nach einem Bericht des Magazins Spiegel Ende Januar gegen Patente für Tiere und Pflanzen ausge-

sprochen. Nach längeren Debatten hätten sich die Fraktionen auf eine Erklärung für ein umfassendes Patentierungsverbot bei gleichzeitiger Forschungs- und Züchtungsfreiheit im Patentrecht geeinigt. Das Gesetz müsse nun dementsprechend angepasst werden. [jg]

► [www.kurzlink.de/spiegel-25-01-2011](http://www.kurzlink.de/spiegel-25-01-2011)

### VERKEHR & TOURISMUS

#### Antriebstechnologien

## Europa soll 2050 mit Strom und Biosprit fahren

■ Einer EU-Studie zufolge könnte der Verkehr in Europa ab 2050 vollständig unabhängig vom Öl fließen. Dazu müssten Regierungen und Unternehmungen allerdings erheblich in die Entwicklung alternativer Kraftstoffe investieren.

Laut EU-Verkehrskommissar Siim Kallas würde dann ein Mix aus Strom und Biokraftstoffen den Energiebedarf aller Verkehrsträger decken. Zusätzlich könnten Autos, Busse und Bahnen von synthetischen Kraftstoffen, Methan oder Flüssiggas angetrieben werden. Die Kommission plant eine Strategie, um die Energieversorgung des Verkehrs in den kommenden 40 Jahren komplett auf alternative

und nachhaltige Ressourcen umzustellen. Dazu startete sie bereits die Initiative für umweltfreundliche Verkehrssysteme, in der die Ergebnisse der Studie berücksichtigt werden.

Seit Langem will die EU unabhängiger von Ölimporten werden. Im Februar debattierten die EU-Staats- und Regierungschefs über die künftige europäische Energiepolitik (siehe S. 12). Nach Berechnungen von Experten werden die Ölvorräte voraussichtlich 2050 erschöpft sein. Sie plädieren dafür, so schnell wie möglich mit dem Ersatz durch Elektroantrieb, Wasserstoff und Biokraftstoffe zu beginnen. Zu der Expertengruppe gehören unter anderem Lobbygruppen wie der europäische Branchenverband der Autoindustrie (ACEA), die Europäische Mineralölindustrie sowie die Umweltorganisationen Greenpeace und WWF. [mbu]

► Zur Studie der EU-Kommission  
[www.kurzlink.de/cleantransportstudie](http://www.kurzlink.de/cleantransportstudie)

#### Leichte Nutzfahrzeuge

## EU-Parlament beschließt schwache CO<sub>2</sub>-Grenzwerte

■ Das EU-Parlament hat im Februar der Verordnung zur Begrenzung der Kohlendioxidemissionen von leichten Nutzfahrzeugen zugestimmt. Demnach dürfen neue Transporter bis 2017 im Schnitt maximal

## Werben Sie ... jetzt und hier!

Sie möchten im attraktiven redaktionellen Umfeld unserer Zeitschrift werblich vertreten sein? Andreas Hey unterbreitet Ihnen gerne individuelle Angebote für Ihre erfolgreiche Präsenz mit Anzeigen und Beilagen! Sie erreichen uns unter

- [hey@oekom.de](mailto:hey@oekom.de)
- Tel. +49/67 85/9 41-00 oder Fax +49/67 85/9 41-01.

Fordern Sie die aktuellen Mediadaten noch heute an – Sie finden sie auch im Internet unter

- [www.oekom.de/zeitschriften/mediadaten.html](http://www.oekom.de/zeitschriften/mediadaten.html)



Verlagsbüro Andreas Hey  
Am Hahn 1  
55758 Hottenbach

175 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer (g/km) ausstoßen. Die Europäische Kommission hatte diesen ersten Schritt bereits für 2016 anvisiert und langfristig Emissionsgrenzen von 135 g/km vorgeschlagen. Der zwischen Parlament und Ministerrat ausgehandelte Kompromiss sieht nun 147 g/km für 2020 vor. Die Obergrenze für 2020 muss jedoch in einem erneuten Gesetzgebungsverfahren bestätigt werden, damit sie verbindlich wird.

Die beschlossenen Abgasnormen stoßen auf Kritik bei Umweltverbänden und Grünen-Abgeordneten. Der ökologische Verkehrsclub VCD nannte das Abstimmungsergebnis einen „Kniefall vor der Autoindustrie“. Trotz der Wirtschaftskrise verzeichne die Branche nach eigenen Angaben seit 2010 wieder hohe Absätze bei den Transportern. Daher sei es unverständlich, dass sich gerade die Bundesregierung gegen schnelle, hohe Grenzwerte eingesetzt habe, kritisiert der VCD. Strengere Grenzwerte seien technisch möglich und förderten die Entwicklung besserer Fahrzeuge, sagte die Vorsitzende der Fraktion Grüne/EFA, Rebecca Harms. Parlament und Rat hätten vor allem die Interessen der innovationsunwilligen Industrie vertreten. [mbu]

► VCD, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 280351-0, Fax -10, E-Mail: mail@vcd.org, www.vcd.org

#### Transeuropäische Verkehrsnetze

### Geldmangel macht's möglich

■ Die EU-Kommission will für den Ausbau der Verkehrswege neue Prioritäten setzen. Dafür solle im kommenden Sommer ein Gesetzentwurf präsentiert werden, sagte EU-Verkehrskommissar Siim Kallas bei einem informellen Treffen der EU-Verkehrsminister im Februar in Ungarn. Kallas begründete die Revision der Leitlinien für die Transeuropäischen Verkehrsnetze (TEN-V) damit, dass die Finanzmittel immer knapper würden. TEN-V umfasst rund 90.000 Kilometer Schienen und 100.000 Kilometer Straßen. Insgesamt hält die EU Investitionen von rund 300 Milliarden Euro für notwendig.

Bereits Ende Januar legte die Kommission dem Verkehrsausschuss des EU-Parlaments ein Arbeitspapier zur Überarbeitung der TEN-V-Projekte vor. Der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion Grüne/EFA Michael Cramer sagte, die Kommission habe endlich die richtigen Schlüsse gezogen.

Laut dem Arbeitspapier handelt es sich bei TEN-V bisher eher um eine Liste unbezahlbarer und schlecht vernetzter nationaler Prestigeprojekte statt um ein echtes Netzwerk von europäischem Interesse. Vor allem die Behebung von Engpässen und die Schließung von Lücken im grenzüberschreitenden Verkehr und der Ausbau bestehender Infrastruktur sollen nun Vorrang haben, nicht die Errichtung neuer Großprojekte. [mbu]

- EU-Kommission zu TEN-V: [www.ec.europa.eu/transport/infrastructure](http://www.ec.europa.eu/transport/infrastructure)
- Michael Cramer MdEP, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 284-5779, E-Mail: michael.cramer@europarl.europa.eu

#### Fehmarnbeltquerung

### Dänen wollen Ostsee untertunneln

■ Das dänische Parlament hat im Februar beschlossen, einen Tunnel unter dem Fehmarnbelt zu bauen. Wenn die Pläne umgesetzt werden, könnte ab 2020 der Verkehr zwischen der deutschen Insel Fehmarn und dem dänischen Lolland unter der Ostsee rollen. Der Bau eines 18 Kilometer langen Tunnels sei sicherer und umweltverträglicher als die Brückenvariante, begründeten die Abgeordneten ihre Entscheidung. Sie folgten damit einer Empfehlung der staatlichen Planungsgesellschaft Femern A/S. (umwelt aktuell 02.11, S. 24)

Eine feste Verbindung zwischen Dänemark und Deutschland ist seit Langem umstritten. Der NABU kritisiert das Projekt als zu gefährlich für die Umwelt und zu teuer. Auch wenn Dänemark allein die Querung finanziert, kämen auf Deutschland bis zu 2,5 Milliarden Euro für den Ausbau der Hinterlandanbindung zu, sagte Malte Sie-

gert vom NABU. Nach einem Gutachten des Büros Viereggs und Rössler sind die Kosten für eine feste Fehmarnbeltquerung höher als der Nutzen. Die Fahrzeit zwischen Hamburg und Kopenhagen sei etwa nur eine Stunde kürzer.

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im EU-Parlament Michael Cramer forderte, den derzeit nur zu 40 Prozent ausgelasteten Fährverkehr auszubauen, statt „mehr als fünf Milliarden Euro für einen Tunnel zu vergraben“. Die Überarbeitung der Leitlinien für die Transeuropäischen Verkehrsnetze (siehe vorhergehenden Beitrag) müsse das Aus für die Fehmarnbeltpläne bringen. Das Geld könne dann in Projekte fließen, die tatsächlich das Zusammenwachsen Europas förderten. [mbu]

- NABU, Malte Siegert, Wallnau, +49 (0)173 / 9373241, [www.schleswig-holstein.nabu.de](http://www.schleswig-holstein.nabu.de)
- Michael Cramer MdEP, Brüssel, Tel. +32 (0)2 / 284-5779, E-Mail: michael.cramer@europarl.europa.eu

≡ **mobilogisch!**

Zeitschrift für Ökologie • Politik • Bewegung



Neugierig auf die Mischung? Probeheft ordern: Hinterher sind Sie sicher klüger!

Exerzierstr. 20 • 13357 Berlin • [www.mobilogisch.de](http://www.mobilogisch.de)  
 Fon 030 492 -74 73 • Fax -79 72 •  
[bestellung@mobilogisch.de](mailto:bestellung@mobilogisch.de)

... weiterhin der InformationsDienst für Verkehr

## Das eigene Auto war gestern

Viele Deutsche schwenken um. Das Auto als Allerheiligstes ist passé. Gerade die junge urbane Bevölkerung nutzt in fröhlichem Wechsel Carsharing, Bike-on-Demand und Mitfahrbörsen, um voranzukommen. Intime Kenntnisse zu Vergaser und Zylinderkopf verlieren damit ebenso ihren Reiz wie das neueste Technikhighlight deutscher Autoschmieden. Michael Adler spürt dem Trend zukünftiger Fortbewegung nach und zeigt, wie aus dem Lifestyle junger Großstädter(innen) eine umweltverträgliche Mobilität für alle werden kann.

M. Adler

### Generation Mietwagen

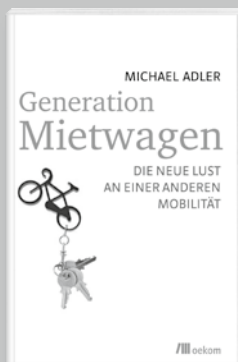
Die neue Lust an einer anderen Mobilität

120 Seiten, Klappenbroschur, 12,95 EUR  
ISBN 978-3-86581-238-4



Die guten Seiten der Zukunft

Erhältlich bei [www.oekom.de](http://www.oekom.de)  
[kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de)



### Mobilitätsverhalten

## Flugzeuge haben mehr Passagiere als Bus und Bahn

■ Im vergangenen Jahr wurde in Deutschland so viel geflogen wie nie zuvor: 167 Millionen Fluggäste starteten von deutschen Flughäfen. Das sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Destatis) 4,8 Prozent mehr als 2009, obwohl die Aschewolke des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull und der strenge Winter den Flugverkehr einschränkten.

Fliegen ist besonders klimaschädlich. Weil die Flugzeugabgase in sehr empfindlichen Schichten der Erdatmosphäre ausgestoßen werden, wirken sie auf das Klima zwei- bis dreimal so stark wie am Boden.

Anders als die Fluggastzahlen stiegen die Fahrgastzahlen im öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2010 nur um 0,3 Prozent. Im Nahverkehr stiegen die Fahrgastzahlen laut Statistik um 1,1 Prozent, Straßenbahnen, U- und Schwebbahnen legten mit 0,4 Prozent leicht zu, der Busverkehr verzeichnet ein geringes Minus von 0,1 Prozent. Durchschnittlich legte jeder Fahrgast im Nahverkehr 9,3 Kilometer mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zurück. Im Fernverkehr verzeichnete immerhin die Eisenbahn ein Plus von 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Mit der Frage, was VerkehrsteilnehmerInnen in Deutschland und Europa wirklich wollen, beschäftigen sich seit Anfang des Jahres Experten aus fünf europäischen Ländern. Unter Federführung der Allianz pro Schiene prüfen Forscher aus Österreich, Ungarn, Kroatien und Belgien einen neuen Ansatz bei der Einschätzung der Verkehrsmittelwahl. Im Rahmen des EU-geförderten Projektes USEmobility sollen Bürgerinnen und Bürger befragt werden, die ihr Mobilitätsverhalten in jüngster Zeit bereits verändert haben. Ziel ist es, ein klares Anforderungsprofil für die Verkehrspolitik zu entwickeln. [mbu]

- ▶ Statistik: [www.kurzlink.de/mobilitaet2010](http://www.kurzlink.de/mobilitaet2010)
- ▶ Projekt USEmobility:  
[www.allianz-pro-schiene.de/projekte](http://www.allianz-pro-schiene.de/projekte)

### WASSER & MEERE

### Weltfischereibericht

## Rekordüberfischung

■ Die UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) hat den aktuellen Weltfischereibericht veröffentlicht. Dem Bericht zufolge hat sich die Überfischung der Meere seit dem letzten Bericht noch verschärft und liegt nun in Rekordhöhe.

Verursacht wird die Verschärfung laut der FAO durch gesteigerten Fischkonsum. So isst jeder Mensch mittlerweile durchschnittlich 17 Kilogramm Fisch im Jahr. Auch der Anteil von Aquakulturen am Gesamtvolumen des Fischkonsums ist laut dem Bericht weiter gestiegen. Nur drei Prozent der weltweiten Fischereibestände weisen nach den Zahlen der FAO Potenzial für eine stärkere Nutzung auf.

Der Bericht macht auch Aussagen über die Konsequenzen der globalen Erwärmung. So werde der Klimawandel durch Wassererwärmung und Versauerung auch Auswirkungen auf die globalen Fischbestände haben. Dadurch könnten sich beispielsweise das Wanderungsverhalten und die Produktivität von Fischbeständen verändern. [am]

- ▶ [www.kurzlink.de/fisheries-report2010](http://www.kurzlink.de/fisheries-report2010)

### Rohstoffabbau in der Tiefsee

## Unternehmen haften für Umweltschäden

■ Anfang Februar hat der Internationale Seegerichtshof in Hamburg einen richtungsweisenden Beschluss zum Rohstoffabbau in der Tiefsee gefasst. Staaten, die ihre Förderlizenzen für den Abbau von Rohstoffen in der Tiefsee an private Unternehmen abgetreten haben, müssen fortan keine Haftung mehr für mögliche Umweltschäden übernehmen. Sie sind jedoch an den Vorsorgegrundsatz gebunden

und verpflichtet, entsprechende Regelungen im nationalen Recht zu verankern und durchzusetzen. Für entstehende ökologische Schäden haften dann die rohstofffördernden Konzerne, die die Umweltkosten in Zukunft nicht mehr durch geschickte Vertragsklauseln auf Schwellen- und Entwicklungsländer abwälzen können, wie dies häufig der Fall ist.

Die Förderung von Rohstoffen aus der Tiefsee wird im Zuge der Preisexplosion auf dem Rohstoffmarkt wirtschaftlich immer attraktiver. Da dies zu riskanten Abbauprojekten führt, fordert der WWF die frühzeitige Einrichtung eines Fonds für den Tiefseebergbau, der Staaten und Unternehmen einbezieht und einen Ausgleich für mögliche Umweltschäden garantiert.

[ff]

► [www.kurzlink.de/wwf-tiefsee-010211](http://www.kurzlink.de/wwf-tiefsee-010211)

#### Weltsozialforum

### EU-Fischereipraktiken vor Westafrika am Pranger

■ Beim zehnten Weltsozialforum im Februar in Dakar (siehe S. 11) haben westafrikanische Kleinfischer zusammen mit dem Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) die europäischen Fischereipraktiken in afrikanischen Küstengewässern kritisiert. Weil die EU-Meere immer stärker überfischt sind, gehen Fischereiunternehmen „Partnerschaften“ mit westafrikanischen Fischern ein, über die sie Lizenzen für die eigentlich den Anrainern vorbehaltenen Küstengewässer erwerben. Oftmals sind dem EED zufolge die westafrikanischen Partner dabei nur Strohmänner. Hauptkritikpunkt ist daher die fehlende Transparenz der Partnerverträge. Diese Praxis wird analog zum Land-Grabbing (umwelt aktuell 10.2009, S. 6) auch als Sea-Grabbing bezeichnet. Die Folgen sind laut einer vom EED im Rahmen des Weltsozialforums veröffentlichten Studie für die lokalen Kleinfischer „verheerend“.

[am]

► [www.eed.de](http://www.eed.de) (Presse – 08.02.2011)

#### Trinkwasserversorgung in Asien

### Gletscher schmelzen dahin

■ In der östlichen Himalajaregion ziehen sich Gletscher durch den Klimawandel immer weiter zurück. Jährlich verlieren die Hochgebirgsgletscher bis zu 70 Meter Eis. Der Wasserhaushalt der Region ist stark von den Gletschern abhängig – sie versorgen mehr als 1,3 Milliarden Menschen mit Wasser. Die betroffenen Staaten müssten sich Gedanken machen, wie das knapper werdende Wasser künftig geteilt werden solle, zumal Dämme in China die drohende Wasserknappheit weiter stromabwärts noch verstärken könnten, erklärten Experten des südasiatischen Umweltnetzwerks SANDRP. Zudem müssten genauere Klimamodelle für die Region erstellt werden.

[am]

► [www.sandrp.in](http://www.sandrp.in)

#### Wasserrahmenrichtlinie

### EU rügt Mitgliedstaaten

■ Die Europäische Kommission droht Belgien, Tschechien, Estland und Griechenland mit der Anrufung des Europäischen Gerichtshofs. Während Griechenland EU-Vorschriften zum Schutz von Feuchtgebieten missachtete, versäumten es die übrigen drei Länder, die ökologischen Standards zur Verbesserung der Qualität von Oberflächengewässern in nationales Recht umzusetzen.

Die EU-Richtlinie über prioritäre Stoffe setzt Grenzwerte für bestimmte Substanzen fest, die ein deutliches Risiko für die aquatische Umwelt darstellen. Sie stellt eine Tochtrichtlinie der Wasserrahmenrichtlinie dar, deren Ziel ein guter Umweltzustand in den europäischen Gewässern ist. Bis zum Jahr 2015 sollen sich die Oberflächengewässer demnach in einem guten chemischen Zustand befinden. Zur Verbesserung des Gewässerzustands mussten die Mitgliedstaaten bis Mitte Juli 2010 entsprechende Rechtsvorschriften erlassen und der Kommission darüber Bericht erstatten.

Belgien, Tschechien und Estland sind dieser Verpflichtung auch nach der Übermittlung eines warnenden Aufforderungsschreibens Ende September 2010 nicht nachgekommen. Nun wandte sich die Europäische Kommission mit einer inhaltlichen Stellungnahme an die drei Länder. Sollten sie innerhalb von zwei Monaten keine angemessenen Vorschriften erlassen haben, droht ihnen die Anrufung des Europäischen Gerichtshofs. Das Gleiche gilt für Griechenland, wo der Verschmutzung des Koroneia-Sees kein Einhalt geboten wurde (siehe S 26).

[ff]

► [www.kurzlink.de/kom-wrrl-impl-0111](http://www.kurzlink.de/kom-wrrl-impl-0111)

#### Donaudelta

### Gemeinsame Vision gesucht

■ Das Donaudelta braucht als größtes europäisches Feuchtgebiet eine Vision, die sowohl die ökonomische Nutzung der Region als auch den Schutz der Natur beinhaltet. Das fordern UmweltvertreterInnen unter anderem mit einer Fotoausstellung im Europäischen Parlament. Der schlechte ökologische Zustand der Region resultiert zum Teil noch aus der Zeit vor 1990, so die Umweltstiftung WWF, aber Überfischung und die unstrukturierte Erschließung des Deltas für den Tourismus hätten die Probleme weiter verstärkt oder ihre Lösung aufgehalten. Die Haupthandlungsfelder seien der ökologische Erholungsprozess, Tourismus, Überfischung und die Veränderung der Strände.

[am]

► WWF, Danube-Carpathian Programme, Wien, Tel. +43 (0)1 / 524547070, [www.panda.org/dcpo](http://www.panda.org/dcpo)

#### Wattenmeer

### RWE will betonieren

■ Der Energiekonzern RWE Dea will sich mit einem Planfeststellungsverfahren nachträglich das Zementieren von Wattflächen genehmigen lassen. Das kritisieren die Umweltstiftung WWF und die Schutz-

station Wattenmeer. Bei der umstrittenen Maßnahme geht es darum, eine Ölbohrplattform vor einem Priel zu schützen. Ein Priel ist ein Wasserlauf im Watt, der seinen Verlauf oftmals ändert. Damit die Ölbohrplattform nicht durch Wasser und Strömung beschädigt wird, soll ein sogenannter Kolkschutz errichtet werden, also Fläche im Wattenmeer mit Zement versiegelt werden. Die Umweltverbände werten die Tatsache, dass natürliche Vorgänge des Wattenmeers die Sicherheit der Ölbohrplattform infrage stellen, als Zeichen dafür, dass die Ölförderung im Wattenmeer gefährlicher ist als von der RWE-Tochter angegeben. Sie verlangen deshalb einen Förderstopp. [am]

- ▶ [www.wwf.de](http://www.wwf.de) (Presse – Archiv – 2011 – 18.01.)
- ▶ WWF-Wattenmeerbüro, Dr. Hans-Ulrich Rösner, Husum, Tel. +49 (0)4841 / 668530, E-Mail: [husum@wwf.de](mailto:husum@wwf.de), [www.wwf.de/wattenmeer](http://www.wwf.de/wattenmeer)

#### Flusspolitik

### Flammender Protest gegen Elbeausbau

■ Gegen Pläne, die Elbe weiter zu einer Wasserstraße auszubauen, haben Ende Januar UmweltschützerInnen mit einer Fackeldemonstration in acht Bundesländern protestiert. Anlass ist der geplante Ausbau der Unterelbe, der von der Stadt Hamburg sowie der EU-Kommission vorangetrieben wird. Umweltverbände und Bürgerinitiativen kritisieren die Elbvertiefung seit Langem als ökologisch schädlich und ökonomisch unsinnig. Sie berufen sich dabei auch darauf, dass viele Flüsse, die in Ostdeutschland nach 1990 kostspielig zu Wasserstraßen ausgebaut wurden, nun wieder renaturiert werden sollen (siehe nachfolgende Meldung), sowie auf die möglichen Folgen eines Ausbaus für den Hochwasserschutz. [am]

- ▶ [www.kurzlink.de/pm-bund-elbe-300111](http://www.kurzlink.de/pm-bund-elbe-300111)
- ▶ BUND, Elbe-Projektleiter Dr. Ernst Paul Dörfler, Steutz/Anhalt, Tel. +49 (0)39244 / 290, E-Mail: [epd@gmx.de](mailto:epd@gmx.de), [www.elbeinsel.de](http://www.elbeinsel.de)

#### Bundeswasserstraßen

### Flüsse zurück zur Natur

■ Im Januar hat Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) dem Haushaltsausschuss des Bundestages ein Konzept zur Neuordnung der Bundeswasserstraßen vorgelegt. Die Wasserwege mit einer Gesamtlänge von 7.300 Kilometern sollen im Zuge einer umfassenden Bestandsaufnahme in Haupt-, Ergänzungs-, Neben-, Rand- und Restnetz eingeteilt werden. Als Grundlage der Einteilung dient die Menge der jährlich transportierten Güter.

Entsprechend ihrer Einstufung sollen die Schifffahrtswege zukünftig weiter ausgebaut, lediglich in ihrer Substanz erhalten oder aber gänzlich renaturiert werden. Letzteres betrifft das sogenannte Restnetz, das damit nicht länger als Verkehrsweg zur Verfügung stehen soll. Die Einteilung der Wasserstraßen soll bis zum Frühjahr vorliegen.

Die Grünen begrüßten das Konzept des Verkehrsministers als ersten Schritt in die richtige Richtung, mahnten jedoch eine umfassende Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung an. Zudem kritisierten sie, dass das Konzept keinerlei Ziele für Natur- und Umweltschutz definiere. [em]

- ▶ Grüne Liga/DNR, Wasserexperte Michael Bender, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 40393530, E-Mail: [wasser@gruene-liga.de](mailto:wasser@gruene-liga.de), [www.wrrl-info.de](http://www.wrrl-info.de)

#### WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

#### Weltwirtschaftsforum

### Keine Normen aus Davos

■ Beim diesjährigen Weltwirtschaftsforum (WEF) im Schweizer Kurort Davos sind nach Ansicht des globalisierungskritischen Netzwerkes Attac zwar wichtige Themen wie soziale Ungleichheit, Nahrungsmittel- und Rohstoffprobleme, Währungsschwankungen und Klimawandel angesprochen worden. Lösungen habe die in Davos versammelte „selbst ernannte

globale Elite“ aber nicht präsentiert. „Gemeinsame Normen für eine neue Welt“ – so das diesjährige Motto des WEF – seien von den Wirtschaftsführern und Politikern auch nicht zu erwarten, sagte Kerstin Sack vom bundesweiten Koordinierungskreis der Organisation.

Ebenfalls in Davos verliehen die Nichtregierungsorganisationen Greenpeace und Erklärung von Bern (EvB) die traditionellen Public Eye Awards für besonders schwere Umwelt- und Menschenrechtsverstöße von Unternehmen. Den Jurypreis erhielt der südafrikanische Minenkonzern AngloGold/Ashanti. Der Publikumspreis ging per Internetabstimmung an den finnischen Agrotreibstoffkonzern Neste Oil. Über 50.000 Menschen beteiligten sich an der Wahl. Bei einer Medienkonferenz forderte Wikileaks-Aussteiger Daniel Domscheit-Berg von der Initiative OpenLeaks mehr Transparenz und Ethik in der Wirtschaftswelt. [mb]

- ▶ [www.weforum.org](http://www.weforum.org)
- ▶ [www.attac.de](http://www.attac.de)
- ▶ EvB, Oliver Classen, Tel. +41 / 442777006, E-Mail: [oliver.classen@evb.ch](mailto:oliver.classen@evb.ch), [www.publiceye.ch](http://www.publiceye.ch)
- ▶ [www.openleaks.org](http://www.openleaks.org)

#### Umweltgutachterausschuss

### Sachverständige berufen

■ Für die Sitzungsperiode 2011 bis 2013 hat das Bundesumweltministerium erneut 50 ehrenamtliche Sachverständige in den Umweltgutachterausschuss (UGA) berufen. Die anerkannten Fachleute für Umweltmanagement repräsentieren dort Wirtschaft, Verwaltung, Gewerkschaften, Umweltverbände und Umweltgutachter. Der 1995 gegründete Ausschuss berät das Ministerium zum europäischen Umweltmanagementsystem EMAS und setzt sich für dessen Verbreitung und Weiterentwicklung ein. Auch der Deutsche Naturschutzring entsendet sechs VertreterInnen (umwelt aktuell 02.2011, S. 31). [mb]

- ▶ UGA-Geschäftsstelle, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 297732-32, Fax -39, [www.uga.de](http://www.uga.de)

## Wachstumsenquete

### Ohne weibliche Expertise

■ Weil der 17-köpfige Fachbeirat in der neuen Enquetekommission „Wachstum, Wohlstand Lebensqualität“ ausschließlich männlich besetzt ist, gibt es Proteste. In offenen Briefen, mehreren Appellen und einer Bundestagspetition fordern unter anderem die BUND-Ehrenvorsitzende Angelika Zahrt, die emeritierte Professorin Adelheid Biesecker und der EU-Abgeordnete und Attac-Mitgründer Sven Giegold eine Korrektur. Angestoßen hatte die Protestwelle die Forschungsgruppe starke Nachhaltigkeit und (Re)Produktivität.

In der ersten Arbeitssitzung der Enquetekommission im Februar wurde zwar über die Abwesenheit weiblicher Sachverständiger diskutiert, beschlossen wurde aber nur, in Zukunft mehr auf Geschlechterdemokratie zu achten.

Außerdem wurden drei von fünf geplanten Arbeitsgruppen gegründet, darunter eine zu Wachstum, Ressourcenverbrauch und technischem Fortschritt sowie eine zur Entwicklung eines ganzheitlichen Wohlstandsindikators. Das Bruttoinlandsprodukt soll dabei um ökologische, soziale und kulturelle Kriterien ergänzt werden. [jg]

- ▶ [www.attac-netzwerk.de/gender-ag](http://www.attac-netzwerk.de/gender-ag)
- ▶ [www.kurzlink.de/enquete-wachstum](http://www.kurzlink.de/enquete-wachstum)

## Ressourceneffizienz

### Europa will Ressourcen intelligenter nutzen

■ Die EU-Kommission hat Ende Januar einen strategischen Rahmen für die nachhaltigere Nutzung natürlicher Ressourcen und die Umstellung auf ein ressourcenschonendes, CO<sub>2</sub>-armes Wachstum in Europa vorgestellt. Kommissionspräsident José Manuel Barroso erklärte zu dieser siebten Leitinitiative der Strategie Europa 2020: „Wir können uns den bisherigen Ressourcenverbrauch nicht mehr leisten. Er belastet die Umwelt und macht unsere Wirtschaft stärker importabhängig.“ Die

intelligenter Nutzung knapper Ressourcen sei eine strategische Notwendigkeit, aber auch eine wirtschaftliche Chance. Die Initiative hat zum Ziel, das Wirtschaftswachstum von der Ressourcennutzung abzukoppeln, die Nutzung erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz zu fördern sowie das Verkehrswesen zu modernisieren und nachhaltiger zu gestalten.

Bundesumweltminister Norbert Röttgen begrüßte die Initiative. Sein Ministerium entwickelt derzeit ein nationales Ressourceneffizienzprogramm. Auch das Europäische Umweltbüro (EEB) begrüßte den strategischen Rahmen als Schritt zu einer nachhaltigen Wirtschaft. Als nächstes müsse aber die Verringerung der Ressourcennutzung auch tatsächlich sichergestellt werden, inklusive der Importe. Dafür müssten klare Ziele und Zeitpläne verabschiedet, umweltschädliche Subventionen abgeschafft und Umweltsteuerreformen durchgeführt werden. Friends of the Earth begrüßten die Initiative ebenfalls. Europa müsse aber nun eine effektive Politik betreiben, um seinen Ressourcenfußabdruck zu reduzieren. Der Umweltverband hat dafür Indikatoren entwickelt. Die Grünen im EU-Parlament zeigten sich enttäuscht, dass die Initiative keine Ziele enthält.

Im Sommer will die EU-Kommission eine Roadmap zu Ressourceneffizienz veröffentlichen. [bv]

- ▶ EU-Kommission: [www.kurzlink.de/KOM-IP/11/63](http://www.kurzlink.de/KOM-IP/11/63)  
[www.ec.europa.eu/resource-efficient-europe](http://www.ec.europa.eu/resource-efficient-europe)
- ▶ EEB: [www.kurzlink.de/eeb-resourceprot](http://www.kurzlink.de/eeb-resourceprot)

## EU-Rohstoffstrategie

### Rohstoffbeschaffung wird zur strategischen Frage

■ Die Europäische Kommission hat Anfang Februar ihre Rohstoffstrategie vorgestellt. Um der Verknappung wichtiger Ressourcen, vor allem Seltener Erden, zu begegnen, will die EU diese künftig vermehrt auf eigenem Territorium abbauen. Zum anderen setzt die Strategie auf höhere Recyclingquoten und mehr Effizienz

sowie in einem dritten Schwerpunkt auf „Rohstoffdiplomatie“. Dabei will die EU Investitionen in Rohstofferkundung, Verkehrsnetze und Energieversorgung in Entwicklungsländern durch Kredite fördern. Bilaterale Handelsabkommen sollen den Zugang zu wichtigen Vorkommen sichern. Gegen China, das die weitaus größten Vorräte an Seltenen Erden besitzt und bereits Exportbeschränkungen verkündet hat, will die EU mithilfe der Welthandelsorganisation WTO vorgehen. Die Veröffentlichung der Strategie war auf Druck von Frankreich um eine Woche verschoben worden, um die Aussagen zu Agrarrohstoffen und Spekulation zu überarbeiten.

Internationale Hilfsorganisationen kritisierten, der „Ressourcenraub“ werde die Entwicklungsländer noch tiefer in Armut sinken lassen. Schlechten Arbeitsbedingungen, Menschenrechtsverletzungen und der massiven Umweltverschmutzung bei der Gewinnung Seltener Erden schenke das Strategiepapier wenig Beachtung, erklärte die Ärzteorganisation Medico International. Der Entwicklungspolitik drohe die Instrumentalisierung durch Wirtschaftsinteressen, wenn im Entwurf des Strategiepapiers gefordert werde, „die EU-Entwicklungspolitik auf diskriminierungsfreien Zugang der EU zu Rohstoffen auszurichten“.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) warnte dagegen vor „Bausteinen aus der Finanzmarktregulierung“ in der EU-Rohstoffpolitik. Zentrales Ziel müsse die Sicherheit der Rohstoffversorgung für die Industrie sein. EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș und Binnenmarktkommissar Michel Barnier hatten Maßnahmen für mehr Transparenz und Regulierung an den Rohstoff- und Finanzmärkten angekündigt, um gegen hochspekulative Anlagen vorzugehen.

Seltene Erden werden für fast alle Hightechprodukte benötigt, aber auch für Ökotechnik wie Windkraftanlagen oder Elektroautos, die den EU-Ländern den nächsten, „grünen“ Wachstumsschub bringen sollen. [mb]

- ▶ [www.kurzlink.de/IP/11/122](http://www.kurzlink.de/IP/11/122)
- ▶ [www.kurzlink.de/euractiv-02-02-2011](http://www.kurzlink.de/euractiv-02-02-2011)

## AUS DEN VERBÄNDEN

Migration und Umweltschutz**Yeşil Çember NRW gegründet**

■ Im Februar ist in Köln eine neue türkischsprachige Umweltgruppe gegründet worden. Damit weitet Yeşil Çember (Grüner Kreis), eine seit fünf Jahren aktive Gruppe im BUND Berlin, ihr Engagement auf Nordrhein-Westfalen aus. „Wir möchten uns ehrenamtlich für den Erhalt der Natur einsetzen“, sagte Zuhal Gültekin, Sprecherin der neuen Gruppe. „Es gibt in NRW viele Menschen mit türkischen Wurzeln, die sich für Umweltschutz interessieren. Wir laden sie herzlich ein mitzumachen.“ Im Frühjahr soll ein türkischer Umwelttag stattfinden.

Der Landesvorsitzende des BUND NRW Paul Kröfges zeigte sich bei der Gründungsveranstaltung in Köln erfreut über die Verstärkung. Umwelt- und Naturschutz sei eine Aufgabe für alle. „Wir möchten uns als Verband weiter öffnen“, so Kröfges. Die Sprecherin von Yeşil Çember in Berlin, Gülcan Nitsch, sagte: „Mit der Gründung in NRW hoffen wir, noch mehr türkischsprachige Menschen im Land zum Mitmachen zu gewinnen.“ Inzwischen kämen aus ganz Deutschland Anfragen. In München sei bereits eine Gruppengründung konkret geplant. [fn]

- ▶ Yeşil Çember NRW, Zuhal Gültekin, Tel. +49 (0)176/78317260, E-Mail: yesilcember.nrw@bund.net, www.bund-nrw.de (Yesil Cember NRW)

## EHRENAMT

Bürgerschaftliches Engagement**Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011**

■ Die für Justiz, Grundrechte und Bürgerschaft zuständige EU-Kommissarin Vi-

viane Reding hat zum Jahreswechsel das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit (EYF) eröffnet. Das ehrenamtliche Engagement von Millionen Bürgerinnen und Bürgern in der EU soll damit gewürdigt und gefördert werden.

Drei von zehn EuropäerInnen sind ehrenamtlich tätig, ergab eine im vergangenen Jahr durchgeführte Eurobarometer-Umfrage. Doch die Freiwilligen sehen sich mit vielen Herausforderungen konfrontiert. Das Jahr der Freiwilligentätigkeit verfolgt vier Hauptziele:

- ▶ Abbau der Hindernisse für die Freiwilligentätigkeiten in der EU;
  - ▶ Stärkung der Freiwilligenorganisationen und Verbesserung der Qualität der Freiwilligentätigkeiten;
  - ▶ Belohnung und Anerkennung der Freiwilligentätigkeiten;
  - ▶ Sensibilisierung für den Wert und die Bedeutung der Freiwilligentätigkeiten.
- Während des gesamten Jahres 2011 sind mehrere hundert Veranstaltungen und Projekte geplant. Außerdem finden acht Regionalkonferenzen zu den europäischen Zielen und nationalen Prioritäten des Freiwilligenjahres statt. Umweltgruppen und -organisationen können ihre Veranstaltungen rund um das Thema Freiwilligenarbeit auf der offiziellen Internetseite [www.ejf2011.de](http://www.ejf2011.de) schalten und damit einem großen Empfängerkreis zugänglich machen. Auch der Deutsche Naturschutzring will sich mit einer Tagung beteiligen. Das freiwillige Engagement im Natur- und Umweltschutz, so der DNR, werde noch immer unterschätzt.

Die hessische Landesregierung hat eine Broschüre „Engagiert in Hessen – Engagiert in Europa“ veröffentlicht, die auch bundesweit gültige Übersichten enthält:

- ▶ niederschwellige EU-Förderprogramme für bürgerschaftliches Engagement;
- ▶ ein Workshopkonzept zur Ideenfindung für ein europäisches Projekt;
- ▶ eine Checkliste zur Planung eines europäischen Projekts.

Die EU-Kommission kürt jedes Jahr ein Motto, auf das sie die öffentliche Aufmerksamkeit lenken will. 2010 ging es dabei um die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. 2012 wird das „Europäische

Jahr des aktiven Alterns und der generationenübergreifenden Solidarität“. [jg]

- ▶ Offizielle deutsche Seite: [www.ejf2011.de](http://www.ejf2011.de)
- ▶ Seite der EU: [www.europa.eu/volunteering/de](http://www.europa.eu/volunteering/de)
- ▶ Broschüre aus Hessen: [www.eu-koordination.de/umweltnews/news/service/679](http://www.eu-koordination.de/umweltnews/news/service/679)

## PREISE &amp; AUSSCHREIBUNGEN

Negativpreis**EU-Distel für Herbert Reul?**

■ Eine „Auszeichnung“ für den größten europapolitischen Fauxpas hat nach Ansicht des Deutschen Naturschutzrings (DNR) der Vorsitzende des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie im Europäischen Parlament, Herbert Reul, verdient. Mit der Nominierung beteiligte sich der Umwelt-Dachverband an einer Ausschreibung der Europa-Union. Die parteiunabhängige Initiative hatte um Vorschläge zur Herausstellung europapolitischer Leistungen (Europa-Lilie) und Fehlleistungen (Europa-Distel) gebeten.

In der Begründung schreibt der DNR: „Herbert Reul hat sich im letzten Jahr hauptsächlich für eine rückschrittliche, nicht nachhaltige Wirtschafts- und Industriepolitik eingesetzt.“ Reul, der zuletzt mit Angriffen gegen das EU-Glühbirnenverbot Schlagzeilen machte, engagiert sich laut DNR immer wieder für fossile Energien und gegen Energiesparen. Besonders kritisierte der DNR Reuls „populistische Sprache“. So hatte der CDU-Politiker die EU-Ökodesignrichtlinie einen „Freifahrtschein in die Ökodiktatur“ genannt.

Die Europa-Union will im März die meistgenannten Personen auf dem Portal EurActiv bekanntgeben und die Öffentlichkeit abstimmen lassen. Die endgültige Entscheidung fällt im April. [jg]

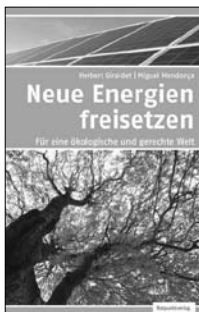
- ▶ DNR, Generalsekretär Dr. Helmut Röscheisen, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, [www.dnr.de](http://www.dnr.de)
- ▶ [www.europa-union.de](http://www.europa-union.de) (Aktuelle Meldungen – 11.01.11)



## REZENSIONEN

## Kompendium für eine erneuerbare Welt

Energie-, Finanz- und Armutskrise hängen eng zusammen. Herbert Girardet und Miguel Mendonça zeigen Strategien und Methoden einer Klimastabilisierung, die von einer Verkehrsreform über Änderungen der Landwirtschaftspolitik bis hin zu mehr Gerechtigkeit reichen.



„Neue Energien freisetzen“ ist die deutschsprachige Ausgabe des 2009 vom Weltzukunftsrat herausgegebenen Buches „A Renewable World: Energy, Ecology, Equality“. Der Titel bringt es treffend

zum Ausdruck: Die Welt braucht eine nachhaltige Wende von fossilen zu erneuerbaren Energien. Zwar sind die UN-Klimapolitik und der Klimaanpassungsprozess durch den Gipfel von Kopenhagen und den medial aufgebauchten Wissenschaftsdatenskandal in der Öffentlichkeit diskreditiert worden. Doch seit dem Klimagipfel von Cancún im vergangenen Dezember hoffen viele auf eine Neubelebung des UN-Prozesses und auf globale Anpassungsstrategien an heutige und zukünftige Klimafolgen. Wie im Buch nachzulesen ist, hat die jüngste Klimaforschung gezeigt, dass die Verminderung von Kohlendioxidemissionen nicht ausreicht, um eine existenzielle Krise für unseren Planeten abzuwenden: Es geht darüber hinaus um den Abbau der CO<sub>2</sub>-Konzentration in der Atmosphäre und die Erneuerung der Ökosysteme.

Die Autoren Herbert Girardet und Miguel Mendonça wollen nicht nur Strategien und Methoden einer Klimastabilisierung zeigen, sie beleuchten auch die globalen, miteinander verschränkten Probleme der Energie-, Finanz- und Armutskrise. Die zehn Kapitel bieten Laien wie Fortgeschrittenen hierzu vielfältige Ein- und Ausblicke. Da geht es um Energiegerechtigkeit und Energiesuffizienz, um „grünes“ Wirtschaften und angepasste Technologien, um Dezentralisierung und Erneuerung der Städte. Zahlreiche grafische Übersichten

und Tabellen machen den Band zu einem Kompendium, das sich auch gezielt zu Einzelfragen heranziehen lässt.

Das Werk besticht durch seinen ganzheitlichen Ansatz, der im ersten Kapitel auch die historischen Bedingungen und Folgen der industriellen Revolution und der Ausbeutung fossiler Energieträger einbezieht. Die Argumentation anhand von praktikablen und durchsetzbaren Beispielen, die sich am Stand der Wissenschaft und an internationalen Regelwerken orientieren, ist nachvollziehbar, hat aber auch kleinere Schwächen. Zu wenig hinterfragen Girardet und Mendonça die vorherrschende Wachstums- und Konsumlogik. Wie die politischen und ökonomischen Machtstrukturen aufgebrochen werden können, bleibt weitgehend offen. Die Autoren setzen neben dem Markt vor allem auf politische Triebkräfte. Hier benennen sie auch die Blockademaßnahmen, etwa durch unsinnige Subventionen.

Das Buch ist äußerst empfehlenswert, gerade weil es auch konkrete Lösungsvorschläge enthält. Die Fülle der angesprochenen Möglichkeiten umfasst neben neueren Verfahren wie der Biosequestrierung auch notwendige Änderungen beim Verkehr oder der konventionellen Landwirtschaft. Es ist zu wünschen, dass möglichst viele Menschen, seien es Verantwortliche in Politik und Wirtschaft oder zivilgesellschaftliche Akteure, das Buch lesen und danach handeln. Denn obwohl die Autoren den Leser nicht mit düsteren, aber durchaus wahrscheinlichen Szenarien verschonen, setzt sich insgesamt ein hoffnungsvoller Tenor durch: Eine andere Welt ist möglich! **[Florian Quitzsch]**

► Girardet, H.; Mendonça, M.: Neue Energien freisetzen. Für eine ökologische und gerechte Welt. Rotpunktverlag, Zürich 2010, 332 S., 26,- €, ISBN 978-3-85869-430-0

## Naturbuch für Neugierige

Die „lebenskluge“ Loki Schmidt hatte ein Faible für alles Lebendige und für das Erforschen der Natur. Ihre Botschaft: Genaues Hinschauen lohnt auch vor der eigenen Tür.



Arbeiterkind, Lehrerin, Kanzlergattin, dazu Botanikerin, Naturschützerin und Autorin. Loki Schmidt führte ein wahrhaft buntes, erfülltes Leben. Von Zeitgenossen wurde sie nicht ohne Bewunderung

„eine lebenskluge Frau“ genannt, an der Seite des (Ex-)Kanzlers Helmut Schmidt wirkte sie stets unaufgeregt, „hansetisch nüchtern“, wie sie es selbst einmal bezeichnete. Dem spanischen Königspaar servierte sie Schnitten im Reihenhause, ihren repräsentativen Pflichten als First Lady kam sie gerne nach, auch wenn sie diese bisweilen großzügig interpretierte und mit „Knicksen nicht dienen konnte“. Daher wundert es nicht, dass Hannelore „Loki“ Schmidt stets auch ihren eigenen Weg ging: Mehr als 30 Jahre arbeitete sie als Lehrerin und Hobby-Naturforscherin, für ein langes Biologiestudium reichten die Finanzen nicht. Einen Namen als Botanikerin hat sie sich trotzdem gemacht: Die Universität Hamburg verlieh ihr die Ehrendoktorwürde, sogar einige Pflanzen (*Pitcairnia loki schmidtiae*) und der Skorpion *Tytius lokiae* wurden nach ihr benannt. Auf Loki Schmidt geht auch die jährliche Vorstellung der Blume des Jahres zurück, um die Aufmerksamkeit auf eine spezielle Pflanze zu lenken. Auslandsforschungsreisen führten sie unter anderem nach Kenia, Malaysia und zu den Galapagosinseln. Eine von ihr mitgegründete Stiftung macht sich für den Schutz gefährdeter Pflanzen stark.

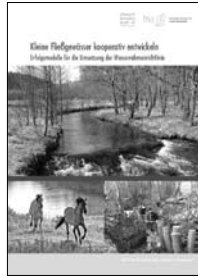
Am 21. Oktober 2010 ist Loki Schmidt im Alter von 91 Jahren gestorben. Mit ihrem „Naturbuch für Neugierige“ hat sie die Nachwelt noch einmal reich be-

schenkt und sie an ihrer großen Passion, der Liebe zur Natur, teilhaben lassen. Es ist ein warmherziges, persönliches Buch geworden. Kurze Interviewpassagen mit dem Biologen und Journalisten Lothar Frenz finden sich locker eingestreut in Erzählungen und Episoden aus ihrer Kindheit, ihrer Zeit als Lehrerin oder so mancher Dienst- und Forschungsreise. Auf jeder Seite atmet das Buch die Begeisterung einer Frau mit einer großen, überaus präzisen Gabe, selbst das Unscheinbare zu entdecken und wertzuschätzen. Der Verlag gestaltete das Buch aufwendig und liebevoll, mit informativen Kästen, prachtvollen historischen Zeichnungen, etwa aus Thomés „Flora von Deutschland“ (1885), und wenigen, aber sorgfältig gewählten Abbildungen vom Eisvogel bis zum Kaktus *Selenicereus grandiflorus*, der Königin der Nacht.

Bei allem Lob will das Buch kein klassisches Einführungswerk sein, kein Lehrbuch oder gar den Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Es ist im besten Sinne ein Sammelsurium von Themen aus dem opulenten Kosmos der Biologie, angereichert mit manch Wissenswertem aus Erd- und Kulturgeschichte. Porträtiert werden Allerweltpflanzen wie der Breitwegerich, daneben aber auch wundersame Exoten wie die Wüstenpflanze *Welwitschia mirabilis*. Nichts ist dabei zu gering, selbst Silberfischchen werden als filigrane Relikte aus der Urzeit gewürdigt, Getreidesorten werden vorgestellt, die Vorgänge um Ebbe und Flut erläutert oder der Unterschied zwischen Rauchschnalbe und Mauersegler erklärt – Ausflüge in Alfred Wegeners Urkontinent Gondwana inklusive. Die übergreifende Klammer ist die Einladung an die LeserInnen, hinzuschauen und selbst auf Entdeckungsreise zu gehen, wo immer man sich befindet – im eigenen Garten, am Strand, in der Heide oder eben in der Küche. „Ein Buch wie ein Naturspaziergang – lehrreich und erquickend, spannend und inspirierend“, schreibt das Rowohlt-Magazin, und dem ist wahrhaft nichts hinzuzufügen. **[Christoph Hirsch]**

- ▶ Schmidt, L.: Das Naturbuch für Neugierige. Rowohlt, Berlin 2010, 237 S., 19,95 €, ISBN 978-3-87134-681-1

## Gewässerschutz ohne Konflikte



„Kleine Fließgewässer kooperativ entwickeln“ – so heißt eine kompakte und anschauliche Broschüre des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege über die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Mit vielen Bildern erklären die AutorInnen sowohl die rechtlichen Hintergründe als auch die praktische Umsetzung. Praxisbeispiele, Grafiken, Infokästen und Kontaktdaten von AnsprechpartnerInnen und Organisationen helfen, die eigene Gewässerschutzarbeit im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie vor Ort zu einem möglichst konfliktfreien „Erfolgsmodell“ zu machen. Denn viele Aspekte sind zu beachten, wenn Naturschutzmaßnahmen mit anderen Interessen konkurrieren müssen.

Die aus der Praxis eines bundesländerübergreifenden Projektes stammenden „Schlüsselfaktoren für eine erfolgreiche Umsetzung“ können als Richtschnur für neue Projekte dienen. Zu den Schlüsselfaktoren gehören die regionale Verankerung, die professionelle Projektsteuerung, eine gute Abstimmung zwischen Wasserwirtschaft und Naturschutz und die kluge Nutzung von Fördermitteln. Aber auch die frühzeitige Einbindung von Kommunen, LandwirtInnen und den Landeigentümern sei zu empfehlen, damit die „Lebensadern unserer Landschaft“ wieder zu naturnahen und durchlässigen Räumen werden können.

Checklisten und Literaturtipps sowie ein ausführlicher Anhang mit Links runden das 70-seitige Heft ab. **[Juliane Grüning]**

- ▶ Deutscher Verband für Landschaftspflege: Kleine Fließgewässer kooperativ entwickeln. Erfolgsmodelle für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie. DVL-Schriftenreihe Landschaft als Lebensraum, Heft 17. Ansbach 2010, 70 S., Versandkosten. Bezug: DVL, Ansbach, Tel. +49 (0)981 / 46533549, E-Mail: [bestellung@lpv.de](mailto:bestellung@lpv.de)

## INTERNET

### Vom Strichcode zu den Inhaltsstoffen

■ Was ist drin im Einkaufswagen? Ein interaktives Onlinehandbuch für kritische KonsumentInnen liefert

Fachinformationen über die Produktinhaltsstoffe via einzutippenden Strichcode-Nummer. Auch andersherum funktioniert das System: In verschiedenen Kategorien wie Brotaufstriche, elektronische Artikel oder Tierbedarf sind Produkte aufgelistet, die man anklicken kann. Ein Farbensystem warnt – mit Begründung – vor potenziellen Gefahren. Wenn nötig, gibt das System alternative Kaufempfehlungen. **[jg]**

- ▶ [www.codecheck.info](http://www.codecheck.info)

### Städte im Übergang

■ Die Transition-Town-Bewegung hat sich zum Ziel gesetzt, die Folgen des Klimawandels und des Ölfördermaximums durch eine Relokalisierung der Wirtschaft und die Reduzierung des Verbrauchs fossiler Rohstoffe in Städten und Gemeinden abzumildern. Die Internetseite „Transition-Initiativen in Deutschland, Österreich und der Schweiz“ gibt einen aktuellen Überblick über die Bewegung im deutschsprachigen Raum. Außerdem werden Hintergründe erklärt und Hinweise gegeben, wie man selbst aktiv werden kann. **[hmp]**

- ▶ [www.transition-initiativen.de](http://www.transition-initiativen.de)

### Geheime Skandale öffentlich machen

■ Missstände im Umwelt- und Klimaschutz will die neu gegründete Internetplattform Greenleaks veröffentlichen. Nach dem Vorbild von Wikileaks will eine Gruppe um den australischen Dokumentarfilmer Scott Millwood von Berlin aus Umweltsünden thematisieren. Bis ein anonymer elektronischer Briefkasten existiert, sollen InformantInnen die Fälle per Post schicken. **[jg]**

- ▶ [www.greenleaks.com](http://www.greenleaks.com)

## NEU ERSCHIENEN

- ▶ Augustin, J.; Mücke, H.-G.: **Klimawandel und Gesundheit. Welche Probleme verursachen Wärme liebende Schadorganismen?** UBA, Dessau 2010, 56 S., kostenlos. Download: <http://opus.kobv.de/zlb/volltexte/2010/8616>
- ▶ Bühler, R. u. a.: **Natur erfahren helfen. Start-hilfe Umweltbildung für Praktikanten, FöJler und andere Umweltbewegte.** oekom, München 2011, 80 S., 9,95 €, ISBN 978-3-86581-258-2
- ▶ Frogatt, A. u. a.: **Mythos Atomkraft. Warum der nukleare Pfad ein Irrweg ist.** Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2010, 216 S., kostenlos, ISBN 978-3-86928-039-4. Bezug/Download: [www.kurzlink.de/mythos-atomkraft](http://www.kurzlink.de/mythos-atomkraft)
- ▶ Goodall, J.; Berman, P.: **Jane Goodall. Grund zur Hoffnung. Autobiographie.** Riemann, München 2010, 352 S., 12,95 €, ISBN 978-3-570-50079-8
- ▶ Hoffmann, J. u. a. (Hrsg.): **Wasserbüffel in der Landschaftspflege.** Lexxion, Berlin 2010, 196 S., 24,80 €, ISBN 978-3-869 65-138-5
- ▶ Hornberg, C.; Pauli, A.: **Umweltgerechtigkeit. Die soziale Verteilung von gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen.** Universität Bielefeld, 2010, 287 S., ISBN 978-3-933066-40-4. [www.uni-bielefeld.de/gesundhw/umweltgerechtigkeit](http://www.uni-bielefeld.de/gesundhw/umweltgerechtigkeit)
- ▶ Jaenicke, H.: **Wut allein reicht nicht. Wie wir die Erde vor uns schützen können.** Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2010, 239 S., 2010, 22,95 €, ISBN 978-3-579-06761-2
- ▶ Kamkwamba, W.; Mealer, B.: **Der Junge, der den Wind einfing. Eine afrikanische Heldengeschichte.** Irisiana, München 2010, 380 S., 19,95 €, ISBN 978-3-424-15043-8
- ▶ Klimenta, H. u. a.: **Gutes Leben ohne Wachstum. Winterschule 2011.** Dokumentation. Attac, München 2010, 265 S. Kostenloser Download: [www.attac-muenchen.org/winterschule](http://www.attac-muenchen.org/winterschule)
- ▶ Kühne, A.: **Das Ehrenamt. Förderung von bürgerschaftlichem Engagement am Beispiel der Engagement-Lotsen.** BoD, Norderstedt 2010, 8,90 €, ISBN 978-3-8391-1711-8
- ▶ Langner, T.: **Klimadetektive in der Schule. Eine Handreichung.** Umweltbüro Nord, Stralsund 2011, 80 S., 10,- €, ISBN 978-3-00-033549-5. [www.umweltschulen.de/klima](http://www.umweltschulen.de/klima)
- ▶ Lorch, A.: **Eine Chance für unsere Erde. Effektive Mikroorganismen – Wirkungsweise und Praxis.** OLV, Kevelaer 2010, 384 S., 26,50 €, ISBN 978-3-922201-61-8
- ▶ Love, P.: **Fisheries: While Stocks Last?** OECD, Paris 2010, 152 S., 15,- €, ISBN 978-92-64-07737-9. [www.oecd.org/insights/fisheries](http://www.oecd.org/insights/fisheries)
- ▶ Von Lüpke, G.; Erlenwein, P. (Hrsg.): **Projekte der Hoffnung. Der Alternative Nobelpreis: Ausblicke auf eine andere Globalisierung.** 3. überarbeitete Auflage, oekom, München 2010, 240 S., 19,80 €, ISBN 978-3-86581-192-9
- ▶ Neumann, H.: **Welchen Stellenwert besaß der Naturschutz während des Baues der Reichsautobahn 1933–1941?** Grin, München 2010, 20 S., 11,99 €, ISBN 978-3-640-60212-4. [www.grin.com/e-book/149594/](http://www.grin.com/e-book/149594/)
- ▶ Orangotango, K. (Hrsg.): **Solidarische Räume und kooperative Perspektiven. Praxis und Theorie in Lateinamerika und Europa.** AG Spak Bücher, Neu-Ulm 2010, 272 S., 18,- €, ISBN 978-3-940865-07-6
- ▶ Pehnt, M.: **Energieeffizienz. Ein Lehr- und Handbuch.** Springer, Berlin 2010, 350 S., 69,95 €, ISBN 978-3-642-14250-5. [www.springer.com/978-3-642-14250-5](http://www.springer.com/978-3-642-14250-5)
- ▶ Quaschnig, V.: **Mülltrenner, Müsliesser & Klimaschützer. Wir Deutschen und unsere Umwelt.** Hanser, München 2010, 246 S., 14,90 €, ISBN 978-3-446-42261-2
- ▶ Radkau, J.: **Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte.** C. H. Beck, München 2011, 784 S., 28,- €, ISBN 978-3-406-61372-2
- ▶ Richter, S. u. a.: **Die Wasserrahmenrichtlinie. Auf dem Weg zu guten Gewässern. Ergebnisse der Bewirtschaftungsplanung 2009 in Deutschland.** BMU, Berlin 2010, 76 S., kostenlos. Download: [www.bmu.de/46271](http://www.bmu.de/46271)

## Impressum

umwelt aktuell März 2011  
ISSN 1865-3901

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Koblenzer Str. 65, D-53173 Bonn, Tel. +49 (0)228 / 359005, E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de), [www.oekom.de](http://www.oekom.de). **Gesellschafter/Anteile:** Jacob Radloff, Feldafing, 77 %, Christoph von Braun, München, 23 %

**Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich [hih] (Deutschland, verantwortl.), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantwortl.). **Redaktion:** Juliane Grüning [jg], Matthias Bauer [mb], Antje Mensen [am], Marion Busch [mbu], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Hans-Magnus Preuß [hmp], Franziska Lindner [fl], Julia Glahe [jgl], Eva Mahnke [em]. **Service:** Juliane Grüning, Matthias Bauer. **ökopädNEWS:** siehe S. 40

**Kontakt/Probehefte:** Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6781775-82, -81, E-Mail: [redaktion@dnr.de](mailto:redaktion@dnr.de), [www.umwelt-aktuell.eu](http://www.umwelt-aktuell.eu)

**Schlusskorrektur:** Gotlind Blechschmidt, Augsburg  
**Titelfoto:** DLR. **Grafik/DTP:** Matthias Bauer, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Druck auf 100 % Altpapier  
**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang  
**Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:** Rhenus Medien Logistik GmbH & Co. KG, D-86899 Landsberg am Lech, Tel. +49 (0)8191 / 97000-608, Fax -405, E-Mail: [oekom@de.rhenus.com](mailto:oekom@de.rhenus.com)

**Anzeigen:** oekom verlag, Stefanie Ott, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: [anzeigen@oekom.de](mailto:anzeigen@oekom.de)

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



## TERMINE

## MÄRZ

04.–05.03., Schwerte bei Dortmund (D)  
**Ist Nachhaltigkeit mit Wachstum vereinbar?** Tagung

► Ev. Akademie

Villigst, Ulrike Pietsch, Tel. +49 (0)2304 / 755-325, Fax -318, E-Mail: u.pietsch@kircheundgesellschaft.de, www.kircheundgesellschaft.de (Veranstaltungen)

14.–17.03., Insel Vilm bei Rügen (D)

**8. Winterakademie zur Naturschutzgeschichte. Wissenschaftsgeschichte des Naturschutzes**

► Stiftung Naturschutzgeschichte, Tel. +49 (0)38301 / 86-112, Fax -117, E-Mail: martina.finger@bfn-vilm.de, www.bfn.de/0603\_kalender.html

15.03., Berlin (D)

**Biozidprodukte nah am Verbraucher. Markt und Maßnahmen zur Risikoreduktion**

► VZBV, PAN Germany, Hamburg, Fax + 49 (0)40 / 3991910-30, E-Mail: workshop@pan-germany.org

15.03., Norden/Ostfriesland (D)

**Biologische Vielfalt an Küsten**

► NABU, Tel. +49 (0)30 / 284984-1621, Fax -3621, E-Mail: kristian.kloekner@nabu.de, www.nabu.de

16.03., Teltow bei Berlin (D)

**Neue Wege der Gewässerunterhaltung**

► DWA, Tel. +49 (0)391 / 7348815, E-Mail: dwa@dwa-no.de, www.dwa-no.de

18.–19.03., Bremen (D)

**Wem gehört die Stadt? Tagung zu Transition Towns und städtischen Gemeingütern**

► HBS, Peter Rüdell, E-Mail: ruedel.boell@arcor.de, www.gemeingueter.de

18.–20.03., Trier (D)

**Grenzen des Verkehrs. 18. Bundesweiter Umwelt- und Verkehrskongress – BUVKO**

► Umkehr e. V., Berlin, Tel. +49 (0)30 / 492-7473, Fax -7972, E-Mail: info@buvko.de, www.buvko.de

21.03., Warburg/Westfalen (D)

**Nahversorgungskonzepte für den ländlichen Raum. Frühjahrstagung**

► Bundesverband der Regionalbewegung, Tel. +49 (0)5643 / 949271, E-Mail: bund-nord@regionalbewegung.de, www.regionalbewegung.de

21.–22.03., Goslar (D)

**16. Deutscher Fachkongress der kommunalen Energiebeauftragten**

► Difu, Sigrid Künzel, Tel. +49 (0)221 / 340308-0, E-Mail: kuenzel@difu.de, www.difu.de

23.03., Wetzlar (D)

**Energieholzanbau in Plantagen**

► Naturschutz-Akademie Hessen, Tel. +49 (0)6441 / 92480-0, E-Mail: anmeldung@na-hessen.de, www.na-hessen.de

23.03., Bonn (D)

**EU-Förderung für Bürgerschaftsprojekte. Seminar**

► Kulturpolitische Gesellschaft, Tel. +49 (0)228 / 20167-21, E-Mail: info@kontaktstelle-efbb.de, www.kontaktstelle-efbb.de

24.–25.03., Magdeburg (D)

**ITVA-Altlastensymposium 2001**

► ITVA und Landesanstalt für Altlastenfreistellung Sachsen-Anhalt, www.itv-altlasten.de/245.html

29.–30.03., Brüssel (B)

**4th Nanotechnologies Safety for Success Dialogue**

► E-Mail: scic-conf-nano-2011@ec.europa.eu, www.ec.europa.eu/health/nanotechnology

30.03.–01.04., Stuttgart-Hohenheim (D)

**Progress in Biogas II. Kongress**

► IBBK Fachgruppe Biogas, Tel. +49 (0)7954 / 926203, www.progress-in-biogas.com/de

31.03., Villingen-Schwenningen (D)

**Biologische Vielfalt in Mittelgebirgen**

► NABU, Tel. +49 (0)30 / 284984-1621, Fax -3621, E-Mail: kristian.kloekner@nabu.de, www.nabu.de

## APRIL

01.–03.04., Tutzing am Starnberger See (D)

**Ökologische Krise fordert Theologie**

► Ev. Akademie, Tel. +49 (0)8158 / 251146, E-Mail: programme@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de

02.04., Mülheim an der Ruhr (D)

**Intakte Natur durch Regulation? Oder: Wann ist etwas zuviel für die Natur?** Tagung

► NUA, Stefanie Krohn, Tel. +49 (0)208 / 4433380, E-Mail: poststelle@nua.nrw.de, www.nua.nrw.de

04.–08.04., Stuttgart-Hohenheim (D)

**Biogas-Studienfahrt**

► IBBK, Fachgruppe Biogas, Tel. +49 (0)7954 / 926203, www.progress-in-biogas.com/de

07.–08.04., Tutzing am Starnberger See (D)

**Große Transformation zur klimaverträglichen Gesellschaft. Seminar**

► Evangelische Akademie Tutzing, Tel. +49 (0)8158 / 251146, E-Mail: programme@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de

08.04., Potsdam (D)

**Die Rechte der Natur. Eine rechtspolitische Initiative zugunsten zukünftiger Generationen**

► Haus der Natur Hamburg, Hubertus Heintze, Tel. +49 (0)162 / 2189307, E-Mail: info@heintze-consulting.de

08.–10.04., Berlin (D)

**25 Jahre Tschernobyl. Zeitbombe Atomenergie – Atomausstieg jetzt. Kongress**

► IPPNW, Berlin, Tel. +49 (0)30 / 6980740, www.tschernobylkongress.de

11.–12.04., Hofgeismar bei Kassel (D)

**Erneuerbare Energien: Ambivalenzen, Optimierungsprobleme, Anwendungsfragen**

► Evangelische Akademie Hofgeismar, Tel. +49 (0)5671 / 881-0, Fax -154, www.ekkw.de

11.–14.04., Insel Vilm bei Rügen (D)

**Naturbewusstsein in Deutschland. Herausforderungen für Kommunikation und Bildung**

► BfN, Ecolog-Institut; Tel. +49 (0)38301 / 86-112, E-Mail: martina.finger@bfn-vilm.de, www.bfn.de

16.04., Hofgeismar bei Kassel (D)

**Das Problem der Werra-Versalzung. Eine Aktualisierung**

► Evangelische Akademie Hofgeismar, Tel. +49 (0)5671 / 881-0, Fax -154, www.ekkw.de

17.–18.04., Brüssel (B)

**Europäische Aktionstage für Saatgut-Souveränität**

► E-Mail: info@saatgutkampagne.org, www.saatgutkampagne.org

27.04., weltweit

**Internationaler Tag gegen Lärm**

► www.tag-gegen-laerm.de

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 40

Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Natur- und Umweltbewusstsein

## Unerkannte Potenziale

Umwelt-, Natur- und Klimaschutz genießen einen hohen Stellenwert bei der deutschen Bevölkerung. Doch die Bereitschaft sich dafür zu engagieren hängt in entscheidendem Maße von der Bildung ab. Das ergaben übereinstimmend zwei aktuelle Studien zum Natur- und Umweltbewusstsein in Deutschland. Überraschenderweise sind Bildungsmaßnahmen darin überhaupt kein Thema.

□ Die PISA-Studie hat gezeigt, dass die Zugehörigkeit zu einem bestimmten sozialen Milieu mitverantwortlich ist für den Bildungserfolg und somit auch für die Höhe des Einkommens. Einkommen und Bildung sind auch die beiden entscheidenden Faktoren für umweltfreundliches Verhalten – dennoch muss in den verschiedenen sozialen Milieus genau hingeschaut werden.

### Umweltbewusstsein 2010: Technik statt Handeln

Bereits zum achten Mal hat das Bundesumweltministerium (BMU) eine repräsentative Studie zum Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der Bundesbürger durchgeführt. Erfreulicherweise bleiben Umwelt- und Klimaschutz für viele Deutsche trotz Finanzkrise politische Topthemen. Allerdings neigt ein Großteil der Bevölkerung zu technischen Problemlösungen: So fordern 85 Prozent den Umstieg auf erneuerbare Energien und etwa gleich viele sehen große Potenziale durch technischen Umweltschutz in der Automobilindustrie. Deutlich geringer ist die Aufgeschlossenheit, wenn es um persönliches Verhalten geht. So sehen nur 58 Prozent der Autofahrer die Lösung auch bei sich selbst und ganze acht Prozent aller Bürger beziehen Ökostrom.

Es gibt aber durchaus Chancen für Verhaltensänderungen – bei bestimmten Gruppen oder in einigen Milieus: Car-sharing findet zum Beispiel jeder vierte Autofahrer attraktiv, insbesondere Gebildete, Frauen und Westdeutsche. Die Strategie „Nutzen statt Besitzen“, also Gartengeräte oder Geräte für Renovierungsarbeiten auszuleihen statt zu kaufen, finden immerhin etwa die Hälfte der Befragten gut – aller-

dings eher Menschen mit hoher Bildung und gutem Einkommen als solche aus den weniger begüterten Milieus.

### Vom Klimaschutz zur Alltagskultur der Nachhaltigkeit

Allein beim Klimaschutz sind sich alle einig, dass das richtige eigene Verhalten noch wichtiger ist als der Druck auf Politiker oder die Arbeit der Umweltverbände. Dieser Befund lässt den Schluss zu, dass sich hier ein Kulturwandel abzeichnet, indem der Klimawandel persönlich und gesellschaftlich ernst genommen wird. Bei der politischen Umsetzung bestehen dagegen beträchtliche Unterschiede zwischen den sozialen Gruppen. Unterstützung findet Klimapolitik insbesondere im sozial-ökologischen und liberal-intellektuellen Milieu. Um auch sozial schwächere oder traditionelle Zielgruppen zu erreichen, müsste Klimaschutz mit sozialen (Berufs-) Chancen oder finanziellen Einsparungen durch technische Innovationen verknüpft werden. Zugleich sollten die sogenannten proaktiven Milieus weiter unterstützt werden, damit ihr Verhalten und ihre Bewertung von Lebensqualität zum Mehrheitsmodell und zur Alltagskultur werden können. Insgesamt ist das Leitbild der Nachhaltigkeit auf dem Weg zu breiter gesellschaftlicher Akzeptanz. Immerhin 43 Prozent wollen „ressourcenschonendes Wirtschaften sowie inter- und intragenerationelle Gerechtigkeit“ – das ist eine Verdreifachung in den letzten zehn Jahren.

### Naturbewusstsein 2009: Ganzheitliches Verständnis nötig

Erstmals liegt auch eine repräsentative Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt vor. Natur wird von

95 Prozent aller Menschen mit positiven Gedanken verbunden – mit gutem Leben, Vielfalt, Gesundheit und Erholung. Knapp 80 Prozent aller Deutschen gehen mindestens einmal pro Woche hinaus in die Natur – in den Garten, den Park oder den Wald. Aber jenseits dieser Nutzung der Natur für Erholung und Gesundheit kommt kaum jemandem bei freier Assoziation die erweiterte Bedeutung von Natur als Luft- und Wasserfilter oder gar als Lieferant von Rohstoffen oder genetischen Ressourcen in den Sinn.

Zwar ist die Sorge um die Natur weit verbreitet. Vor allem Menschen mit höherer Bildung treten für Schutz und nachhaltige Nutzung von Natur ein. Bevorzugt werden aber meist einfache und individuell kontrollierbare Handlungen – beispielsweise die Bereitschaft, Obst und Gemüse aus der Region zu kaufen oder Schutzzonen nicht zu betreten. Mehr als die Hälfte aller Menschen können mit dem Begriff der biologischen Vielfalt nichts anfangen. Ein echtes Problem, denn die Bundesregierung hat 2007 in ihrer Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt das Ziel vorgegeben, dass bis zum Jahre 2015 mindestens 75 Prozent der Bevölkerung Biodiversität als eine gesellschaftliche Priorität ansehen.

### Positive Naturerfahrung durch mehr Umweltbildung

Auch die zweite Studie nutzt das Milieumodell und verbindet Lebensstil mit Bewusstseinstyp. Dabei konnten mehrere naturnahe und bildungsorientierte Zielgruppen identifiziert werden: Etablierte, Postmaterielle, moderne Performer, Konservative und in Teilen auch die sogenannten DDR-Nostalgiker und die bürgerliche Mitte. Bemerkenswert ist der Wunsch von 71 Prozent der Befragten, mehr Kenntnisse über die heimische Natur zu erhalten, obwohl 65 Prozent angeben, schon über viel Wissen zu verfügen. Ob und welche Erfahrungen mit Natur- und Umweltbildungsangeboten vorliegen, wurde nicht gefragt.

Die Autoren der Studie fordern, dass bei naturnahen Bildungsbürgern der Nachhaltigkeitsgedanke vertieft und ein ganzheitliches Naturverständnis gestärkt wird. Für naturferne Zielgruppen müssten erste posi-

tive Zugänge zur Natur geschaffen werden, beispielsweise durch gezielte Familienangebote. Für beide Zielgruppen stellt die außerschulische Natur- und Umweltbildung seit Jahren hervorragende Angebote bereit. Leider kommt Bildung in der Studie so gut wie nicht vor – außer bei der Frage nach vorrangigen Naturschutzmaßnahmen(!): Hier befürworten immerhin 91 Prozent, dass Natur- und Umweltbildung an Schulen ausgeweitet wird. **[Jürgen Forkel-Schubert]**

- ▷ BMU/UBA (Hrsg.): Umweltbewusstsein in Deutschland 2010.  
[www.uba.de/uba-info-medien/4045.html](http://www.uba.de/uba-info-medien/4045.html)
- ▷ BMU/BfN: Naturbewusstsein 2009.  
[www.bfn.de/0309\\_kommunikation.html](http://www.bfn.de/0309_kommunikation.html)

## AUS ANU UND UMWELTZENTREN

### ANU Bayern diskutiert ökonomische Nachhaltigkeit

□ Die ANU Bayern will 2011 ihre Fördergrundsätze überarbeiten und das Thema Stundensätze auf den Prüfstand stellen. In einem Thesenpapier zum Thema Honorare sollen die Rahmenbedingungen freiberuflicher Arbeit näher beleuchtet werden. Es soll zugleich als Ausgangspunkt für eine Diskussion zum Thema ökonomische Nachhaltigkeit in der Umweltbildung sowie Zukunft der Arbeit dienen. Anfang 2011 will die ANU-Fachgruppe Freiberufliche gemeinsame Überlegungen zum Selbstverständnis und zum Thema Qualität und Professionalität anstellen.

- ▷ Caroline Fischer, E-Mail: [caroline.fischer@anu.de](mailto:caroline.fischer@anu.de),  
[www.umweltbildung-bayern.de](http://www.umweltbildung-bayern.de)

### ANU Mecklenburg-Vorpommern bringt BNE in die Schulen

□ Die Angebote der außerschulischen Bildungseinrichtungen sollen zu den Bedürfnissen der Schulen passen. Dieses Ziel verfolgt ein dreijähriges Vorhaben der ANU Mecklenburg-Vorpommern mit dem Titel „Lebenslanges Lernen – regionale Koordination in der BNE“. Ansprechpartner für alle allgemeinbildenden Schulen sind vier

RegionalberaterInnen. Diese starteten im November eine fünfteilige Seminarreihe „BNE – verstehen und anwenden“ für die Region Stralsund und Neubrandenburg. Ein neuer Kurs beginnt im März in Schwerin. Weiterführende Informationen finden sich in den Projektnachrichten, die aus dem Internet heruntergeladen werden können. Sie sind aber auch per Post erhältlich.

- ▷ <http://bneregionalkoordinatorenmv.files.wordpress.com/2011/01/anu-1-rb.jpg>
- ▷ [www.umweltbildung-mv.de](http://www.umweltbildung-mv.de)

### Umweltzentrum Chemnitz bleibt!

□ Das Umweltzentrum an der Henrietenstraße in Chemnitz war im Juni 1990 als ehemalige Stasi-Immobilie vom Runden Tisch der Stadt an Gruppen übergeben worden, die in der Umwelt- und Demokratiebewegung aktiv waren, darunter Amnesty International und der BUND. Manfred Hastedt ist bis heute der Leiter. „Vom Keller bis zum Dachboden haben wir das Haus entrümpelt und renoviert, so wurde es der Stadt erhalten“, erinnert er sich. Dennoch stand das Gründerzeithaus auf einer Sparliste der Stadt zur Konsolidierung des Haushalts und sollte verkauft werden. Nach breitem Widerstand, der lokal von den Grünen bis überregional zum ANU-Bundesverband reichte, gab die Stadtverwaltung den Plan auf. Zum 1. April soll nun ein Erbpachtvertrag mit den Nutzern geschlossen werden, außerdem ein Dienstleistungsvertrag, sobald ein neues Konzept vorliegt. Petra Zais von den Grünen will nun einen Förderverein gründen und Spenden sammeln.

- ▷ [www.umweltzentrum-chemnitz.de](http://www.umweltzentrum-chemnitz.de)

### 25 Jahre NNA

□ Auf 30 Jahre erfolgreiche Arbeit kann die Alfred Toepfer Akademie für Naturschutz (NNA) in Schneverdingen in der Lüneburger Heide zurückblicken. Das Jubiläum soll am 31. März mit einem Festkolloquium gefeiert werden. Heute gilt Naturschutz als gesellschaftliches An-

liegen zur Zukunftssicherung, das auch neue Schwerpunkte wie Klimaschutz und Erhalt der biologischen Vielfalt beinhaltet. In ihrer Jahresbilanz 2010 führt die Akademie 276 Veranstaltungen auf, darunter 144 Seminare und Fachtagungen sowie Projekte auf nationaler und internationaler Ebene. Für dieses Jahr hat die NNA vielfältige Pläne: 2011 ist das Internationale Jahr der Wälder. Auf der Expo 2000 in Hannover war die Akademie mit den FachForen Wald vertreten. Dieses Jahr macht sich die NNA daran, die damaligen Ergebnisse mit dem heutigen Wissen neu zu bewerten.

- ▷ [www.nna.niedersachsen.de](http://www.nna.niedersachsen.de)

### Außerschulische Lernorte in Schleswig-Holstein

□ Seit fünf Jahren können sich außerschulische Lernorte in Schleswig-Holstein als „Bildungspartner“ oder „Bildungszentren für Nachhaltigkeit“ zertifizieren lassen. Voraussetzung ist, dass sie sich mit zukunftsweisenden Themen wie Natur- und Umweltschutz, internationaler Gerechtigkeit, Klimaschutz und anderen Nachhaltigkeitsfragen auseinandersetzen. Das Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen und das Umweltministerium des Landes stellen die Lernorte in einer Broschüre vor, die auch die Angebotspalette jeder Einrichtung enthält.

- ▷ [www.bne.lernnetz.de/partner](http://www.bne.lernnetz.de/partner)

### Waldschulen in Berlin

□ Berlin ist eine walddreiche Metropole und verfügt immerhin über sechs Waldschulen. Großstadtkinder können hier einen Tag oder eine ganze Woche in der Natur verbringen, auf Schatzsuche gehen, Kanu- und Radtouren machen oder Pflanzen, Tiere und Natur handfest erleben. Die kleine Broschüre „Die Waldschulen der Berliner Forsten“ stellt die Einrichtungen und deren Angebote vor.

- ▷ [www.stadtentwicklung.berlin.de/forsten/waldschulen](http://www.stadtentwicklung.berlin.de/forsten/waldschulen)

**BNE-Konzept für Naturpark**

□ Südwestlich des Berliner Stadtgebiets liegt der etwa ebenso große Naturpark Nuthen-Nieplitz. In dem wasserreichen Gebiet mit seinen vielen Schutzzonen rasten im Herbst Zugvögel, darunter viele Kraniche. Deshalb sollen umweltverträgliche Tourismus- und Landbewirtschaftungsmodelle gestärkt werden. Das Landesumweltamt Brandenburg stellt in seiner Broschüre „Erlebnisstationen-Konzept – Leben und Arbeiten auf dem Land“ 32 Einrichtungen vor, vom Ponyhof über Landwirtschaftsbetriebe und Wildgehege bis zu Fischräucherei und Künstlerinitiative. Angefügt ist ein ausführliches Bildungskonzept, wie die Lernorte auf der Basis einer Bildung für nachhaltige Entwicklung pädagogisch genutzt werden können.

- ▷ [www.mluv.brandenburg.de/info/lu-publikationen](http://www.mluv.brandenburg.de/info/lu-publikationen)

**NEUE STUDIEN****Unesco: Weltbildungsbericht 2011**

□ Rund 23 Millionen Kinder haben keinen Zugang zu Schulbildung, weil sie in einem Konfliktgebiet leben. Ursache für die Entstehung gewaltsamer Konflikte ist oftmals eine unzulängliche Bildungspolitik. Umgekehrt kann Bildung treibende Kraft für Frieden, sozialen Zusammenhalt und die Achtung der Menschenwürde sein. Bildung und Konflikte stehen im Mittelpunkt des neuen Unesco-Weltbildungsberichts 2011, der am 1. März am UN-Hauptszitz in New York vorgestellt wurde.

- ▷ [www.kurzlink.de/unesco-efareport2011](http://www.kurzlink.de/unesco-efareport2011)

**Nachhaltigkeitsrat: Bildungsempfehlungen 2010**

□ Bildung für nachhaltige Entwicklung fördert eine eigenverantwortliche Urteilsfähigkeit und die Entwicklung der persönlichen Fähigkeiten zur Gestaltung der Lebensumstände. BNE sollte verstärkt in allen formalen Bildungssektoren Berücksichtigung finden, damit Kinder aus

unterschiedlicher sozialer Herkunft gleiche Startchancen und Lernbedingungen erhalten. In der Bildungspolitik müssen Bemühungen zur Chancengleichheit verstärkt im Mittelpunkt stehen. Diese Empfehlungen hat der Nachhaltigkeitsrat jetzt als Broschüre „Chancen, Qualität und Kompetenz: Bausteine für eine nachhaltige Bildungspolitik“ veröffentlicht. Zwar fordert der Rat auch, dass mit dem Erreichen eines formellen Bildungsabschlusses Bildung nicht enden darf. Doch Weiterbildungssystem und lebenslanges Lernen werden nur am Rande im letzten Kapitel angesprochen.

- ▷ [www.kurzlink.de/rne-bildung.pdf](http://www.kurzlink.de/rne-bildung.pdf)

**WWF: Living Planet Report 2010**

□ Die Menschheit lebt über ihre Verhältnisse. Das ist die zentrale Botschaft des aktuellen Living Planet Report 2010 des WWF. Belegt wird dies durch den Living Planet Index, der den Zustand des Ökosystems Erde beschreibt. Seit 1970 ist der Bestand ausgewählter Tierarten bei uns um rund 30 Prozent zurückgegangen, in den Tropen sogar um fast 60 Prozent. Ursache ist unser wachsender Hunger nach Ressourcen. Zugleich zeigt die Studie, wie stark die Menschen in den verschiedenen Regionen der Welt die Ökosysteme beanspruchen und erstellt hierfür den ökologischen Fußabdruck: Für ihren Lebensstil brauchen die Deutschen mindestens fünfmal so viel Fläche, wie sie besitzen!

- ▷ [www.wwf.de/themen/biologische-vielfalt/living-planet-report](http://www.wwf.de/themen/biologische-vielfalt/living-planet-report)

**Jagdverband: Jugendreport Natur 2010**

□ Jedes dritte Kind weiß nicht, dass die Sonne im Osten aufgeht. Fast 40 Prozent aller Schüler meinen, dass Hühner mehr als drei Eier pro Tag legen. Und einen Tyrannosaurus rex kennen mehr Kinder als ein Rehkitz. Diese Ergebnisse finden sich im Jugendreport Natur 2010, herausgegeben vom Deutschen Jagdschutz Verband (DJV) und weiteren Organisationen. Der Soziologe Rainer Brämer von der Univer-

sität Marburg befragte dafür 3.000 Jugendliche zwischen elf und 15 Jahren in sechs Bundesländern. Vorgängerstudien hatten ähnliche Befunde erbracht: lila Kühe, gelbe Entchen und das Bambi-Syndrom. Natur wird für Kinder immer abstrakter und Nachhaltigkeit zum „Unwort“. Einzige Hoffnung: Natur lockt noch immer!

- ▷ [www.lernort-natur.de/jugenreportnatur](http://www.lernort-natur.de/jugenreportnatur) (sic!)

**SCHWERPUNKT: JUGEND UND NACHHALTIGKEIT****Portal für Jugendliche: Der Umweltchecker**

□ Junge Menschen ab zwölf finden bei dieser Umweltcommunity im Internet vieles, was Spaß macht: Fotos, Movieclips, Weblog, Messenger zu verschiedenen Umweltthemen, aber auch einen Handylogo- und Klingeltondesigner. Jugendliche können Fotos und Videos auf ihren eigenen Profildaten veröffentlichen und digitale Umweltspiele downloaden, dazu erhalten sie Fernsehtipps und können zu einem der 70 anderen Jugendportale wechseln. Der Umweltchecker ist werbefrei und kostenlos.

- ▷ [www.umweltchecker.de](http://www.umweltchecker.de)

**Klimagerechtigkeit für Jugendliche online**

□ Wie viel CO<sub>2</sub>-Emissionen Jugendliche im Alltag erzeugen, können sie jetzt ganz leicht mit einem Computerprogramm ermitteln. Aufgegliedert nach den typischen Lebensbereichen Lifestyle, unterwegs und zu Hause, zeigt der von der Kontaktstelle für Umwelt & Entwicklung (KATE) in Stuttgart entwickelte CO<sub>2</sub>-Rechner alltagsnah die verursachte CO<sub>2</sub>-Menge auf. Jugendliche sollen dadurch zur Reflexion über die globale Klimagerechtigkeit motiviert werden. Das Projekt entstand in Kooperation zwischen der BUNDjugend Baden-Württemberg, verschiedenen kirchlichen Organisationen und der Europäischen Kommission.

- ▷ [www.kate-stuttgart.org](http://www.kate-stuttgart.org)

## Schweiz: Schüler wollen mehr Nachhaltigkeit

□ Hunger und Armut auf der Welt, Klimawandel – für die große Mehrheit der Jugendlichen in der Schweiz sind dies die größten Herausforderungen unserer Zeit. Immerhin 84 Prozent aller Schüler zwischen 14 und 18 will sich für die Lösung dieser Probleme engagieren. Doch dafür müsste die Schule viel mehr Wissen bereitstellen, zeigt eine repräsentative Befragung des Meinungsforschungsinstituts Isopublic. Eine breite Allianz von Jugend-, Umwelt-, Gesundheits- und Entwicklungsorganisationen fordert deshalb, dass dieses Anliegen im künftigen Lehrplan der Volksschule stärker berücksichtigt wird.

- ▷ [www.wwf.ch/de/newsundservice/service/bildungsangebot/bildungengagement/koalition](http://www.wwf.ch/de/newsundservice/service/bildungsangebot/bildungengagement/koalition)

## Nachhaltigkeit im Unterricht

□ Mehr Klimabewusstsein im Unterricht: Materialien dazu bietet die Webseite [carbondetectives.at](http://carbondetectives.at). Registrierte Schulen erhalten Zugang zu praxisorientierten Unterrichtsmitteln zu Energie, Mobilität und Ernährung. Einige Materialien sind auch für Selbsterneinheiten geeignet. Das Programm Carbon Detectives unterstützt Schulen dabei, ihren ökologischen Fußabdruck zu reduzieren. Auch Tools zur Entwicklung und Darstellung der CO<sub>2</sub>-Einsparung werden zur Verfügung gestellt.

- ▷ [www.carbondetectives.at](http://www.carbondetectives.at)

## VERSCHIEDENES

### Natur-Spielmarkt in Remscheid

□ Kinder und Jugendliche sind die Gestalter der Welt von morgen. „Natürlich spielerisch“ können sie dafür Kompetenzen bei einem Spielmarkt erwerben, den die Akademie Remscheid vom 10. bis 12. März veranstaltet. An Ausstellungsständen und in Workshops werden Materialien für die Umweltbildungsarbeit mit allen Altersstufen angeboten.

- ▷ [www.spielmarkt.de](http://www.spielmarkt.de)

## BNE-Zertifikat auf dem Prüfstand

□ In der Bildung gibt es unterschiedliche Zertifizierungsverfahren. Welche Wirkungen die Auszeichnung als „Bildungspartner“ oder „Bildungszentrum für Nachhaltigkeit“ in Schleswig-Holstein entfaltet, untersuchte Ulrike Kusel in ihrer Diplomarbeit „Qualitätsentwicklung in der außerschulischen BNE“. Ihrer Meinung nach stellt das fehlende Berufsbild alle Akteure und Organisationen vor große Herausforderungen. Die Zertifizierung helfe bei der Integration von BNE in die gesamte Bildungsarbeit, weil sie ein pädagogisches Konzept mit einem Leitbild sowie Fremd- und Selbstevaluationen erfordert.

- ▷ [www.nun-dekade.de/themenbereiche/weiterbildung/materialien](http://www.nun-dekade.de/themenbereiche/weiterbildung/materialien)

## UMWELTBILDUNGS-TERMINKALENDER

Weitere Termine auf S. 36 und im Internet unter [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de). Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

11.–12.03./18.–19.03., Berlin (D)

**Das Klimafrühstück.** Fortbildung für Kitas/Schulen  
▷ [www.kate-berlin.de/klimafruehstueck-de.html](http://www.kate-berlin.de/klimafruehstueck-de.html)

11.–12.03., Bremen (D)

**Zukunftsenergien Nordwest. Job- und Bildungsmesse für erneuerbare Energien und Energieeffizienz**  
▷ [www.zukunftsenergien-nordwest.de](http://www.zukunftsenergien-nordwest.de)

16.–17.03., Mülheim an der Ruhr (D)

**Ökologie, Klimawandel und erneuerbare Energien praktisch erleben.** Umweltbildungswerkstatt  
▷ [www.nua.nrw.de](http://www.nua.nrw.de)

21.–25.03., Berlin (D)

**5. Schüleruni schools@university – Klima + Energie**  
▷ [www.schools-at-university.eu/berlin](http://www.schools-at-university.eu/berlin)

23.–25.03., Burg/Spreewald (D)

**Didaktische Grundlagen und Methoden der Umweltbildung**  
▷ [www.spreescouts.de/anu-weiterbildung](http://www.spreescouts.de/anu-weiterbildung)

24.03., Stuttgart (D)

**Heimat und Natur – Bildungswege zu einer**

## nachhaltigen Entwicklung

- ▷ [www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de](http://www.umweltakademie.baden-wuerttemberg.de)

25.03., Bern (CH)

**Nachhaltige Schulen – Lernräume für die Zukunft.** Tagung für Fachpersonen aus Bildung, Planung, Bau  
▷ [www.wwf.ch/bildungszentrum](http://www.wwf.ch/bildungszentrum)

25.–26.03., Flintbek bei Kiel (D)

**Deutsch-dänisches Treffen der Natur- und LandschaftsführerInnen**  
▷ [www.bnur.schleswig-holstein.de](http://www.bnur.schleswig-holstein.de)

25.–27.03., Hoisbüttel bei Hamburg (D)

**Praxisseminar zur Erd-Charta: Vision für eine nachhaltige Welt**  
▷ [www.erdcharta.de](http://www.erdcharta.de)

30.03., München (D)

**Werkstatt-Treffen und Mitgliederversammlung der ANU Bayern**  
▷ [www.umweltbildung-bayern.de](http://www.umweltbildung-bayern.de)

31.03.–03.04., Rott/Westerwald (D)

**Verhaltensauffälligkeiten in der Umweltbildung.** Fortbildung  
▷ [www.crenatur.de](http://www.crenatur.de)

02.04., Hamburg (D)

**Ausbildung zur Kräuterexpertin**  
▷ [www.stueffel.de](http://www.stueffel.de) (Veranstaltungen)

09.04., Kiel (D)

**Frauensichten auf Klima und Energie. Es geht auch anders – umkehren zum Leben ganz konkret**  
▷ [www.ne-fw.de](http://www.ne-fw.de) (FrauenSeminare)

## Impressum ökopädNEWS

Herausgeber

**ANU**

Arbeitsgemeinschaft  
NATUR- UND UMWELTBILDUNG  
Bundesverband e.V.

Redaktion

Jürgen Forkel-Schubert (verantwortlich),  
jfs@oekopaednews.de; Lisa Hübner;  
Birgit Paulsen, Webmaster, [netzwerk@anu.de](mailto:netzwerk@anu.de)  
ANU-Bundesverband Deutschland e. V.,  
Robert-Mayer-Str. 48–50, D-60486 Frankfurt/M.,  
Tel. +49 (0)69 / 310192-41, Fax -29,  
[bundesverband@anu.de](http://bundesverband@anu.de), [www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)